



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 84. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 28. Januar 2016, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Dirk Brengelmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien (Beweisbeschluss Z-105)	4
- D. B., BND, Unterabteilungsleiter T2 (Beweisbeschluss Z-86)	42

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen Herrn Brengelmann (Anlage 1) und des Zeugen D. B. (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Mayer (Altötting), Stephan Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Puglisi, Livia Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Bauer, Nikolaus Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Heyer, Christian Kwaschnik, Daniel Schlucke, Lisa
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pabst, Daniel Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Jurna, Tassilo Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Grätsch, Gabriele
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

Beauftragte von Mitgliedern des Bundesrates

LV Hessen	Steinbach, Arvid
-----------	------------------



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.02 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich eröffne die 84. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich auch heute an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie wieder intensiv von diesem Untersuchungsausschuss berichten.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Als besonderen Gast heute darf ich unseren Landtagskollegen Peter Biesenbach auf der Tribüne begrüßen. Er ist stellvertretender Vorsitzender im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages und zurzeit Vorsitzender des Untersuchungsausschusses bezüglich der Vorkommnisse in der Silvesternacht in Köln. Ich freue mich, dass die Verbindungen zu den Landtagen so intensiv sind.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Dirk Brengelmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien (Beweisbeschluss Z-105)
- D. B., BND, Unterabteilungsleiter T2 (Beweisbeschluss Z-86)

Der Beweisbeschluss Z-105 stammt vom 15.10.2015 und der Beweisbeschluss Z-86 vom 23.04.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache

18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Dirk Brengelmann, deutscher Botschafter in Brasilien, und D. B., Unterabteilungsleiter T2 beim BND. Der dritte geladene Zeuge kann aus gesundheitlichen Gründen heute nicht erscheinen. Von daher beginnen wir mit Botschafter Brengelmann.

Heute finden zwei namentliche Abstimmungen statt. Wir werden daher die Vernehmung von Herrn Brengelmann voraussichtlich gegen 12.50, 12.55 Uhr unterbrechen müssen, dann zwei namentliche Abstimmungen haben und circa 14.15 Uhr mit der Beweisaufnahme wieder fortfahren.

Begrüßen darf ich - und ich habe es ja gerade schon gesagt - unseren ersten Zeugen, Herrn Dr. Brengelmann.

Vernehmung des Zeugen Dirk Brengelmann

Ich stelle fest, der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen worden. Herr Brengelmann, Sie haben die Ladung am 27. Januar 2016 erhalten, also sehr kurzfristig. Sie wussten aber von dem Termin, sind extra aus Brasilien gekommen. Herzlichen Dank, dass den einen Sonnenschein mit dem anderen getauscht haben, nur mit wahrscheinlich 20 Grad Temperaturdifferenz. Herzlichen Dank, dass Sie unserer Ladung gefolgt sind und für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonbandaufnahme wird auch nach Erstellung des Protokolls gelöscht werden.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen und diese dann wieder zuzusenden. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlichen Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Vernehmung in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortsetzen kann und Ihnen die entsprechenden Fragen dann stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema insgesamt vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, wenn Sie dies

wünschen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Dirk Brengelmann, Botschafter in Brasilia, 60 Jahre. Und die Anschrift ist: Botschaft Brasilia.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Da haben wir Sie ja auch bekommen. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen - ich hatte es ja gerade gesagt - entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, wenn Sie dies wünschen. Wünschen Sie dies?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nicht in einem umfassenden Sinne. Vielleicht nur der Hinweis, dass ich in meiner Vita in den letzten Jahren sehr viele sicherheitspolitische Dienstposten hatte und vor der Dienstzeit in Brasilien ein Jahr lang der sogenannte Cyber-Beauftragte, der Beauftragte, um es genau zu sagen, für Cyber-Außenpolitik gewesen bin und diesen Posten im August 2013 übernommen habe, zu einer Hochphase sozusagen der öffentlichen Debatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann würden wir auch direkt mit der Befragung beginnen. - Ich würde eingangs ein bisschen mehr über Ihren Werdegang gerne wissen. Das frage ich auch immer, um zu entscheiden: Wie schaut es denn aus: fachlicher Background, technische Expertise und - Sie hatten es ja gerade angesprochen - natürlich auch insbesondere die Frage nach Ihren Berührungspunkten gerade mit den sicherheitspolitischen Fragen, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch hier im Vordergrund dieses Ausschusses stehen. Können Sie etwas näher und mehr zu Ihrem Werdegang sagen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, vielleicht folgende Hinweise: Ich habe in meiner Karriere, glaube ich, den größeren Teil im multilateralen Bereich verbracht, sicherheitspolitisch mit der Westeuropäischen Union und dann der Europäischen Union als Europäischer Korrespondent. Ich war dann eine Zeit lang im transatlantischen Geschäft tätig, war in Washington, war dann stellvertretender Kabinettschef in der NATO und anschließend im Kanzleramt für transatlantische Fragen zuständig. Ich hatte dann eine Zeit lang - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will Sie nicht unterbrechen. Aber können Sie es so ein bisschen mit den Jahren konkretisieren? Washington war 1997 bis 2000 - richtig?

Zeuge Dirk Brengelmann: Bis 2000. - Die NATO, das Kabinett, war von 2000 bis 2003, Bundeskanzleramt 2003 bis 2006 und dann NATO-Referatsleiter bis 2008, anschließend dann noch zwei weitere NATO-Posten: Ich war der Gesandte an der deutschen NATO-Vertretung, und ich war der beigeordnete Generalsekretär für politische Fragen, bis 2013. Daraufhin dann ein Jahr, wie ich eben sagte, der Beauftragte für Cyber-Außenpolitik und bin seit anderthalb Jahren jetzt der Botschafter in Brasilien.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Von der Ausbildung, bevor Sie ins AA gegangen sind?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich habe einen wirtschaftlichen Hintergrund. Ich bin Diplom-Volkswirt, Diplom-Kaufmann, und ich war vier Jahre lang bei einer Bank, bevor ich Diplomat geworden bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Vielleicht schauen wir einmal in die Zeit 2007 zu Beginn. Da interessiert mich dieses ganze Thema, was die Überschrift tragen könnte „AFRICOM“. Am 15. Januar 2007 stellte der US-amerikanische Gesandte Koenig die Pläne für die Einrichtung eines neuen Militär-Commands in

Stuttgart, AFRICOM, vor. Waren Sie an diesen Gesprächen oder an der Vorstellung beteiligt? Waren Sie da zugegen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich hatte ein eigenes Gespräch mit dem Gesandten Koenig. Er war danach noch bei dem Sicherheitspolitischen Direktor des Auswärtigen Amtes, und er war auch im BMVg. Und in der Tat hat er damals die Absicht vorgestellt, in Stuttgart das AFRICOM Command zu gründen, provisorisch. Die Absicht war, dass das dann eines Tages nach Afrika gehen sollte. Es ist vielleicht wichtig, zu sagen, dass die Funktionen, die dann von AFRICOM übernommen wurden, im Grunde genommen schon da waren. Denn das Europäische Command war vorher für all die Fragen, praktisch alle Fragen - mit einer Ausnahme - zuständig, die AFRICOM dann in Stuttgart übernommen hat. Es war also, wenn Sie so wollen, ich glaube - - Im Start-up-Bereich würde man von einer Ausgründung reden. Die Funktionen als solche waren schon da, wurden dann aber in eine eigene Einheit übertragen. Wenn ich es richtig erinnere, war damals auch Teil des Vortrags, dass sie für diese Ausgründung eine kleine Verstärkung brauchten; aber ich betone, es war angedacht als provisorische Geschichte. Und so haben wir das damals dann auch betrachtet und begutachtet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sagten, die „Ausgründung“ - in Anführungsstrichen - kam woher genau?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das war ein amerikanischer Vorschlag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich meine geografisch gesehen. Wo waren die Aufgaben bisher genau angesiedelt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Auch in Stuttgart, bei EUCOM.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, war bei EUCOM.

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, im Grunde genommen waren eigentlich mit der Ausnahme von ein paar Verstärkungen, die dann da zugeführt



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurden, die Personen, die da den Job übernommen haben, alle schon da und haben auch alle diese Funktion in Stuttgart im Rahmen von EUCOM vorher schon wahrgenommen. Ich glaube, es gab eine Ausnahme: Ich meine mich zu erinnern, dass ein oder zwei Länder, die vorher bei CENTCOM waren, dann AFRICOM zuge schlagen wurden. Ich weiß aber nicht mehr genau, welche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wahrscheinlich steckten strukturelle Fragen dahinter, dass man Afrika anders in den Blick nehmen wollte als bisher Europa und da einfach eine thematisch klarere Trennung haben wollte.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, es war auch schlicht und ergreifend so, dass Afrika in der sicherheitspolitischen Betrachtung der Amerikaner größeren Stellenwert gewonnen hatte und sie das dann vielleicht so sahen, dass das nicht mehr ausreichte, dass das sozusagen ein Add-on des europäischen Commands war, wo sie ansonsten eigentlich für alle Gegenden ja ein eigenes Kommando haben; nur für Afrika hatten sie das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie, wer noch Gesprächspartner vom Gesandten Koenig waren?

Zeuge Dirk Brengelmann: Im BMVg war es der Parlamentarische Staatssekretär und bei uns im Auswärtigen Amt der Sicherheitspolitische Direktor Ulrich Brandenburg und meine Wenigkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also mit mehr Leuten hat der Herr Koenig nicht gesprochen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Soweit ich weiß, nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und war das mehr so ein Mitteilen der Vorhaben, oder war das ein Dialog? War das mehr so: „Wir wollen, wie können wir da miteinander zusammenarbeiten?“, oder war das so mehr: „Wir machen das; wir wollten es euch mal mitteilen“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, das war schon mit der Bitte verbunden, dass wir das positiv kommentieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie hat Koenig dann die neuen Aufgaben beschrieben? Hat er da inhaltlich etwas mehr zu gesagt? Hat man gesagt: „Wir machen eigentlich das Gleiche weiter wie bisher“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Im Grunde ja. Im Grunde genommen war es die Feststellung, dass das jetzt also nicht bedeutet, dass da andere und ganz neue Aufgaben hinkommen sollten, sondern dass, wie ich es eben angedeutet habe, die politische Analyse in Washington war, dass man Afrika einen eigenen Stellenwert beimessen müsste und von daher es notwendig sei, das auch institutionell abzudecken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber allen Beteiligten war klar, was bisher in Stuttgart gemacht wurde. Das musste nicht erst erklärt werden.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Ob das allen so wirklich im Detail dann klar war, das vermag ich jetzt - das ist ein paar Jährchen her - nicht mehr so eindeutig zu beantworten. Aber im Grunde genommen war es uns klar, dass die Aufgaben schon vorher da waren und jetzt halt organisatorisch anders abgebunden wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal, dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg müsste es ja eigentlich klar gewesen sein; es ist ja sein Fachbereich. Ihnen aufgrund Ihres Werdegangs müsste es klar gewesen sein. Bleibt nur noch Ihr Kollege aus dem AA, der vielleicht nicht so ganz im Thema war.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, der war sehr im Thema auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also die drei wussten, -

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wovon die Rede war.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, das denke ich schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, denen musste man jetzt nicht erklären: -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Wir machen da was ganz Neues.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weitere Gesprächspartner, denen man vielleicht erst mal hätte erklären müssen, dass die Aufgaben bereits in Stuttgart gemacht worden sind, dass das nichts Neues ist und welche die Aufgaben überhaupt sind, fallen Ihnen jetzt nicht ein?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, es gab auch keine weiteren Gesprächspartner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange dauerten die Gespräche, wissen Sie das? War das eine Sache von einer halben Stunde, oder hat man sich da einen Tag zusammengesetzt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, das war ein Termin von - - Also, bei mir war es vielleicht von einer halben Stunde. Beim Sicherheitspolitischen Beauftragten war ich nicht dabei. Aber ich denke, das war auch ein Termin von einer halben bis einer Stunde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und hatten Sie vorher schon mal sich mit dem Standort Stuttgart beschäftigt? Waren Sie schon mal da, oder haben Sie es - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, ich war nicht in Stuttgart. Ich wusste von der Bedeutung Stutt-

garts auch im amerikanischen verteidigungspolitischen System, weil in meiner NATO-Aufgabe hatte ich ja relativ viel mit den Kollegen von SACEUR zu tun, und SACEUR ist in Personalunion auch der Leiter von EUCOM, traditionell.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. Im Grunde genommen war es dann mehr oder weniger, muss man wirklich sagen, eine Umstrukturierung wegen einer anderen Schwerpunktsetzung.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Ach ja?)

Okay. - Jetzt würde mich interessieren: Wenn alle da Bescheid wussten - - Am 8. Januar 2007 - das ist jetzt ein bisschen vorher -, da hat die US-Luftwaffe einen Angriff auf ein Dorf in Somalia geflogen, bei dem es auch zahlreiche Tote gab. Am 9. Januar wurde ein weiterer Angriff geflogen, bei dem es 31 getötete Zivilisten gab. Die Angriffe wurden dann auch am 10. Januar fortgesetzt. War das Thema, oder war das „daily business“, wo man sagt: „Das machen die halt bei EUCOM und machen sie demnächst bei AFRICOM; so ist das Leben“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, in dem Moment, als wir die Gespräche hatten, war es nicht präsent. Aber ich kann mich erinnern, dass wir, als wir die Vorlage dazu geschrieben haben, darauf hingewiesen haben, dass das, dieser Punkt, den Sie gerade angesprochen haben, in der Öffentlichkeit zu Kritik geführt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber er wurde bei dem Treffen nicht angesprochen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Wann war denn das Treffen? Das müsste Ihre Vorlage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das Treffen war am 15. Januar.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ah, okay. Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war jetzt dann, ja nachdem wie viel Tage man rechnet, eine paar Tage, eine Handvoll Tage später.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, da kann ich mich nicht dran erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dirk Brengelmann: Aber wir haben es in unserer schriftlichen Vorlage als Hinweis mit aufgenommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es gab eine Leitungsvorlage Ihres Referats vom 15. Januar 2007, und da soll gegenüber der US-Seite informell angeregt worden sein, dass Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation die Gründung von AFRICOM ohne Spezifizierung des Standorts nennt.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie soll ich mir das erklären? Also, ich hätte ja gesagt: Ist doch super. Die Zusammenarbeit mit Amerika läuft gut. Da sagen wir einen Standort in Deutschland; da machen wir das. Wir unterstützen unsere amerikanischen Partner. - War da der Grund, waren das die Luftangriffe, dass man nicht sagen wollte, das ist in Deutschland?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das mag ein Punkt gewesen sein. So können Sie es ja da auch nachlesen.

Für mich war noch ein anderer Punkt wichtig, warum ich das, glaube ich, auch gesagt habe, also nicht nur in dem einen Gespräch, und das ist der Aspekt, dass es ja eigentlich ein Provisorium sein sollte, und ein Provisorium wird nicht dadurch als Provisorium weiter bestätigt, dass man es besonders hervorhebt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welche Rolle spielte denn EUCOM bei diesen Luftangriffen genau?

Zeuge Dirk Brengelmann: Kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben eine Leitungsvorlage in Auftrag gegeben, dass man das nicht erwähnt, aber wissen gar

nicht genau, ob EUCOM da noch ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Dirk Brengelmann: Na, wir haben darauf hingewiesen, dass in Zukunft Somalia - - Ich sagte vorhin, ein Land wurde AFRICOM zugeschlagen, was vorher nicht bei EUCOM war; das war, glaube ich, Somalia. Die waren vorher bei CENTCOM. Das waren die in Tampa. Insofern war der Punkt, dass Somalia dazukam, ein Punkt, warum wir es in der Vorlage besonders erwähnt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich frage mich jetzt: Jetzt passieren Anfang Januar diese Luftschläge, die vielleicht nicht so ganz toll gelaufen sind. Und jetzt wird gleichzeitig dieses Gespräch geführt, dass AFRICOM in Stuttgart zumindest provisorisch aufgebaut worden ist. Man regt an, dass Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation die Gründung von AFRICOM, aber ohne Spezifizierung des Standortes benennt, weiß aber im Endeffekt im Auswärtigen Amt gar nicht, welche Rolle EUCOM bei den Luftschlägen gespielt hat.

Zeuge Dirk Brengelmann: EUCOM - nach dem, was ich gerade gesagt habe - selber kann es - - In dem Moment waren das ja noch Überlegungen der Amerikaner, das so zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, die Anschläge waren echt; das waren nicht nur Überlegungen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, ja. Das heißt, die Zuständigkeit, die operative Zuständigkeit muss in dem Moment noch bei CENTCOM gelegen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay. Nach Ihrer Meinung war also damals Stuttgart in die Luftschläge in Somalia noch gar nicht involviert.

Zeuge Dirk Brengelmann: Das würde ich vermuten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Brengelmann: Wenn es Zuständigkeit von CENTCOM ist, war Stuttgart zu dem Zeitpunkt nicht involviert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann gehen wir mal von der Thematik weg. Wie sah es denn aus bezüglich der Erstellung der Leitungsvorlage vom 15. Januar? Waren Sie selber damit beschäftigt, mit der Leitungsvorlage, oder waren das Kollegen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Es war jemand aus dem Referat. Aber als Referatsleiter habe ich die Leitungsvorlage unterschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist die dann zurückgekommen? Weil die ging ja an den Bundesminister - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich meine, die ist zurückgekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Abgezeichnet oder mit Bemerkungen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, ich habe in Erinnerung, dass sie als - - Ich habe sie als gebilligt zurückbekommen in Erinnerung. Ich kann Ihnen jetzt nicht - - Ich weiß nicht, welche Paraphrase drauf war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und in der Folgezeit ist AFRICOM ja - Sie haben das gesagt; man braucht auch für diese temporäre Ausgliederung mehr Leute - aufgewachsen auf circa 2 000 Mann, sowohl Zivilisten als auch Soldaten. Wie ist das im Auswärtigen Amt wahrgenommen worden, dass AFRICOM so groß wird? War das 2007 schon abzusehen, dass man in einem Jahr diesen Aufwuchs haben würde auf 2 000 Mann? Das ist ja schon - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Das war vielleicht so konkret nicht abzusehen. Sie hatten ja - das habe ich vorhin ausgeführt - klar zum Ausdruck gebracht, dass für sie Afrika jetzt eine größere Bedeutung hat in ihrer eigenen Sicherheitspolitik. Insofern war das schon die Ansage, dass sie sich auch stärker engagieren wollen. Aber dass das dann konkret zu einem solchen Aufwuchs führen

würde, das konnte ich in dem Moment der Leitungsvorlage selber auch nicht sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was die da machen, diese 2 000 Mann, war das bewusst? Machen die nur Strategie? Sind die, sagen wir mal, der „Kommandeur“ - in Anführungsstrichen - für die Truppen in Afrika, oder laufen da noch mehr Dinge? Von Ramstein haben wir gehört, dass Ramstein eine Art Relaisstation wäre für Daten, die zum Beispiel für die Steuerung von Drohnen notwendig sind. War so was in Stuttgart auch der Fall für Afrika?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ramstein, wenn ich das richtig erinnere, war als Relaisstation, glaube ich, dann EUCOM und AFRICOM zugeordnet und vielleicht auch noch darüber hinaus anderen Commands. Aber die Commands hatten schon die Steuerung. Allerdings bei besonders schwerwiegenden Operationen war auch ein Command sozusagen an Weisungen aus der Hauptstadt gebunden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, jetzt habe ich es richtig verstanden: Stuttgart war eigentlich sowohl bei EUCOM als auch bei AFRICOM nie die Relaisstation; das war immer in Ramstein, technisch. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich denke, ja. Aber das - - Wie gesagt, das Command sitzt in beiden Fällen in Stuttgart. Aber Sie sprechen ja von einer Relaisstation. Ich glaube, das ist dann eher - - Der Begriff „Relaisstation“, so wie Sie ihn gerade formulieren, scheint mir dann eher für Ramstein passend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also da hatte Ramstein die Funktion sowohl, ich sage mal, für den Bereich Alt-Europa, aber dann jetzt auch neue Funktion AFRICOM für Afrika und natürlich auch für den arabischen Raum. Also, da von Ramstein - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, es hatte diese Funktion auch schon vorher, als EUCOM noch beide Kontinente hatte, denke ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, mir war dieser Begriff „Relaisstation“ insgesamt neu. Können Sie uns mal so ein bisschen erklären, was man denn unter einer Relaisstation versteht? Weil Sie sind da sofort drauf angesprungen. Also, ich musste mir das erst mal so halbwegs zu Gemüte führen: Relaisstation. So als CB-Funker weiß man das vielleicht besser - für die, die es noch gibt.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Ehrlich gesagt, den Begriff als solchen auch im Sprachgebrauch ein paar Mal gehört, ja. Ich könnte es aber jetzt Ihnen nicht im Detail aufblättern, was Ramstein in dem Gefüge Tag für Tag macht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber was das grob zu tun hat. Ist das für den Funkverkehr? Ist das für die Steuerung von Drohnen? Was eine Relaisstation ausmacht, war das klar?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, es hat sicherlich mit Funkverkehr zu tun; es hat auch sicherlich was mit der Airbase zu tun; es ist ein Transport- und Logistik-Hub. Soweit ich es beurteilen kann, hat Ramstein sehr viele Facetten und ist ja dementsprechend auch keine kleine Einheit, sondern eine relativ große Einheit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte es auch sein, dass Drohnen, die in Afrika fliegen, insbesondere in Somalia, über ein Relais in Stuttgart gesteuert werden, aus Amerika?

Zeuge Dirk Brengelmann: Kann ich nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil Sie es nicht wissen, nehme ich an.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Könnte das in Ramstein der Fall sein?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ehrlich gesagt, in dem Thema bin ich nicht drin, auch nicht in der

Funktion als Referatsleiter 201 oder danach als AEC (?).¹

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das Thema Relaisstation Ramstein Ihnen sonst in irgendwelchen Funktionen mal begegnet?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ramstein als Standort - ich sprach vorhin ja auch vom Logistik-Hub - ist mir ständig begegnet, ja. Ich war aber nie da.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, speziell bezogen auf die Funktion als Relaisstation.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass Ramstein natürlich ein wichtiger und großer Stützpunkt für die Amerikaner ist, das ist klar. Aber das ist Ihnen so nicht begegnet.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann ein letzter Themenbereich von mir. Sie waren Sonderbeauftragter für Cyber-Politik des Auswärtigen Amtes - richtig?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was macht man da?

Zeuge Dirk Brengelmann: Na ja. Das war - - Ich habe es ja vorhin angedeutet: Ich begann den Job im August 2013, das heißt zwei Monate nach den Veröffentlichungen von Edward Snowden. Und wir waren im AA jetzt nicht diejenigen, die den Dialog und die Aufklärungsarbeit mit den amerikanischen Diensten führten. Aber als ich diesen Job übernahm und mir überlegte: „Welche Themen kannst du als Sonderbeauftragter Cyber-Außenpolitik jetzt in nächster Zeit hier beackern

1) Anmerkung des Zeugen, statt AEC – ASG, Assistant Secretary-General (der NATO), siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

und in den Vordergrund bringen?“, war mir völlig klar, dass der politische Kontext dessen, was ich da zu tun hatte, stark damit verbunden war.

Ich habe dann eine Zeit lang erst mal geguckt: Wie kann ich das innerhalb des Auswärtigen Amtes platzieren? Das war eine etwas ungewöhnliche Konstruktion, eine Matrixkonstruktion. Also ich arbeitete mit den verschiedenen Abteilungen direkt zusammen.

Dann war es ja auch so, dass es im Kontext der verschiedenen Ressorts erst mal platziert werden musste - es war ja ein neuer Posten im Auswärtigen Amt - und dann auch gegenüber den Partnern, also im internationalen Verhandlungsprozess. Ich habe dann innerhalb der ersten Wochen versucht, mir so einen Schwerpunkt narrativ zu bilden. Da hat sich relativ schnell herauskristallisiert das Thema „Privacy“, Schutz der Privatsphäre. Da war ich mit den Kollegen in der Abteilung Vereinte Nationen unterwegs. Dann haben wir auch sehr schnell uns in dieser Sache zusammen - Brasilien - organisiert und bei den Vereinten Nationen eine Resolution eingeführt.

Ein anderes Thema war das Thema Datenschutz in der Europäischen Union, aber auch im Kontext EU und Nordamerika.

Ein weiteres Thema war - in der Fachwelt läuft das unter Internet Governance - also die Art und Weise, wie das Internet konfiguriert ist, welche Regeln da gelten. Da galt es dann im weiteren Verlauf dieses Jahres insbesondere eine Konferenz in São Paulo zu organisieren, die die Brasilianer einberufen hatten. Auch hier Brasilien, weil Brasilien ebenfalls eine starke Reaktion gehabt hatte. Also, insofern waren das so drei oder vier der wichtigsten Baustellen.

Wir haben auch relativ viel gemacht im Bereich Entwicklung von Normen und Regeln im internationalen Kontext. Deutschland hat sich sehr stark eingebracht bei einer sogenannten Group of Governmental Experts im Rahmen der Vereinten Nationen; da ging es darum, Verhaltensweisen zwischen Staaten zu entwickeln. Da sind wir am Anfang: Es gab bisher zwei Gruppen, die letzte

war jetzt gerade erst letzten Sommer zu Ende gegangen; aber die Zusammensetzung der Gruppe wurde während dieses Jahres, in dem ich in diesem Amt war, konfiguriert. Wir haben versucht, vertrauensbildende Regeln im Rahmen der OSZE zu bilden, etc.

Also, es war der Versuch, Cyber-Außenpolitik zu definieren, die Umrisse für dieses Feld zu definieren, aber gleichzeitig auch zu erkennen, dass wir in diesem Tun auch den politischen Kontext, in dem wir da gerade gearbeitet haben, mitberücksichtigen müssen, insofern Priorität für so Themen wie „Privacy“ und „Datenschutz“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich verstehe auch gerade, dass die Brasilianer da intensiv eingebunden wurden. Waren auch die Amerikaner eingebunden?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, also, wir hatten regelmäßig auch Konsultationen mit den Amerikanern. Ich war im September, also einen Monat nach Amtsantritt, in Washington und habe mit denen über viele Fragen konsultiert. Ich habe ja gerade angedeutet, dass es im Kontext „Internet Governance“ viele neue Entwicklungen gab; die mussten mit den Amerikanern besprochen werden.

Es gab auch sonst jede Menge Themen, aber natürlich auch den politischen Kontext im Sinne von Vertrauen wiederherstellen; das war auch eine Überschrift der Dialoge mit den Amerikanern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das dann vonseiten der Amerikaner ein gewünschtes Ziel, Vertrauen wiederherstellen, oder war das von uns ein gewünschtes Ziel?

Zeuge Dirk Brengelmann: Sagen wir mal so: Ich glaube, wir waren der proaktive Part in der Diskussion, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum?

Zeuge Dirk Brengelmann: Wir waren diejenigen, die hier die öffentliche Debatte hatten; wir waren



Nur zur dienstlichen Verwendung

diejenigen, die eben das Gefühl hatten, dass es einen Bedarf gibt, Vertrauen wiederherzustellen.

Ich glaube, bei manchen unserer Partner war es am Anfang ein bisschen so, dass die Reaktion hier bei uns in Deutschland ja zum Teil mit etwas Verwunderung aufgenommen wurde, und es galt dann eben klarzustellen, dass die Reaktion bei uns jetzt nicht nur sozusagen eine Reaktion des Momentes ist, sondern dass diese Interessen auch länger anhalten werden. Ich sage jetzt ganz bewusst: auch eben über die Bundestagswahl, die ja damals vor der Tür stand, hinaus. - Und ich glaube, das musste erst mal - - Ja, wie soll ich das formulieren? Das musste erst mal sickern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie denn die Gefühlslage Ihrer amerikanischen Gesprächspartner beschreiben? Haben die gesagt: „So what, das ist doch hier Alltag“, oder haben die gesagt: „Mist, aufgefliegen, sollte nicht wieder passieren, aber eigentlich wollten wir weiter so machen, und jetzt seid ihr so unwahrscheinlich pikiert“? Also, wie würden Sie so ein bisschen die Gefühlslage beschreiben?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, so dieses - - Ich glaube, da war ein gutes Stück Verwunderung, dass wir so pikiert sind, ja. Ich glaube, das war oft nicht für jeden von denen nachvollziehbar. Und vielleicht auch so ein Gefühl, dass das, was sie tun, so unüblich vielleicht nicht sei, ja. Aber es war vor allen Dingen so eine Verwunderung über: Was regt Ihr Euch jetzt so konkret auf?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und in den USA gab es ja zu der Zeit auch eine Debatte. Ich meine, die Veröffentlichungen - man muss sich das ja mal vor Augen führen - gingen ja in Amerika los: Breaking News und es war ein amerikanischer Contractor, Mitarbeiter, der NSA, der in großem Umfang Daten veröffentlicht hat, peu à peu an die Medien weitergegeben hat. Also könnte man ja eigentlich sagen: Das Problem haben die Amerikaner erst mal. - Das war ja nicht ein BND-Mitarbeiter, der Sachen in deutschen Zeitungen veröffentlicht hat, aber da hatte man - - Das war okay, -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass einem Nachrichtendienst so ein Riesenfehler passiert ist.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, die erste Reaktion - und das hat vielleicht auch mit der Verwunderung über unsere Reaktion zu tun - bei den Amerikanern war natürlich die Empörung, dass das alles rausgekommen ist, und insofern waren sie über diese Leaks natürlich erst mal empört und - - Ich glaube, es hat aber dann im Laufe der Monate doch auch ein nachdenklicherer Prozess bei denen eingesetzt. Es gab, wie Sie gerade angedeutet hatten, ja durchaus eine interne Debatte, es gab auch eine sehr vitale Debatte im amerikanischen Parlament. Aus unterschiedlichen Gründen waren auch viele amerikanische Wirtschaftsunternehmen Teil der Debatte, auch einige NGOs.

Also, in Amerika gab es durchaus eine Debatte. Und unser Ziel war es, auch im Kontakt mit den Amerikanern, soweit wir das nur eben konnten, auf diese Debatte von unserer Seite aus Einfluss zu nehmen, zum Beispiel dann mit so einem Vorschlag eines Transatlantic Forum. Das war auch der Versuch, die Debatte in Amerika mit zu unterstützen, auch einen deutsch-amerikanischen Dialog über diese Fragen zu haben, und wenn ich sage „über diese Fragen“, meine ich dann was Weitergespanntes; weil wir waren nicht diejenigen, die die NSA-Dialoge führten; aber es kam dann auch im Laufe des Prozesses immer klarer raus - Stichwort „John Podesta“ und die von Präsident Obama eingesetzte Podesta-Group, Untersuchungskommission -, dass auch bei denen die Debatte nicht nur auf diese Frage fokussiert war, sondern insgesamt weit darüber hinaus auch das Thema Big Data im Kontext „Was macht der Staat damit? Was machen Unternehmen damit?“ in der Gesamtheit angehen wollte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie noch ein bisschen mehr zu dem Transatlantic Forum sagen? Ich glaube, nicht zuletzt auch der Druck der Wirtschaft in Amerika und die Gespräche, die dann mit Präsident Obama geführt worden sind, haben, glaube ich, die Administrative schon veranlasst, etwas intensiver über ihren



Nur zur dienstlichen Verwendung

Umgang auch mit Daten vielleicht nachzudenken. Kann das sein, oder ist das jetzt blauäugig von mir?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das war sicherlich ein Teil, aber noch mal: Der Präsident hat ja selber so eine Untersuchung gehabt, und da gab es auch innerhalb der amerikanischen Administration Beiträge von den Diensten, aber auch von einem Organ, dessen Name mir jetzt entfallen ist; PLCB glaube ich, war das Kürzel dafür. Das war eine Institution in der Administration, die sich um Datenrechte kümmern sollte; die haben ein Gutachten abgegeben. Also, da kamen Gutachten von verschiedenen Seiten.

Also gab es den Dialogprozess innerhalb der Administration, es gab diesen Prozess mit den Vertretern des Kongresses, wo man ganz klar erkennen konnte, da gab es starke Fraktionen, die keine Einschnitte für die Dienste wollten; es gab aber auch andere, die meinten, das sei jetzt zu weit gegangen. Man hatte NGOs in der Debatte, und man hatte auch die Reaktion internationaler Partner, uns vielleicht vorneweg.

Also, ich glaube, da sind mehrere Sachen in diesen Entscheidungsprozess eingesickert. Dass Silicon Valley dabei eine wichtige Rolle spielte, glaube ich gerne. Ja, ich weiß jetzt nicht mehr, wer genau, aber es gab ja auch schriftliche Demarchen von Silicon Valley gegenüber Präsident Obama, die, glaube ich, auch dann öffentlich gemacht wurden, wo sie klargemacht haben, dass ihr Interesse ist, dass da mehr Transparenz herrscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie sagen jetzt in der Rückschau, jetzt Januar 2016, dass sich diese Stimmung „Wir müssen uns dem Thema gegenüberstellen, widmen“ abgekühlt hat, dass man im Jahre 2013, im Herbst 2013 dann irgendwann erkannt hatte - wie Sie es gerade, finde ich, sehr schön beschrieben haben -: „Wir müssen auf dieses Thema zugehen; das können wir“, ich sage es jetzt mal mit meinen Worten „nicht unter der Decke lassen; dafür haben wir zu viele Akteure, die internationalen Partner, wie Deutschland, vorneweg, aber auch wie die Wirtschaft“? Ich erinnere mich damals an Aussagen

von David Drummond von Google, von Eric Schmidt, die sagten: Wir wollen darstellen, dass wir nicht der verlängerte Arm der NSA sind; so möchten wir nicht erscheinen. - Dass sich das jetzt inzwischen im Januar 2016 abgekühlt hat, oder ist da immer noch eine rege Diskussion?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich muss darauf hinweisen: Ich bin seit anderthalb Jahren sehr weit weg, in einem anderen Kontinent und mit wirklich anderen Fragen beschäftigt. Also, ehrlich gesagt, das wäre vermessen, wenn ich meinen würde, ich könnte jetzt anderthalb Jahre später da noch ein wirklich fundiertes Urteil zu abgeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann frage ich mal etwas kürzer. - Hat denn das Transatlantic Forum irgendeinen Progress erzielt? Kann man sagen: „Da ist was passiert“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich habe nur eins selber noch erlebt. Ich habe es initiiert, eins noch erlebt und bin - - das war der letzte Akt für mich als Beauftragter für Cyber-Außenpolitik; das war, glaube ich, Juni 2014 - und war dann einen Monat später dann auch in Brasilien. Ich weiß nur, dass es weitergegangen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie einmal noch skizzieren, welche Ebenen des Dialogs es gab? Sie haben ja gesagt, Auswärtiges Amt war für die internationalen Gremien, Vereinten Nationen, NATO - - Sie waren, glaube ich, auch bei G 8 unterwegs; es gab das Transatlantic Forum; es gab viele Ansätze. Und dann gab es ja den Bereich, ich sage mal, der Dienste, und dann gab es vielleicht den Bereich auch der Spitzen der Regierung. Wie kann man diese Bereiche abgrenzen? Weil irgendwie verschwimmen doch die Materien da etwas.

Zeuge Dirk Brengelmann: Bin mir nicht ganz sicher, ob ich Ihre Frage jetzt verstanden habe. - Bei den internationalen Organisationen bringt man sein Land, die Position seines Landes ein; aber natürlich berät man sich dazu auch mit anderen Nationen, weil die ja auch ihren Input haben, insofern waren wir auch in einem ständigen Dialog mit mehreren unserer Partner, ob das jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nun die Vorbereitung war für NETmundial, die Konferenz in Brasilien oder die Resolution da in New York oder was auch immer. Das ist ja ein Verhandlungsprozess, und man hat mit mehreren Partnern zu tun.

Mit den Amerikanern bilateral kam natürlich der Punkt hinzu - und das ist, glaube ich, auf mehreren Ebenen gemacht worden -, dass wir am Anfang immer wieder klarmachen mussten - ich sprach es vorhin an -, dass das Thema Vertrauen und bei uns die öffentliche Debatte ein Thema ist, was eben nicht so schnell weggehen wird, wo sie sich dem Dialog mit uns auch öffnen sollten. Das haben wir auch angesprochen, aber dann eben, wie ich vorhin sagte, mehr unter der Themenüberschrift: Schutz der Privatsphäre; wir haben da die Resolution, wir wollen, dass ihr die am Ende des Tages mittragt. - Und das waren dann unsere Signale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich erinnere mich, in der Zeit wurde sehr oft der Satz benutzt: Auf deutschem Boden muss deutsches Recht eingehalten werden; das gilt auch für die Amerikaner.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das auch etwas, was das Auswärtige Amt immer wieder deutlich gemacht hat, oder ist das mehr Sache des Innenministeriums, Kanzleramts, -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - oder war das auch ein Thema für das Auswärtige Amt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, dass diejenigen, die bei uns stärkeren transatlantischen Konnex haben, das durchaus auch von unserer Seite mit unterstützt haben und auch so formuliert haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, der Knackpunkt bei diesen ganzen Dingen ist ja, dass wir über nachrichtendienstliche Tätigkeit reden, die in den Ländern, wo sie stattfindet, in der Regel eben nicht erlaubt ist; sonst könnte

man ja ein Rechtshilfeersuchen stellen über das Auswärtige Amt. Wie kriegt man denn diesen Satz zusammen: „Man bemüht sich darum, dass auf deutschem Territorium deutsches Recht gilt“ - - aber auch nicht sagen kann: „Schafft Eure Nachrichtendienste ab“? Das wird man den Amerikanern kaum nahelegen können. Also, wie war man unterwegs in diesen Tagen und speziell Sie mit Blick auf das Auswärtige Amt? Was hat man probiert? Wohin wollte man die Amerikaner bewegen und vielleicht auch Briten oder andere?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, was das Auswärtige Amt angeht, habe ich meine Themen eben dargestellt. Ich glaube, in diesem allgemeinen Umfang „deutsches Recht auf deutschem Boden“ haben wir das auch unterstützt; aber wir waren jetzt nicht in Detailverhandlungen dabei - ich auch nicht persönlich -, wo es darum geht, wie und wo und wann Dienste zusammenarbeiten und wie sie sich da untereinander einigen. Das war nie Teil unserer Gespräche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber Sie wissen schon, dass es Gespräche zum Beispiel auf Dienste-Ebene gegeben hat.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Aber da waren Sie nicht involviert.

Zeuge Dirk Brengelmann: Kein einziges Mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre eigentlich schön gewesen, wenn das Auswärtige Amt da auch involviert gewesen wäre, oder ist das untypisch?

Zeuge Dirk Brengelmann: Soweit ich das überblicke, wäre es völlig untypisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Ja, eigentlich habe ich jetzt weitestgehend keine Fragen mehr, die ich gewinnbringend stellen könnte.

Wir könnten noch mit einer Fraktion anfangen. Ich glaube, das sollten wir auch machen der Zeit



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach. Die Zeit haben wir noch bis zur namentlichen Abstimmung. Dann beginnt jetzt die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner. - Ich danke schon mal für die Beantwortung meiner Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Brengelmann von mir auch herzlich willkommen im Untersuchungsausschuss. - Ich würde gerne mal ganz allgemein wissen, an welchen Stellen Ihrer dienstlichen Laufbahn Sie beruflich Kontakt mit Geheimdiensten der Five Eyes hatten?

Zeuge Dirk Brengelmann: Beruflich Kontakt mit Geheimdiensten der Five Eyes habe ich eigentlich zu keinem Zeitpunkt gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht im Zusammenhang mit der Diskussion um AFRICOM, mit der Verwendung in der NATO?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, ich habe keinen Kontakt mit Vertretern der Geheimdienste der Five Eyes gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich gerne tatsächlich noch mal auf die Vorlage zur Ansiedlung von AFRICOM in Stuttgart zurückkommen, weil Sie ja vorhin ausführten, dass für den Vorschlag, der Präsident Bush unterbreitet wurde, dass er in seiner Rede den Standort verschweigen soll, auch ausschlaggebend gewesen sein soll, dass das ja nur eine vorläufige Entscheidung sei und dass man deswegen darauf verzichten könne.

Ich würde das gerne mit zwei Fragen begleiten. Erstens: Welche Gründe sind Ihnen denn bekannt, dass der eigentliche Ansiedlungsort „afrikanische Staaten“ nicht realisiert wurde?

Zeuge Dirk Brengelmann: Weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, mit wie vielen sie das Gespräch dazu vorher und nachher hatten; aber ich glaube, im Laufe der Zeit ist dann so ein Prozess entstanden, dass man wahrscheinlich die Infrastruktur und das, was man dann bei uns vor Ort hatte, auch sehr geschätzt hat. Ich kann mir also vorstellen, dass dann im Laufe der Zeit der Gedanke,

dass das vielleicht doch kein Provisorium sein sollte, an Zulauf gewonnen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, AFRICOM hätte eine weitere Aufgabe als das European Command gehabt. Was ist die eine weitere Aufgabe?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, sie haben - das habe ich vorhin angedeutet - ein Land von einem anderen Command übernommen, was vorher nicht bei EUCOM war, meine ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie wissen nicht mehr, welches das war.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich kann - - Weil wir vorhin ja da Somalia gehört hatten, meine ich mich zu erinnern, dass es genau darum ging.

Martina Renner (DIE LINKE): Dass es um Somalia ging.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen jetzt gerne aus dieser Vorlage für das Gespräch am 15. Januar die letzten Passagen vorlesen. Das ist MAT A BK-2-11d.pdf, Blatt 10 ff., hier Blatt 12. Da wird unter dem Punkt 5, deutsche Interessen, gesagt:

Gewisse Zweifel in der Öffentlichkeit könnten höchstens dadurch entstehen, dass AFRICOM auch für Somalia zuständig sein soll (bisher CENTCOM). US-Aktionen in Somalia in den letzten Tagen gaben Anlass zu Kritik.

Wir haben daher ggü. der US-Seite informell angeregt, dass Präsident Bush in seiner Rede die Gründung AFRICOM ohne Spezifizierung des Standortes nennt.

Ansonsten sollten wir US-Planungen positiv beantworten.

Hier wird - und das wäre meine Frage - eben doch eindeutig ausgeführt, dass Grund für die Bitte, dass der Standort nicht genannt wird, eben



Nur zur dienstlichen Verwendung

die öffentliche Kritik an den zivilen Toten in Somalia war.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich hatte ja eben gesagt, dass es diesen Punkt in der Vorlage gibt - hatte ich auch so gesagt - und dass zweitens mein eigener - und da sprach ich von mir selber -, mein persönlicher Punkt bei meiner Äußerung dazu war, dass ein Provisorium nicht dadurch als Provisorium bestätigt wird, dass man es besonders betont. Ich habe aber diesen anderen Punkt aus der Vorlage dabei nicht bestritten.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Haben Sie denn den Standort AFRICOM dann auch besucht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich bin nicht in Stuttgart gewesen, weder bei EUCOM noch bei AFRICOM.

Martina Renner (DIE LINKE): Und war ein Gesprächspartner von AFRICOM bei Ihnen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Bei *dem* Gespräch mit dem Gesandten weiß ich nicht, wer sonst dabei war; aber ich bin mir ziemlich sicher, dass ich irgendwann im späteren Verlauf - jetzt weiß ich aber nicht mehr, ob als Referatsleiter oder später schon in NATO-Funktion - dass ich mal bei irgendeiner Gesprächssituation auch dem dann späteren Leiter AFRICOM gegenüberstand; aber ich kann nicht mehr sagen, wann und wo genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie uns noch sagen, an welchen Namen Sie sich erinnern?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, er hieß Ward.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei diesen Gesprächen: Spielte dort die Frage „Einsatz bewaffneter Drohnen“ eine Rolle?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Spielte bei anderen Gesprächen wie die jetzt hier zu Ihren Verwen-

dungen, die uns als Untersuchungsausschuss interessieren, das Thema „Einsatz bewaffneter Drohnen“ eine Rolle?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich war Referatsleiter im NATO-Referat von 2006 bis 2008. In meiner Zeit - - Also, ehrlich gesagt, als Sie mir vorhin den Satz da über Somalia vorgelesen haben, dachte ich, dass es um Drohnenangriffe vielleicht damals ging; aber ich habe mitgekriegt nach dem, was Sie eben sagten, Herr Vorsitzender, dass es um ganz andere Ereignisse ging, die ich auch nicht mehr in Erinnerung habe. Aber ich hatte jetzt eben, als Sie den Satz vorlasen, kurz den Reflex gehabt: Vielleicht waren das erste Drohnenoperationen gewesen, auf die hier Bezug genommen wird. - Ansonsten habe ich in der Funktion keine Diskussionen zu Drohneneinsätzen gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): In der Funktion und in einer anderen auch nicht.

Zeuge Dirk Brengelmann: Auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nach den Veröffentlichungen der Snowden-Dokumente war das Thema auch nicht noch mal aufgerufen -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - an irgendeiner Stelle.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Geheimer Krieg, bewaffnete Drohnen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Nicht - - Jetzt meinen Sie meine letzte Funktion als - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, nicht, dass - - Nein, kann mich nicht konkret an was erinnern, wo ich mit dieser Frage als Cyber-Beauftragter zu tun gehabt habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Zu Ihrer Tätigkeit als Cyber-Beauftragter finden wir ja auch einige Anhaltspunkte in den Akten, und offenbar haben Sie ja auch zum Beispiel mit großen IT-Unternehmen Gespräche geführt. Wir finden hier zum Beispiel ein Gespräch mit Google. Bei welchen anderen Firmen waren Sie noch?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich hatte viele Gespräche mit Vertretern amerikanischer Internetfirmen, einmal bei einem Besuch in Brüssel, dann aber auch hier in Berlin, wenn die mal auf Durchreise waren. Ich war bei einer größeren Konferenz des sogenannten EastWest Institute im Silicon Valley, auch da mehrere Gespräche mit Vertretern der größten amerikanischen Firmen gehabt. Und na ja, die lebten natürlich auch unter dem Eindruck der Veröffentlichung und sahen sich - wie soll ich das formulieren? - so ein bisschen als Kollateralschaden der Debatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir finden hier in der Vorlage an den Untersuchungsausschuss MAT A Bot-1-2a_1.pdf, Seite 81 auch Angaben zu einem Gespräch mit Google. Es ist die Seite 81, und da wird gesagt, dass Herr Hampton

betonte, dass ... es ... keinerlei Anzeichen [gebe], dass es den Geheimdiensten tatsächlich gelungen sei, die verschlüsselten Google-Dienste zu knacken. Es gebe dort keine Hintertür („backdoor“).

Also, diese Backdoor-Problematik spielte offenbar in den Gesprächen eine Rolle. Da würden sich für mich zwei Fragen anschließen. Erstens: Mit welchen anderen Unternehmen haben Sie diese Problematik „Backdoors für Geheimdienste“ thematisiert?

Und zum Zweiten: Wie haben Sie sich technisch denn vorbereitet hinsichtlich der Frage, was denn überhaupt möglich ist und inwieweit man so etwas erkennen kann?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, Sie können ja aus meinem Lebenslauf ersehen, dass die Vorbereitung für mich schwierig war, weil - wie soll ich das formulieren? - ich bin ja nun nicht gerade

zielgerichtet als Cyber-Außenpolitiker ausgebildet worden. Also, es war für mich als technische Frage schwierig und komplex.

Sie haben gerade das Gespräch mit Google angesprochen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich mit einer anderen Firma das Gespräch auch hatte. Jetzt kann ich in dem Fall aber keinen Namen nennen, weil ich es nicht mehr weiß, welche es war, aber ich erinnere mich, dass ich das nicht nur einmal gehört habe, und zweitens in vielen dieser Gespräche auch, ja, ich sagte gerade schon so eine gewisse Säueris vonseiten dieser Firmen zu hören bekam, weil sie sich da als Kollateralschaden sahen und zweitens [sic!], weil es ihr Bemühen war, dass sie in Washington mehr Möglichkeiten für Transparenz in der Sache bekommen.

Das war ein Hauptanliegen, glaube ich, auch in dem Brief von Silicon Valley an Präsident Obama, dass sie, wenn sie denn was machen müssen, dann auch die Freiheit haben wollen, dass sie das kundtun. Dass es also sozusagen aus dem Geheimen rauskommt und die Firmen sich dann auch in der Beziehung äußern können, das war eines der wichtigsten Anliegen dieser Firmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich in dem Zusammenhang auch mal für die Fähigkeiten zum Beispiel der deutschen Geheimdienste interessiert, solche Backdoors zu nutzen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre das nicht eine naheliegende Frage gewesen: Wenn das die Amerikaner können, können wir das auch?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wir müssten jetzt -

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - zum Ende kommen und würden jetzt eine Unterbrechung machen für die anstehenden zwei namentlichen Abstimmungen. Das heißt für alle anderen Pause, für die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten jetzt den Weg zur namentlichen Abstimmung.

Wir unterbrechen die Sitzung bis circa 14.05, 14.10 Uhr hoffentlich allerspätstens, wenn die zweite namentliche Abstimmung dann durch ist. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
12.58 bis 14.12 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir führen nun die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort und kommen zu den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Zimmermann beginnt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Brengelmann, ich würde an dem Punkt Cyber-Außenbeauftragter ansetzen. Ich glaube, ich kann mich sogar daran erinnern, einmal an einer Veranstaltung mit Ihnen teilgenommen zu haben, wo Sie von Ihrem damals recht neuen Tätigkeitsfeld berichtet haben. Mich würde interessieren: Können Sie uns ein bisschen etwas dazu sagen, wie die Erwartungen an diese Stelle und an Ihre Tätigkeit waren? Sie haben vorhin schon ein bisschen etwas gesagt, wie die Aufgabenfelder - - wie Sie die, glaube ich, auch selbst definiert haben. Aber mit welcher Erwartung war das verbunden?

Zeuge Dirk Brengelmann: Vielleicht als Vorbemerkung: Die Idee, einen solchen Posten einzurichten, war schon etwas länger im Schwange, bekam dann aber durch die Umstände der Situation eben doch einen anderen politischen Kontext, als wäre sie einfach so im normalen Geschäft entstanden. Damit hatte ich mich am Anfang natürlich auseinanderzusetzen.

Ich hatte, als ich da anfang, einen relativ kleinen Stab. Das war auch von Anfang an so gedacht, dass das im Sinne einer Matrixorganisation lau-

fen sollte. Das heißt, ich hatte Zugriff auf die Arbeitseinheiten anderer Abteilungen und machte verschiedene Dinge mit verschiedenen Abteilungen. Das war also für mich am Anfang interessant, festzustellen, wie viele Leute doch in irgendeiner Art und Weise mit dem Thema Berührung haben - und sei es nur so in Nebenausschnitten. Wir mussten jetzt versuchen, aus diesem Nebeneinander von vielen Spielern so etwas wie eine kohärente Politik zu machen, und mussten uns dazu in dem Moment dann ein paar Sachen aussuchen, die man mit so einem kleinen Stab - es waren am Anfang zwei Leute - - auch tatsächlich ein bisschen was Operatives machen konnte. - So, das war die Nummer eins.

Nummer zwei war, wie ich auch vorhin andeutete, das Thema Cyber-Außenpolitik in den Kontext der Ressortabsprachen mit einzubringen. Da war dann das Auswärtige Amt in der Beziehung ein neuer Player. Beim Thema Internet Governance oder Konferenz in São Paulo war also die Teilnahme des Auswärtigen Amtes jetzt auch etwas Neues. Last not least galt es, uns als AA dann auch im Kontext der anderen Global Players sozusagen in dem Bereich einzubringen. Viele hatten einen solchen Posten schon; also in Amerika, in Paris, in Moskau, in London, aber auch in etwas kleineren Staaten wie Schweden oder Holland gab es einen solchen Posten. Wir waren also insofern ein bisschen später dran.

Als ich dann da anfang, habe ich - das habe ich ja eben schon angedeutet - versucht, ein paar Themen zu definieren, wo wir tatsächlich als Auswärtiges Amt vielleicht auch einen Mehrwert bringen können. Das eine war dann - das habe ich auch vorhin schon gesagt - das Thema „Privacy“, Schutz der Privatsphäre, die Resolutionen in New York und Genf; es gab ja dann zwei Resolutionen. Das war mit der Abteilung Vereinte Nationen. Dann das Thema Datenschutz mit der Europa-Abteilung, Cyber Security mehr mit der Politischen Abteilung, alles, was Sie vielleicht so generell unter dem Stichwort „Völkerrecht des Netzes“ zusammenfassen können, mit der Abrüstungsabteilung, weil da laufen vertrauens-/sicherheitsbildende Maßnahmen, mit der Rechtsabteilung natürlich. Das waren dann mit Internet



Nur zur dienstlichen Verwendung

Governance so die vier Schwerpunkte: die Diskussion Freiheit und Sicherheit, Datenschutz, ein bisschen auch so Themen wie technologische Souveränität, was ja im EU-Kontext eine Rolle spielte, anfangs zum Teil etwas, ich sage mal, plakative Diskussionen - German Mail, Euro-Cloud, Schengen-Routing und was es da alles gab -, dann, wie gesagt, Internet Governance, Völkerrecht des Netzes. Das waren so die Punkte, die ich mir dann rausgesucht habe und auf denen ich versucht habe eine Politik für das Auswärtige Amt zu formulieren und in die verschiedenen Gremien und internationalen Beratungen einzu-bringen.

Dann kam - das habe ich vorhin auch schon genannt - sehr früh im Laufe meines Jobs das Thema auch bei uns intern hoch: Wie können wir es schaffen, a) mit den Amerikanern den Dialog Regierung zu Regierung zu führen - Thema Vertrauen -, wie schaffen wir es aber auch, auf die Diskussion in Washington mit unseren geringen Möglichkeiten ein bisschen Einfluss zu nehmen, und drittens, wie schaffen wir es, in dieser Situation dennoch einen weitergehenden transatlantischen Dialog zu solchen Fragen zu institutionalisieren? Das hat eine Zeit lang gedauert. Das war vielleicht der fünfte Schwerpunkt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Bleiben wir bei dem letzten Aspekt, den Sie genannt haben, Internet Governance - Sie haben vorhin auch die Konferenz in Brasilien angesprochen -: Wie haben sich denn da in Ihrer Zeit die Verhandlungen mit den USA dargestellt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Vielleicht dazu zwei Aspekte: Die USA sind in dem Kontext Internet Governance natürlich zentraler Spieler wegen der Geschichte und der Bedeutung der USA, wenn es um ICANN, um die Regulierung des Netzes geht. Da war im Vorfeld klar geworden, dass die Amerikaner verstehen, dass sie da vielleicht etwas - ich sage es mal salopp - Leine lassen müssen. Das war dann ein Hintergrund für die Konferenz in São Paulo. Da wurde der Prozess ICANN Transition in Gang gesetzt. Ich weiß auch nicht, wo der jetzt ist - ich habe das seitdem nicht mehr so eng verfolgt -, aber das wurde damals in Sao Paulo in Gang gesetzt. Da hatten natürlich die Amerikaner

Sorge, dass es, wenn sie da Leine lassen, dann sozusagen in eine falsche Richtung läuft.

Der andere Punkt in São Paulo, sehr verbunden mit dieser Frage und der, zu der ich dann gleich komme, ist die Modellfrage: Was für ein Modell haben wir hier eigentlich beim Thema Internet Governance, ist das Multi-Stakeholder? Das ist das Modell, das dann in São Paulo wohl sozusagen am tragfähigsten war. Multi-Stakeholder in dem Sinne: Regierungen, Wirtschaft, NGOs, Academia. Alle diese Player im Internetbereich haben eine eigene Stimme, und man versucht dann, sozusagen im Sinne eines informellen Verhandlungsweges zu einem Konsens zu kommen: Machen wir es so, oder machen wir es strikt multilateral, sprich, Regierungen sitzen im Prinzip zusammen? Da war die Ansicht in São Paulo, dass sich für das Internet wahrscheinlich das etwas breitere Modell anbietet - Multi-Stakeholder.

Der andere Punkt - das war vielleicht etwas, was mir besonders wichtig war -: Ich sprach eben von den Resolutionen, die wir zum Thema „Privacy“ bei den Vereinten Nationen eingebracht haben. Das sind Resolutionen. NETmundial, diese Konferenz in São Paulo, war jetzt keine Völkerrechtskonferenz im Sinne von bindenden Beschlüssen; aber es war mir wichtig, dass wir sozusagen die Sprache zu diesem Thema aus den Resolutionen auch in das Schlussdokument der Konferenz von São Paulo einbrachten. Ich glaube, das ist uns auch gelungen. Wenn man dieses Dokument von São Paulo liest, wird man viele der Aussagen oder der Forderungen oder der Desiderate aus den Resolutionen dort wiederfinden. Das war natürlich - das können Sie sich vorstellen - auch wie diese Resolution selber - - war auch Gegenstand von Verhandlungen in New York und mit den Partnern. Da gab es natürlich die eine oder andere Sorge. Aber dann am Ende des Tages haben es ja doch alle mitgetragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Quasi das Abschlussdokument in São Paulo, das sollte ja eigentlich ein Zusatzprotokoll werden, ist am Ende aber doch irgendwo abgespeckt worden. Wie - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Brengelmann: Jetzt meinen Sie die Resolution zum Thema Privatheit?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ein Zusatzprotokoll - das war sozusagen Stand Juli/August - war in der Tat mal die Idee. Das war nicht durchzusetzen. Die Resolution war dann etwas, was im Wege des Verhandlungsprozesses durchzusetzen war. Insofern war das dann sozusagen das Ergebnis der Überlegung zum Thema Zusatzprotokoll.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich fragen, über welchen Zeitraum wir reden?)

- Wann war die Konferenz?

Zeuge Dirk Brengelmann: Die Konferenz war im April 2014.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht untersuchungsgegenständlich!)

- Darf ich fragen, was - - Ich bin jetzt etwas - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht untersuchungsgegenständlich! All die tollen Dinge, die Herr Steinmeier gemacht hat, das ist jetzt eigentlich nicht relevant!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist in Ordnung. - Ich würde jetzt aber auch gerne zu einem Teil kommen, der definitiv im Untersuchungszeitraum liegt. Das wäre noch mal die Frage zum Thema - -

(Unruhe bei der LINKEN und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Was ist jetzt so lustig daran, Frau Kollegin? - Mein Gott, da scheinen die Nerven ja schon wieder blank zu liegen.

Zum Thema No-Spy-Abkommen. Sie waren ja sozusagen in dem Zeitraum nach den Snowden-Veröffentlichungen in einer Rolle im Auswärtigen Amt. Mich würde erst mal interessieren, ob Sie uns sagen können, welche Prioritäten bei den Bemühungen im Auswärtigen Amt da im Vordergrund standen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, meine eigene Agenda hab ich eben dargestellt. Ich glaube, insgesamt für das Auswärtige Amt gab es noch zwei andere Punkte - ich hab das vorhin genannt -: das Thema „Vertrauen“ und dann das Thema „deutsches Recht auf deutschem Boden“. Es ist auch bekannt, dass wir in dem einen oder anderen Kontext dann auch Nachfragen an unsere amerikanischen und britischen Partner gerichtet hatten, was dann manchmal etwas dauerte. Aber wir waren nicht Teil der Verhandlung zwischen den Diensten; wir waren auch nicht Teil der Gespräche zum sogenannten No Spy. Da waren wir als Auswärtiges Amt nicht beteiligt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Dann wäre ich in dieser Runde erst einmal fertig. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Brengelmann! Ich wollte grundsätzlich anfangen mit dem Thema, das uns hier insgesamt beschäftigt. Sozusagen vor dem Hintergrund der Dinge, über die Sie eben berichtet haben: Dieser Satz „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, wie ist das eigentlich so in Ihrem Bereich diskutiert worden? Da hat es ja bestimmt eine Diskussion gegeben; das war ja alles so im Herbst 2013. Wie haben Sie da persönlich draufgeguckt oder Ihre Abteilungen, in denen Sie tätig waren: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, ich sprach ja eben von dem Thema Vertrauen. Da hat man natürlich auch diesen Satz gelegentlich rezipiert. Insofern waren wir da der Meinung, dass wir da, wenn wir so Punkte ansprechen wie Privatsphäre, sehr wohl berufen sind, diese Punkte zu machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Privatsphäre auch von Staats- und Regierungschefs und Abgeordneten und Diplomaten und Konsulaten? Oder wessen Privatsphäre jetzt konkret?

Zeuge Dirk Brengelmann: Als wir diese Arbeit zu dem Thema betrieben, war das jetzt nicht sozusagen auf Berufsgruppen reduziert, sondern diese Resolutionen waren schon mit der Stoßrichtung, dass das für alle gelten soll. Also das, was wir da im Rahmen der Vereinten Nationen betrieben, war jetzt nicht irgendwie „privacy for politicians“ oder „privacy for diplomats“. Das war nicht die Intention.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War es denn überraschend für Sie, als die Geschichte aufkam, dass das Telefon von Frau Merkel abgehört wurde?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das muss ungefähr im Kontext oder im Zeitraum gewesen sein, als ich das Amt angetreten habe. Fand ich das überraschend? - Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Auswärtige Amt wirkt mit am Auftragsprofil der Bundesregierung. Ist das so?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das Auswärtige Amt wirkt mit an was für einem Profil?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Auftragsprofil der Bundesregierung. Also, das Auswärtige Amt speist Ziele, Interessensgebiete in das Auftragsprofil der Bundesregierung mit ein für den Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Dirk Brengelmann: Denke ich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. - Und kriegt das Auswärtige Amt auch Ergebnisse vorgelegt, die der BND dazu liefert?

Zeuge Dirk Brengelmann: Sie meinen, ob man hin und wieder Produkte lesen kann?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich habe gelegentlich Produkte gelesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen da mal aufgefallen, dass diese Policy „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht“ vielleicht beim Bundesnachrichtendienst selbst gar nicht so eingehalten wurde?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also so europäische Länder, befreundete Staaten, -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nie mal eine interessante Info gekommen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, habe ich - - Um den amerikanischen Begriff zu nutzen: Never ever ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Und das war auch kein Thema in den Diskussionen? Hat denn von der amerikanischen Seite in den Diskussionen, die Sie nach Snowden geführt haben, mal jemand gesagt: „Übrigens, wir glauben, ihr macht eigentlich genau das Gleiche“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nicht auf uns mit dem Finger gezeigt; aber ich habe bestimmt zwei-, dreimal so einen Satz gehört. Ich habe vorhin gesagt, anfangs gab es so etwas wie Verwunderung. Das hatte wahrscheinlich auch damit zu tun, dass bei manchen der Kollegen so ein bisschen der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Eindruck war: Das machen doch eigentlich alle oder viele. - Also, so einen Satz: „Was regt ihr euch eigentlich auf? Das machen doch alle“, das habe ich ein-, zweimal gehört, aber jetzt nicht sozusagen singulär mit dem Finger in meine Richtung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber ist daraus im Auswärtigen Amt eine Debatte erwachsen, die heißt: „Bevor wir hier große Verhandlungserfolge erzielen können mit befreundeten Staaten der Five Eyes, müssen wir erst mal klarkriegen, was wir selbst eigentlich machen und steuern“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nichts bekannt. Ich war jedenfalls daran nicht beteiligt, wenn es das gegeben hätte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An solchen Diskussionen. - Also Sie hatten sozusagen diesen Handlungsauftrag und dieses Arbeitsfeld, aber die Rückkopplung, was das eigentlich für den eigenen Nachrichtendienst bedeutet, das wurde in Ihrer Anwesenheit nicht - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Es hatte ja jeder Gelegenheit. Ich sprach vorhin von der Resolution, und da haben wir ja erste Vorschläge, Entwürfe unserem Partner zur Verfügung gestellt. Bevor wir das gemacht haben, haben wir die ja auch intern hier im Rahmen der Ressorts abgestimmt. Also wir haben sozusagen transparent gemacht, was wir da machen. Insofern hatte jeder Gelegenheit, intern zu sehen, was wir da bewirken wollten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Umstand, dass der Bundesnachrichtendienst eventuell selbst befreundete Länder, Botschaften abgehört hat, hat Sie das überrascht, als das herausgekommen ist? Oder hat man das sozusagen zur Kenntnis genommen und gesagt: „Das wussten wir doch immer, dass da so was ist“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, es hat mich überrascht, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie würden Sie das jetzt so in der Rückschau beurteilen, sozusagen mit welcher Policy und mit welchem Auftrag man verhandelt hat und was der Bundesnachrichtendienst eben selbst eigentlich gemacht hat und vielleicht auch noch macht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, das, was wir da gemacht haben, war tatsächlich etwas langfristiger angelegt: Resolutionen und Prozesse, die man damit in den Vereinten Nationen in Gang setzt, das geht über Jahre. Auch so Transitionsprozesse im Bereich Internet Governance gehen über lange Jahre. Datenschutzverhandlungen im Bereich der Europäischen Union gingen auch über einen längeren Zeitraum. Also, ich habe nicht das Gefühl, dass das, was wir da gemacht haben, dadurch jetzt sozusagen entwertet worden wäre oder ausgehebelt worden wäre oder dergleichen. Ich würde dasselbe wieder machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Und ich will auch deutlich machen: Mir geht es gar nicht darum. Ich finde die Ziele vollkommen lauter und richtig. Nur, ich sehe eben eine gewisse Diskrepanz zwischen der öffentlichen Rolle, die die Bundesregierung nach Snowden eingenommen hat, und dem, was man tatsächlich selbst getan hat. Jetzt kann man sagen: Auf lange Sicht wollten wir alle gut werden. - Aber dass andere Länder so im Hinblick auf No Spy - - Haben Sie da eigentlich irgendwie mitdiskutiert, bei diesen Fragen um No Spy?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Da waren wir - und ich glaube, das kann ich auch für die - - Ich habe jedenfalls keine Verhandlung zum Thema No Spy mitbekommen oder war an der beteiligt. Wir wussten, dass es diese Verhandlung gibt, aber wir waren nicht involviert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Noch mal ganz kurz - ich glaube, ich habe nicht mehr so viel Zeit - zu diesen AFRICOM-Fragen. Als diese Dinge verhandelt wurden am 15. Januar 2007, gab es da im Hinblick auf sogenannte extralegale Tötungen durch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Drohnenangriffe schon Statistiken, Zahlen, zu wie vielen Tötungen es da gekommen ist?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hat es im Haus Diskussionen gegeben über die rechtlichen Implikationen, die das hat? Wenn jetzt aus Stuttgart solche, ich glaube, unstrittig völkerrechtswidrigen Tötungen durchgeführt werden oder zumindest der Standort Stuttgart da eine Rolle spielt, ob daraus rechtlich in irgendeiner Form für die Bundesrepublik, für die Beteiligten eine Problematik entstehen könnte, war das ein Thema?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, meine Erinnerung - wir sprechen ja von Januar 2007 - nicht. Ich sagte ja vorhin, wir haben den einen Satz in der Vorlage drin, der auch auf das eine Land hinwies. Also zumindest müssen wir ja damals den Aspekt da in der Form mit aufgenommen haben; sonst wären wir nicht zu diesem Satz gekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln und kommen zur Fraktion der Union. Der Kollege von Marschall beginnt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern noch mal auf den Beginn Ihrer Arbeit kommen. Sie haben vor der Pause in der Befragung angegeben, Sie seien sofort nach Washington gereist, ich glaube, auch nach Paris und nach London, gleich zu Beginn Ihrer Tätigkeit. Was haben Sie denn da besprochen? Worum ging es denn da?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, in Washington war es wirklich der ganze Kanon der Themen, die ich vorhin genannt habe. Es ging um das Thema Datenschutz, es ging um das Thema Internet Governance, Cyber Security. Es ging um unsere Überlegungen zum Thema „Privacy“, obwohl die da noch sozusagen gebacken wurden. Also, bei Amerika kann ich mich ziemlich genau daran erinnern, dass es wirklich der gesamte Kontext war. Und es war auch ein großer Kreis von Gesprächspartnern. Das war nicht nur Administration; ich war auch bei Think Thanks, ich

war auf dem Hill bei Mitarbeitern des Kongresses.

Paris war dann mehr so ein Vorstellen bei meinem eigenen Counterpart. Wir hatten sehr viele Punkte da auch gemeinsam.

Ich war auch in London. Da war dann die Reaktion auch eher ein bisschen so: Warum regt ihr euch eigentlich so auf? - Ich hatte den Eindruck, dass es in Großbritannien zumindest zu dem Zeitpunkt meiner Reise eine weniger entwickelte Diskussion gab als in den Vereinigten Staaten. Das fand ich ganz interessant.

Danach bin ich übrigens weitergereist nach Genf. Ich war dann auch unmittelbar danach in Genf, wo wir dann ein Event hatten am Rande des Menschenrechtsrates zu unserem Thema „Privacy“ und wo dann dieses Thema auch tatsächlich etwas operativer wurde, weil wir Staaten davon überzeugen konnten, dass sie sich da zusammen mit uns vielleicht als Miteinbringer vorstellen könnten etc. Parallel lief dann schon mit Brasilien das Gespräch, ob man da was gemeinsam machen könnte. Das war alles innerhalb kürzester Zeit.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Das war innerhalb kürzester Zeit. - Sie haben, wenn ich Sie da zitieren darf, gerade aus London berichtet, man hätte gesagt: Warum regt ihr euch denn da so auf? - Das muss ja dann wohl ein Gespräch gewesen sein über den Nachgang der Snowden-Enthüllungen. Also, insofern steht ja wohl thematisch dann doch die Frage der Zusammenarbeit auch zwischen den Nachrichtendiensten in diesen Gesprächen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Das waren atmosphärische Punkte, und im Hintergrund stand das. Ich habe ja auch eingangs gesagt, dass ich von Anfang an das Gefühl hatte, dass ich bei der Entwicklung meiner Themen, meiner Schwerpunkte vor einem bestimmten politischen Kontext arbeite. Die Situation war ja gegeben. Insofern spielte natürlich auch bei dem Besuch in Großbritannien die Frage, wie unsere öffentliche Diskussion weitergehen wird, eine Rolle, ja. Und da



Nur zur dienstlichen Verwendung

gab es durchaus diese Reaktion: Warum regt ihr euch so auf?

Matern von Marschall (CDU/CSU): Das heißt, in gewissem Sinne sind Sie auch tätig gewesen, um die Bemühungen des Außenministeriums für ein No-Spy-Abkommen zu unterstützen?

Zeuge Dirk Brengelmann: War tätig, den Amerikanern - den Amerikanern jetzt in dem Kontext - klarzumachen, dass wir gerne ein paar Zusagen hätten, zum Beispiel zu dem Thema Recht, Einhalten deutschen Rechts, dass wir gerne Fortschritte machen wollen auf der internationalen Bühne zum Thema „Privacy“, dass wir Fortschritte haben wollen beim Thema ICONN Transition. Das waren meine Themen. Aber ich war nicht derjenige, war auch nicht dazu berufen, jetzt irgendwelche Fortschritte beim No-Spy-Abkommen zu verhandeln. Das war wirklich nicht meine Aufgabe.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Aber das Außenministerium hat sich in dieser Zeit noch bemüht, das No-Spy-Abkommen zum Erfolg zu führen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nicht, wie Sie das meinen. Wir haben mit dem, was wir sagten, alle Bemühungen unterstützt, die uns vielleicht bei der Frage „Wie können wir hier den Schaden, der da entstanden ist, wieder kitten - - dass wir uns da von beiden Seiten bemühen. Insofern haben wir das unterstützt, klar, aber wir waren nicht involviert bei den konkreten Verhandlungen. Das habe ich, glaube ich, eben schon mal gesagt.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Nein, ich meine nur: Offensichtlich sind die Bemühungen des Außenministers ja noch bis ins erste Quartal 2014 vorangetrieben worden, um dieses No-Spy-Abkommen doch noch zum Erfolg zu führen. Oder sehe ich das falsch?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also noch mal: Wir waren als Auswärtiges Amt nicht diejenigen, die die Verhandlungen dazu führten. Wenn Sie jetzt auf Washington anspielen: Da waren wir seit September dabei, Vorschläge zu erarbeiten für einen sogenannten transatlantischen Dialog oder

ein Transatlantic-Dialogue-Forum; das war das, was uns beschäftigt hat. Zu dem anderen Thema konnten wir auch wirklich wenig sagen, weil wir gar nicht wussten, wo die Verhandlungen stehen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Ich beziehe mich da nur auf Presseberichte aus Januar/Februar 2014, in denen auf Minister Steinmeier hingewiesen wird, der zu diesem Zeitpunkt die Aussichten auf eine erfolgreiche Fortführung dieser Verhandlungen eines No-Spy-Abkommens dann nur noch sehr gering einschätzt. Das lässt aber den Schluss zu, dass man sich zumindest bis zu diesem Zeitpunkt das erhofft hatte.

Zeuge Dirk Brengelmann: So etwas ist ja nicht nur eine Momentaufnahme, das ging seit Monaten. Aber den Zeitraum, den Sie gerade benennen, war der Zeitraum, wo wir dann auch aus der Presse erfuhren, dass es vielleicht Schwierigkeiten gab. Ich will aber noch mal klarmachen, dass jetzt für uns alles, was man dazu beitragen konnte, mehr Sicherheit in den Kontext zu kriegen, mehr Vertrauen wiederherstellen zu können, wichtig war. Insofern, um das auch noch mal klar zu sagen, haben wir hier nicht irgendwie versucht, da was wegzunehmen. Wir waren für solche Verhandlungen, ja, aber wir waren nicht Teil der Verhandlung. Insofern war mein Augenmerk auf das andere Thema gerichtet, auf das Thema des Dialogs.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Sie haben ja vorhin skizziert, dass Sie die Aufgabenstellung, sagen wir mal, eher selbst entwickelt haben im Verlauf Ihrer Arbeit und weniger vorher schon eine präzise Vorgabe für die einzelnen Themenfelder bekommen haben. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dirk Brengelmann: Es gab Vorarbeiten. Ich sagte vorhin schon, dass auch diese Diskussion eine Diskussion war, die schon länger im Raum stand. Insofern gab es auch Vorarbeiten mit Überschriften, die jetzt durchaus weiterentwickelt werden konnten, wie zum Beispiel das Spannungsverhältnis Freiheit/Sicherheit, die wirtschaftliche Seite des Internets. All das war vorher schon beachtet worden. Für mich war der Punkt: Ich kam in diese Situation, in diesen Posten rein,



Nur zur dienstlichen Verwendung

als gerade die Snowden-Enthüllungen stattgefunden hatten, und ich musste gucken, dass ich alle diese Überschriften in der Situation auch vor dem Kontext, der dann gerade da war, ein bisschen anpasste. Das war meine Aufgabe, in der Tat, und das war ziemlich ad hoc, weil die Situation ja gerade in dem Moment da war.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Sie haben ja eben die Schnittstelle genannt, ich glaube, den Koordinierungsstab Cyber-Außenpolitik. Den gab es dann weiterhin, auch während Ihrer Tätigkeit?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, den gab es weiterhin. Zusätzlich war mit der Einrichtung dieses Amtes die Möglichkeit versehen, dass der Beauftragte auf andere Abteilungen zurückgreifen konnte. Denn mit dem Stab alleine hätte ich das nicht bewerkstelligen können. Das waren am Anfang, wie ich vorhin sagte, zwei Leute.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also auf welche Informationsbereiche konnten Sie da zurückgreifen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, ich habe es vorhin schon angetickt: Bei dem Thema „Schutz der Privatsphäre“ war ich vor allen Dingen mit den Kollegen in der Abteilung Vereinte Nationen unterwegs, weil die sich auskannten bei den Regularien des Menschenrechtsrats und der Vereinten Nationen; wir mussten ja gucken, dass wir diese Ideen dann auch in einen operativen Vorgang umsetzen konnten. Alles, was mit Datenschutz - EU-intern oder EU-USA - zu tun hatte, habe ich dann mit Kollegen in der Europa-Abteilung weiterbetrieben. So gab es eigentlich für jedes Thema einen anderen Angelpunkt. Ich musste versuchen, mit diesem kleinen Stab dann doch irgendwo daraus ein kohärentes Ganzes zu machen. Das war unsere Aufgabe.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Sie hatten das ja in einem anderen Fragezusammenhang vorhin schon einmal verneint. Also, mit den Nachrichtendiensten haben Sie in dieser Hinsicht keinen Austausch, der für Sie hilfreich hätte sein können, gepflegt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Ist auch nicht die Arbeitsteilung bei uns.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, diese Stelle wäre in gewisser Analogie auch schon in anderen Ländern existent gewesen und vielleicht sei ihre Schaffung in Deutschland dann sozusagen nachfolgend dem Beispiel anderer Länder erfolgt. Sie selber waren, glaube ich, dort dann aber nur ein Jahr. Hat das einen bestimmten Grund? Oder können Sie uns erläutern, warum?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich glaube, meine Aufgabe war, diesen Posten und dieses Politikfeld im Auswärtigen Amt zu etablieren. Es war also von daher eine besondere Situation. Es war jetzt nicht irgendwie, was mich anbelangt, Ergebnis einer langen Planung. Es gab die Notwendigkeit, einen solchen Posten einzurichten, und bei der Suche nach geeigneten Personen dafür war man dann auf mich verfallen. Meine Aufgabe war, diesen Posten zu etablieren.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Sie sind ja dann im Anschluss an diese Tätigkeit als Botschafter der Bundesrepublik nach Brasilien gegangen. Sie haben vorhin die Resolutionen erwähnt. Gibt es da einen Zusammenhang? Ist das eine gewisse Kontinuität auch heute?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, den Zusammenhang gibt es.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Spielt das bei Ihrer heutigen Arbeit weiterhin eine wichtige Rolle?

Zeuge Dirk Brengelmann: Wissen Sie, als Botschafter würde es mir wahnsinnig schwerfallen, selbst wenn ich dieses Thema in dem Jahr sehr liebgewonnen habe. Ich kann mich als Botschafter nicht wirklich nur um ein Thema intensiv kümmern; das lässt einfach die Aufgabe nicht zu. Ich habe es immer natürlich im deutsch-brasilianischen Kontext verfolgt, und wir haben ja jetzt auch bei deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen vereinbart, dass wir regelmäßige Cyber-Konsultationen auch mit den Brasilianern haben. - Aber jetzt fällt mir auf, nach dem, was



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr von Notz sagte: Bin ich jetzt außerhalb des Zeitraums, oder?

Matern von Marschall (CDU/CSU): Entschuldigung, das tut mir leid.

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, ich habe nichts zu verbergen. Aber ich wollte nur fragen: Soll ich jetzt darüber reden oder nicht, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es nicht in den Untersuchungszeitraum fällt - - Das kann ich natürlich immer erst nach Ihrer Antwort beurteilen, weil ich ja im Vorfeld nicht weiß, was Sie sagen wollen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Aber jetzt sind wir in Brasilien, da bin ich seit - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist definitiv kein Untersuchungszeitraum.

Zeuge Dirk Brengelmann: Okay, dann belasse ich es bei der Aussage, dass es einen Zusammenhang gab, ja.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Dann wäre es das im Moment von meiner Seite. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann hätte ich noch eine Nachfrage. Ich habe Ihre Antwort auf die Frage des Kollegen von Marschall jetzt so verstanden, dass Sie im AA mit dem Thema No-Spy-Abkommen nicht betraut waren, sondern das war eher das BMI oder das Kanzleramt - richtig?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das „Sie waren damit nicht betraut“, heißt das gar nicht gar nicht, oder heißt das, nur zu 10 Prozent, zu 20 Prozent?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, das heißt gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt gar nicht gar nicht. Und auch Sie persönlich gar nicht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Ich wusste, dass es die Verhandlung gibt, aber das war es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich Ihnen jetzt E-Mail-Verkehre zeigen würde aus Januar 2014, wo als Absender „CA-B Brengelmann, Dirk“ draufsteht, wo es um das No-Spy-Abkommen geht, das wäre dann so „gar nicht gar nicht gar nicht“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Dann müssen Sie mir aber erst mal sagen, was ich da gemacht haben soll.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben eine E-Mail gesendet, mehrere mit verschiedenen Inhalten. Da geht es um Formulierungen für eine Pressekonferenz über das No-Spy-Abkommen. Da geht es um konkrete Formulierungen, welche Sätze das gefährden würden, welche das nicht gefährden würden. Ich kann es vorlesen - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Okay, aber daran kann ich mich noch gut erinnern. - Das war eine Aufforderung von unserem Pressereferat, dass wir auf der Basis von Presseveröffentlichungen Sprache entwickeln sollen. Da war meine Reaktion: Warum sollen wir jetzt Sprache entwickeln zu Presseveröffentlichungen, wenn wir selber nicht im Bild sind? - Es leuchtete mir nicht ein, dass wir da etwas formulieren auf der Basis von Presseveröffentlichungen. Das war der Punkt, den ich, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, in meiner Mail auch gemacht habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da geht es um ganz konkrete Formulierungen, die dann möglicherweise den weiteren Fortgang gefährden können.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und da waren Sie dann schon - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Das war mein - - Da bin ich auch fest von überzeugt: Ich sah es nicht als unsere Aufgabe, uns auf Basis von Presseveröffentlichungen da in einer Art und Weise zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

äußern, die das vielleicht übermäßig präjudiziert hätte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie schreiben da zum Beispiel am 14. Januar 2014, 10.51 Uhr:

Grundsätzlich d'accord, doch eine Frage: Wir würden mit dem letzten Absatz das No-Spy-Abkommen doch etwas beerdigen. Sollen wir da nicht anderen den Vortritt lassen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, weil wir - - Woher sollten wir es wissen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber Sie wollten im Januar 2014 als Auswärtiges Amt das No-Spy-Abkommen noch nicht beerdigen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumindest wollten Sie es nicht sein.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstehe ich. Das wäre es erst mal. - Jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Brengelmann, ich habe vorläufig nur noch eine Frage. Nach den Snowden-Enthüllungen gab es ja, wie Sie jetzt darstellen, im Bereich der Cyber-Außenpolitik viele Beratungen, eine davon auch in Brüssel am 06.09.2013, also im Untersuchungszeitraum. Da lesen wir wie an vielen anderen Stellen in den Akten so einen Satz - das ist Mat A, Bot 1-2a, Seite 80 -:

Gemeinsame Besorgnis,

- manchmal hat man auch das Gefühl, die größte Besorgnis -

dass es nach den Enthüllungen von NYT/Guardian schwieriger werde, das Narrativ des Westens

über das offene und freie Internet gegenüber RUS und China,

- Russland und China -

aber auch Staaten wie IND und BRA

- Indien und Brasilien -

ohne Abstriche aufrecht zu erhalten.

Das ist ja jetzt, sage ich mal, nicht das vordringliche Problem nach den Snowden-Dokumenten, dass das Image irgendwie angekratzt ist, sondern man hat ja tatsächlich ein Problem, wenn man die Dokumente zur Hand nimmt, dass möglicherweise anlasslose Massenüberwachung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen stattgefunden hat und eben auch illegale Spionage. Ich kann Ihnen auch andere Stellen nennen, wo immer wieder von diesem Narrativ die Rede ist. Wie würden Sie diese Formulierung einordnen? War das wirklich das größte Problem? War das Zentrum dessen, dass man sagt: „Der eigene Spin ist jetzt irgendwie angeknackst, wir müssen da mal nachjustieren“ - - oder was war das eigentliche Problem nach den Snowden-Dokumenten?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, der Bericht, das war Brüssel - richtig?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Dirk Brengelmann: Das gibt ja wieder, was in Gesprächen mit anderen der Eindruck war. Vielleicht zur Vorgeschichte: Es hatte - jetzt kann ich nicht mehr sagen, ob genau das Jahr davor, aber jedenfalls in nicht so weitem Abstand - Vorschläge gegeben zu einem sogenannten Verhaltenskodex. Die kamen primär von China und Russland. Da war bei vielen unserer westlichen Kollegen, auch bei uns, in der Tat der Eindruck und die Sorge, dass das das freie Internet gefährden könnte. Das war also tatsächlich eine wichtige Grundhaltung und Grundbesorgnis unserer Partner. Und insofern, glaube ich, stimmt das schon, dass wir das da so aufgeschrieben haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mein Punkt war: D'accord, sehen wir auch, aber wir haben jetzt ein aktuelles Problem, und da müssen wir uns auch gemeinsam bemühen, das irgendwie wieder hinzukriegen. Wir können jetzt nicht immer nur von diesen Sorgen reden; die unterstützen wir. Wir haben auch andere Sorgen; die möchten wir auch ernstgenommen wissen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also so würden Sie das einordnen. - Gab es da auch andere Stimmen? Also gab es auch bei diesen Beratungen andere Stimmen, die damals schon gesagt haben: „Wir müssen uns tatsächlich Gedanken machen, was das heißt hinsichtlich der Sicherheit der Kommunikation in Regierungsstellen, der internationalen Kommunikation unter Regierungsstellen, der Kommunikation zu Botschaften, diplomatischen Vertretungen usw.“? Ist das von irgendeiner Seite in diesen Gesprächen von einem Land oder einer beteiligten Behörde vorgetragen worden?

Zeuge Dirk Brengelmann: War es, ich weiß jetzt nicht mehr, welche. Aber ich kann es in einem Punkt doch genauer benennen: Wir hatten natürlich auch Beratungen innerhalb der EU, wie wir die EU-Netze schützen können. Es gab Beratungen intern in der NATO, wie man NATO-Kommunikationsnetze schützen kann, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dafür einen konkreten Anlass oder nur eine allgemeine Sorge?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das Thema war insofern jetzt kein neues Thema. Also, die Diskussion darüber war jetzt nicht durch Snowden ausgelöst, die gab es schon. Aber natürlich war in den Köpfen in so einem Moment, in so einem Zeitraum der Gedanke im Raum: Aha, man muss vielleicht noch deutlicher darüber reden. - Aber das war mehr so ein atmosphärischer Hintergrund. Die Debatte - - Nicht die Debatte, die Strategie dafür, die Security Strategy für die EU selber war schon längst am Werden. Das gab es schon zwei, drei Jahre vorher.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hat man da auch in Betracht gezogen, bei dieser Strategie,

dass es sein kann, dass man sich unter den europäischen Staaten ausspioniert?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich weiß nicht, ob man das bedacht hat oder nicht. Vielleicht nicht. Aber das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich habe dann keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit kommen wir zur Fraktion der SPD. Kollege Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir haben auch keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit kommen wir zu den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele, nehme ich an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Brengelmann, die erste Frage. Sie haben vorhin gesagt, das war gleich nach den Veröffentlichungen von Edward Snowden. Die zogen sich ja eine ganze Zeit lang hin, es kam ja immer wieder was Neues, ab Anfang Juni 2013, in den Monaten danach vor allen Dingen, aber auch später noch. Sie sagen, dann sind Sie auch in die USA gefahren, und es gab - möglicherweise voraussehbar - Probleme mit der Stimmung da. Mich interessiert jetzt: Ist denn mal im Auswärtigen Amt, bei Ihrem Dienstherrn darüber gesprochen worden, oder hat eine Konferenz stattgefunden, oder haben Sie mal mit Herrn Westerwelle gesprochen: „Wie verhalten wir uns jetzt? Ich fahre jetzt da hin und muss ja eigentlich Vorhaltungen machen, wenn da was dran ist“? Also wurde Ihnen zum Beispiel gesagt: „Erst mal alles abstreiten, wir wissen ja gar nicht, ob das stimmt, was der Snowden sagt“? Oder ist man davon ausgegangen, dass das schon richtig ist?

Zeuge Dirk Brengelmann: Die Bundesregierung hat sich ja zu dem Thema, ob das massenhaft war oder nicht, geäußert. Insofern war mein Punkt mehr: Ihr müsst hier in Washington einfach zur Kenntnis nehmen, dass das bei uns in Deutschland wie eine Bombe eingeschlagen hat und dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

das zweitens in Deutschland nicht ein Punkt ist, wo man davon ausgehen kann, dass die Bevölkerung so was grundsätzlich eigentlich eher goutiert und Vertrauen in solche Bemühungen hätte, vielleicht anders als die Tradition zum Beispiel in Großbritannien ist.

Wir hatten in der Beziehung - ich glaube, das sagen zu können - ein Einvernehmen untereinander im Auswärtigen Amt, dass das, wenn ich so was dort sage, durchaus die Gesamtheit der Kollegen oder derjenigen, die mit transatlantischen Beziehungen zu tun haben, abdeckt. Ich glaube jetzt nicht, dass ich eine Vorlage vorher geschrieben habe, wo ich gesagt habe: Ich habe vor: erstens, zweitens, drittens, viertens. - Aber ich habe mich schon mit Kollegen vorher mal ausgetauscht, mit der Botschaft Washington, mit den Kollegen, die in der Politischen Abteilung das Transatlantische machen. Wir waren ja im ständigen Kontakt miteinander. Aber ich habe jetzt nicht eine Vorlage geschrieben, wo ich reingeschrieben hätte: Das und das werde ich so und so sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mich interessiert jetzt in diesem Zuge weniger, was Sie dachten, sondern: Gab es eine Sprachregelung, vielleicht nicht ausdrücklich, oder eine Vorlage oder Zusammenkunft, wo man eine Sprachregelung gemacht hat, wie man damit umgeht, mit den Informationen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Wir hatten ja zum Beispiel, um mal ganz oben anzufangen - das ist, glaube ich, sehr wichtig in dem Zusammenhang -, schon eine geraume Zeit das 8-Punkte-Programm der Bundesregierung. Insofern hatten wir ja als Mitarbeiter der Bundesregierung durchaus einen Rahmen, in dem wir uns bewegten. Das war ja nicht so, dass jeder von uns dann da plötzlich seine eigenen Dinge erst entwickeln musste. Es gab den 8-Punkte-Plan der Bundesregierung. Der war natürlich auch für das Auswärtige Amt Grundlage alles anderen Tuns. Wir waren ja sozusagen nicht in einem ganz freien Raum tätig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie von einem Fragenkatalog der Bundesregierung an die US-Regierung bzw. die NSA?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich habe davon gehört, dass es das gab.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie es mal gesehen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich selber, glaube ich, nicht, aber ich weiß, dass zumindest - - Sie sprachen vom BMI - richtig?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): BMI?

Zeuge Dirk Brengelmann: Sagten Sie nicht BMI?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Von der Bundesregierung.

Zeuge Dirk Brengelmann: Wir hatten mal einen Fragenkatalog. Ich habe vorhin schon mal gesagt, dass wir auf manche der Fragen dann nur sehr zögerlich Antwort bekommen haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir vorhin schon aufgefallen. Sehr zögerlich oder gar nicht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Bei manchen gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also zum Beispiel beim Fragenkatalog - ich habe mich da auch sehr für interessiert -, die Antworten, die gibt es ja bis heute noch nicht. Also „sehr zögerlich“ ist sehr zögerlich formuliert.

Wir wissen inzwischen, auch in dem Untersuchungsausschuss, dass man, wahrscheinlich im August 2013, im Bundesnachrichtendienst festgestellt hat, dass es auch solche - ich sage es jetzt mal ganz allgemein - Ausspähversuche oder Ausspähen von deutschen Diensten bei Partnern in Europa gegeben hat. Dann soll es irgendwann ein Gespräch gegeben haben - so stand das auch in der Zeitung -, dass dann im Oktober 2013 der damalige Minister im Kanzleramt, Herr Pofalla, damit befasst wurde, der dann gesagt hat: Das jetzt mal alles abbauen. - Das können Sie alles gar nicht wissen. Aber wurde Ihnen irgendwann im Jahr 2013 - Ende des Jahres oder in der zweiten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jahreshälfte - gesagt: „Vorsichtig sein, es gibt da auch wunde Punkte bei uns, und wenn wir da jetzt zu sehr den Rechthaber spielen in den USA, dann könnte das zu Schwierigkeiten führen oder dann werden wir ungläubhaft“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie. Also, Sie haben - Sie haben ja vorhin schon mal gesagt, Sie waren damit nicht befasst - keine Ahnung oder nichts darüber gewusst, was die eigenen Dienste machen.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Ich habe da auch das, was in der Presse stand, und das war sehr viel später.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja auch schon gesagt, dass Sie das gewundert hat, dass da auch europäische - - auch Regierungen dabei sind. Wie ist denn eigentlich Ihre Auffassung dazu?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich habe etwas anderes gesagt. Ich wurde gefragt, ob ich überrascht war. Daraufhin habe ich gesagt: Ja, ich war überrascht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Und warum waren Sie überrascht? Tut man das, oder tut man das nicht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Weil ich das so nicht erwartet hatte, war ich überrascht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hatten Sie dazu auch eine Meinung, ob das gut oder schlecht ist?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Sie damals gefragt hätte, hätten Sie gesagt: Warum sollen die das nicht machen, also etwa bei den Franzosen oder so?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das hätte ich wahrscheinlich nicht gesagt. Aber noch mal: Ich war überrascht. Das ist der Punkt, den ich machen wollte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie sich jetzt damit befassen, haben Sie zum Beispiel bei Franzosen vom dortigen Auswärtigen Amt ein schlechtes Gewissen, wenn Sie da hinfahren, wenn Sie hören, das machen die Deutschen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Könnte sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte sein. - Oder in die USA, ins dortige Auswärtige Amt oder Foreign Office?

Zeuge Dirk Brengelmann: Wohlgermerkt: Wir haben etwas in der Zeitung gelesen. Ich weiß ja nicht, was tatsächlich ist oder nicht ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja meine Eingangsfrage. Haben Sie sich im Auswärtigen Amt mal auf eine Sprachregelung verständigt - alles 2013 -, wie man damit umgeht? Sie sagen, es war Zeitungswissen. Aber es muss doch mal irgendwie im Amt darüber geredet worden sein: Kann man das Zeitungswissen einer Politik zugrunde legen? Oder muss man sagen: „Ach, wissen wir doch alles gar nicht; kann ja alles falsch sein; hat der doch alles erfunden“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich die Bundesregierung, das Auswärtige Amt.

LR Gunnar Berkemeier (AA): Mir ist jetzt nicht ganz klar, auf welchen Zeitraum sich diese Fragen beziehen. Ich hatte 2013 und gleichzeitig auf Veröffentlichungen über BND-eigene Erfassungen, die meines Wissens 2013 noch nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage deshalb: Innerhalb der Bundesregierung ist ja mindestens mit Herrn Pofalla darüber gesprochen worden. Vielleicht hat der auch Anlass gehabt zu sagen: „Jetzt mal vorsichtig“ - und teilt das dem Auswärtigen Amt mit. - Danach frage ich ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

LR Gunnar Berkemeier (AA): Ich hätte das auch so verstanden, dass der Zeuge Auskunft gegeben hat zu seiner Wahrnehmung innerhalb der Zeit, die Sie eingangs angesprochen haben. Mein Verständnis war aber auch, dass die Zeitungslektüre, die er auch angesprochen hat, logischerweise danach lag. Aber einfach nur zur Klarstellung: Natürlich seien die Fragen zum Zeitraum, als Herr Brengelmann im Amt war, als Zeuge selbstverständlich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also etwa ab Oktober bis Ende des Jahres oder bis 2014, hat die Bundesregierung, außer dass sie ja intern irgendwelche Anweisungen gegeben haben soll im Bereich des Kanzleramtes, auch darüber hinaus - - Das Auswärtige Amt bietet sich ja an, dass man da sagt: Wenn wir uns zu weit aus dem Fenster lehnen, fallen wir vielleicht nachher selber raus.

Zeuge Dirk Brengelmann: Der Punkt des Zeitpunktes ist insofern schon relevant, weil ich das erst gelesen habe, als ich schon nicht mehr in diesem Amt war. Insofern hat es doch eine gewisse Bewandnis, wann diese Veröffentlichungen waren. Dann war ich schon lange nicht mehr im Amt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage immer noch nicht nach der Veröffentlichung, sondern ob aus den Kreisen der Bundesregierung, hier Kanzleramt - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, habe ich beantwortet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Ich habe das jetzt nur versucht zu erläutern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit auch rum. - Ich frage in die Runde: Als nächstes wäre die SPD dran. Gibt es noch Fragen vonseiten der SPD?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kämen wir zur nächsten Runde. Fraktion Die Linke? -

Auch nicht. - Ich hätte nur noch ganz wenige Fragen. Vorher würde ich aber der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort geben, weil sie gerade mitten in einem Thema sind. - Doch nicht? Wenn das jetzt wechselt, dann hätte ich vorher noch Fragen. Ich wollte nur den Lauf nicht unterbrechen.

Dann mache ich. - Ich habe noch eine Frage zur Vorbereitung der Reise von Außenminister Steinmeier. Waren Sie da auch beteiligt so ein bisschen wie eben bei dem Preetext, oder war das Auswärtige Amt bei der Vorbereitung der Reise im Januar 2014 von Außenminister Steinmeier nicht beteiligt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Doch, es war sehr beteiligt. Ich war auch dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sind mitgefahren?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. - Da gab es ja auch ein Gespräch mit dem Amtskollegen Kerry - richtig?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das Gespräch gab es. Aber ich glaube nicht, dass ich über Gespräche des Ministers hier berichten kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie waren dabei?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich war bei dem Besuch dabei, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch bei dem Gespräch mit dem Amtskollegen Kerry?

Zeuge Dirk Brengelmann: Teilweise.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist da über das No-Spy-Abkommen gesprochen worden?

Zeuge Dirk Brengelmann: Es ist über das Thema gesprochen worden, was ich vorhin schon mehrfach erwähnt habe, nämlich über unseren Dialog, und der ist just bei dieser Reise auch von den



Nur zur dienstlichen Verwendung

beiden Ministern verkündet worden. Das war nach sechs Monaten Verhandlung dazu mit den Amerikanern. Das war dann genau bei der Reise beim gemeinsamen Auftritt vor der Presse, dass Kerry und Steinmeier gesagt haben, dass wir das jetzt machen werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mich halt nur: Wenn bis zu diesem Besuch immer noch auf verschiedensten Ebenen - wir haben ja BND, wir haben den ehemaligen Kanzleramtsminister gehört - über No Spy in irgendeinem Rahmen diskutiert und verhandelt wurde, wie man da auf die Idee kommen kann, dass das alles nur eine Show war. Aber gut. - Danke schön, soweit bin ich durch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, darf ich Sie unterbrechen, weil ich das nicht mitbekommen habe? Der Zeuge hat gerade gesagt, dass wir das nicht machen - oder was? Auf was bezog sich das? Weil Sie dann gleich interveniert haben.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich hatte nur gesagt, dass ich zu dem Gespräch zwischen den Ministern - ich sagte auch, ich war nur teilweise dabei - selbst nichts sagen kann, aber dass das Ergebnis war, dass wir das Abkommen - - nicht das Abkommen, die Vereinbarung zu dem Thema des Dialoges danach hatten. Das war für mich das wichtigste Ergebnis der Reise.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es bezog sich nicht auf - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Ströbele, das ist immer noch meine Befragungsrunde. Aber Sie kommen ja gleich dran. Sie können ja gleich noch mal nachfragen. - Ich guck mal in die Runde der CDU/CSU. - Sonst haben wir keine Fragen mehr. Damit kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Jetzt ist schon die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran und kann diese ganzen Fragen klären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Brengelmann, Sie waren von 2003 bis 2006 im Bundeskanzleramt. Stimmt das?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Referatsleiter?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, Westeuropa, Transatlantisches.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit dem Bundesnachrichtendienst zu tun gehabt?

Zeuge Dirk Brengelmann: So wie auch manchmal im Auswärtigen Amt als Empfänger von gelegentlichen Produkten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dieser Formulierung hab ich jetzt in beiden Funktionen eine Frage: Empfänger gelegentlicher Produkte oder gelegentlicher Empfänger von Produkten. - Also, meiner Ansicht nach sind das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt die Hauptabnehmer von Produkten des Bundesnachrichtendienstes. Oder gibt es irgendjemanden, der da mehr Informationen bekommt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Das kann ich nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es könnte sein, das Landwirtschaftsministerium oder so kriegt mehr als Sie?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, das glaube ich nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich auch nicht. - Also deswegen - „gelegentlich“ -, muss es nicht so sein, denke ich jetzt als naiver Mensch, noch nie irgendwie in der Exekutive, dass im Auswärtigen Amt jeden Tag Hunderte von Drahtberichten, Meldungen, Ergebnissen - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Hunderte? Da haben Sie eine Dimension - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dutzende?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, nein, nein. Also insofern schon: gelegentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun sagen Sie mal, wie es ist!

Zeuge Dirk Brengelmann: Muss ich das? Muss ich hier ins Detail gehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also zum Umfang steht viel bei Wikipedia. Das kann man wohl sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ehe wir anfangen, hier Wikipedia zu zitieren: Jetzt haben wir Herrn Brengelmann da, jetzt soll er mal erzählen. Denn er ist sich ja ganz sicher, dass es nicht Hunderte sind.

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. Wie viele sind es denn?

Zeuge Dirk Brengelmann: Sie reden jetzt von einer Zeit, die für mich jetzt auch schon länger her ist. Ich sage mal, vielleicht so fünf in der Woche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fünf in der Woche, die Sie persönlich erreicht haben?

Zeuge Dirk Brengelmann: Denke ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, jeden Tag eine. - Aber das Haus selbst - ich nehme an, nicht jeder Bericht geht an Sie, sondern Sie kriegen ja immer nur das, was dann Ihr Referat betrifft -, also das Auswärtige Amt selbst wird schon mehr bekommen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Möglich. Ich sehe das, was für mich gedacht ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Aber Sie sind ein erfahrener Beamter, der viele Positionen durchlaufen hat. Ich versu-

che, Ihr Wissen für uns nutzbar zu machen. Deswegen: Vielleicht können Sie mir doch eine Einschätzung geben, wie viele - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, das kann ich wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das scheint ein sensibles Thema zu sein - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein. Das ist jetzt einfach - - Sie verlangen, dass ich wüsste, wie viele die kriegen, die - was weiß ich? - in Nahost oder sonst wo unterwegs sind, tätig sind. Das kann ich nicht überblicken, was andere Kollegen zu gegebenen Zeitpunkten im Vergleich zu mir vielleicht erhalten haben. Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Aber ich verstehe nicht Ihre Entrüstung auf meine Frage, ob das Auswärtige Amt täglich Hunderte solcher Meldungen bekommt. Denn wenn Sie das nicht einschätzen können, was ich gerne glaube, dann können Sie nicht beurteilen, ob es nicht eventuell Hunderte sind.

Zeuge Dirk Brengelmann: Die Zahl Hunderte - - Ich war im sicherheitspolitischen Bereich tätig. Ich glaube schon, dass ich dann vielleicht doch einer derjenigen bin, die mehr bekommen als vielleicht andere. Wenn ich nicht so viele kriege, dann glaube ich nicht, dass es Hunderte sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie können Rückschlüsse ziehen. Das ist gut. Das habe ich vermutet. Also, dann sind es nicht Hunderte, aber doch eine relevante Anzahl. - Gerade wenn Sie in diesen interessanten Bereichen unterwegs sind, sind da nicht wirklich auch Sachen dabei, ich sage mal, so ein E-Mail-Verkehr von einer Politikerin oder so, vielleicht sogar einer US-amerikanischen, wo man auf die Idee kommt: Vielleicht überwachen wir Freunde doch auch?

Zeuge Dirk Brengelmann: Die Frage hatten Sie vorhin schon mal in etwas anderer Form, und ich habe es vorhin amerikanisch beantwortet. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

hatte dieses Gefühl nicht bei der Lektüre der gelegentlichen Produkte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun war ja der damalige Außenminister 2007/2008 in einer Zeit davor, als Sie im Bundeskanzleramt waren, Chef BK und hat da ja auch bestimmte Dinge in diesem Bereich unternommen, zum Beispiel diesen Freibrief irgendwie mit organisiert; so will ich das mal nennen. Haben Sie das in der Berichterstattung vielleicht verfolgt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen die Operation „Eikonol“ etwas?

Zeuge Dirk Brengelmann: Die im EP irgendwann als Thema war? Sprechen wir davon?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dirk Brengelmann: Dann weiß ich es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sprechen davon, dass der Bundesnachrichtendienst in Frankfurt an das Glasfaserkabel gegangen ist und viele Daten an die Amerikaner weiter ausgeleitet hat.

Zeuge Dirk Brengelmann: Das habe ich mal gelesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche zu ergründen - ich kann das ganz offen kommunizieren -, wie es sein kann, dass man bei diesen sozusagen auch personalen Identitäten im Jahr 2013 sozusagen die eigenen Verstrickungen in dieses Überwachungssystem nicht thematisiert hat. Das kommt mir total unlogisch vor. Bei aller Lauterkeit der Ziele, die Sie beschrieben haben, aber dieses „Wir sind da selbst ein Teil von, wir kooperieren ganz eng, wir tauschen da über Glasfaserleitungen Milliarden von Daten aus“ und diese ganzen Forderungen, die wir jetzt gegenüber den USA formulieren, ist das nicht ein bisschen bigott im Hinblick darauf,

was wir selbst tun? Und deswegen, Herr Brengelmann, wollte ich noch mal nachfragen, auch im Hinblick auf den Außenminister, der eben als Chef BK mit diesen Themen auch befasst war und der über diese Kooperationen sehr gut im Film gewesen sein muss, übrigens auch im Bundestagswahlkampf 2013: Das war nie Thema im Haus?

Zeuge Dirk Brengelmann: Sie haben mich ja vorhin schon im Kontext der USA-Reise gefragt. Und: Nein. Und zweitens: Das, was Sie da ansprechen oder was der Kollege vorher angesprochen hat, diese Veröffentlichungen, die waren ja auch erst sehr viel später. Und noch einmal, zum dritten Mal: Ich halte die Punkte, die ich da gemacht habe, nach wie vor in sich für stimmig, und ich würde das heute noch genauso vertreten, wie ich es damals vertreten habe. Insofern habe ich auch nicht das Gefühl, dass dann da irgendwie was an mir vorbeigegangen ist, was sozusagen die Punkte, die ich versucht habe vorwärtszutreiben, jetzt im Nachgang sozusagen zunichtemachen würde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie gesagt, die Ziele sind sicherlich richtig; aber die Frage ist: Warum hat man eigentlich so gar nichts erreicht? Und das eine hat vielleicht mit dem anderen auch was zu tun. - Aber ich will noch mal an einem Brief anknüpfen - oder ist es ein Vermerk? -, aus dem eben die Kollegin Renner zitiert hat, vom 11. Oktober 2013. Frau Renner hatte hier Bezug genommen auf die Aussage - - Ich glaube, der ist von Ihnen - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Darf ich?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dürfen Sie. Ich bringe Ihnen mal die ersten drei Seiten, damit Sie wissen, was das ist, und lese in der Zeit schon mal das vor, was unter „Internet Governance“ auf Seite 4 steht; das kriegen Sie dann gleich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)



Nur zur dienstlichen Verwendung

So, ich fange noch mal an bei dem, was Frau Renner zitiert hat. Also, das ist MAT A AA-1-6j_1.pdf:

Der bisherige Narrativ der westlichen Welt eines „free & open Internet leading to global economic & social benefits“ hat bereits beträchtlichen Schaden genommen, wie nicht zuletzt die Rede der BRA

- brasilianischen -

Präsidentin Rousseff vor der VN-GV zeigte. Kosmetische Änderungen bzw. Ergänzungen hieran werden den entstandenen Glaubwürdigkeitsverlust nur bedingt auffangen, stattdessen muss Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle stärker betont werden.

Ich zitiere weiter:

Am Rande der Cyber-Konferenz in Seoul (16.-17.10.) wird CA-B hierzu u. a. mit „EU-G5“ (GBR, FRA, SWE, NLD, DEU)

- Großbritannien, Frankreich, Schweden, Niederlande, Deutschland -

und US-Kollegen konsultieren. Beim anschließenden Internet Governance Forum in Indonesien ... sollten wir Risse im „westlichen Camp“ vermeiden, die u. a. CHN und RUS

- China und Russland -

in der „Post-Snowden“-Zeit erhoffen.

Und jetzt kommt der Satz:

USA sind hier auf unsere Unterstützung angewiesen, wir erwarten dafür Entgegenkommen beim Datenschutz; dies ist kein Paket,

reflektiert aber den inneren Zusammenhang zwischen den Punkten.

Und jetzt haben Sie ja eben auf Frau Renner geantwortet, dass Sie eine Gefahr gesehen haben für das freie Internet. Und das würde ich in der Analyse teilen. Aber wodurch denn die Gefährdung? Was war denn die Gefährdung des freien Internets?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, in dem, was - - Das waren jetzt, glaube ich, zwei - - Sie zitieren aber aus zwei unterschiedlichen Papieren, wenn ich das richtig sehe - oder? Weil Sie vorhin, meine ich, aus Brüssel zitierten, aber denselben Punkt.

(Martina Renner (DIE LINKE): Genau, aber mit der ähnlichen Wortwahl!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Derselbe Punkt.

Zeuge Dirk Brengelmann: Okay, gut. - Wollte nur sagen: Das, was ich vorhin gesagt habe, dass das sozusagen der Horizont bei vielen unserer Partner war, war so. Und ich hatte auch das Gefühl, dass da was dran ist, und ich habe das auch vorhin begründet. Aber wie Sie ja hier selber gerade vorgelesen haben, habe ich dabei auch sehr wohl den Punkt gemacht: Alles schön und gut; aber ganz so einfach ist es jetzt nicht. Die Welt hat sich sozusagen in dem Diskurs, im öffentlichen Diskurs, verändert, und darauf werden auch wir eingehen müssen. Und unser Zutun zu diesem „Darauf müssen auch wir eingehen“ hat sich dann ja in den nächsten Schritten bei den Vereinten Nationen in Bali und dann auch in São Paulo weiterbewegt.

Übrigens, hier sind auch die Brasilianer genannt. Kurz danach haben wir ja mit den Brasilianern uns, was die Vorbereitung dieser Konferenz angeht, zusammengetan und mit denen zusammengewirkt. - Und ja, hier steht es - ich glaube, ich würde den Satz noch heute so formulieren -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

... dies ist kein Paket, reflektiert aber den inneren Zusammenhang zwischen den Punkten.

Das sehe ich heute noch genauso.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Gefahr für das freie Internet bestand worin exakt?

Zeuge Dirk Brengelmann: Also, das hier ist ja ein Hinweis auf das, was auch vorhin in dem anderen Vermerk schon drinstand: die Sorgen unserer Partner. Und die waren bezogen auf Vorschläge wie den Verhaltenskodex. Und meine Replik darauf war: Ja, sehe ich auch so; aber wir haben jetzt eine veränderte Situation, wir haben eben die Snowden-Enthüllungen, und wir werden uns jetzt auch hier in unserem „Camp“ sozusagen etwas stärker bemühen müssen, damit wir diesen Diskurs nicht verlieren. - Das war der Punkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Diskurs - - Ich frage es noch mal, weil ich sozusagen die Klarheit des Gedankens, den ich vermute, noch nicht höre. Was bedroht das freie Internet?

Zeuge Dirk Brengelmann: Den Diskurs, den ich vorhin schon erwähnt habe, nämlich der unserer westlichen Partner, dass eben die Bedrohung für das freie Internet aus so Vorschlägen kommt wie dem Verhaltenskodex.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht durch die Massenüberwachung, sondern durch den Verhaltenskodex.

Zeuge Dirk Brengelmann: Und ich habe eben schon gesagt - - Und ich habe dann gesagt: So einfach ist es nicht mehr; wir werden uns jetzt, in der gegebenen Situation etwas mehr anstrengen müssen. So, das war meine Replik darauf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist verklausuliert, und eigentlich ist der Gedanke klarer, aber bitte.

Zeuge Dirk Brengelmann: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gucke ich mal in die Runde, ob es noch Fraktionen gibt, die Fragen haben. - Herr Kollege Ströbele für Bündnis 90/Die Grünen noch? - Herr Kollege Ströbele. Sonst sehe ich keine weitere Fraktion im Moment.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Sie in den USA waren, sei es da im Januar auf der Reise mit Herrn Steinmeier damals, haben Sie da mal Kontakt mit Frau Donfried gehabt, der Beraterin des US-Präsidenten?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich weiß nicht, ob die bei den Terminen dabei war oder nicht. Ich kannte sie von früher, und ich hatte ein Mal in der Zeit Kontakt mit ihr im Kontext einer ganz anderen Geschichte, und zwar war das die Konferenzserie - so würde ich es mal nennen -, die John Podesta im Auftrag des Präsidenten gemacht hat, und da hatten wir ein Mal einen Austausch untereinander. Ich weiß jetzt nicht mehr, wie - Mail, Telefon, vielleicht auch am Rande von Washington -; das weiß ich nicht mehr. Jedenfalls hat sie mich mal irgendwann gefragt, ob ich da bei einer dieser Konferenzen in Erscheinung treten möchte als Teilnehmer, Zuhörer. Und ich glaube, am Ende des Tages, terminlich war es dann nicht möglich; aber wir haben dann jemanden aus der Botschaft Washington zu ein, zwei dieser Konferenzen geschickt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil diese Beraterin, die soll eine der Verhandlungspartner über das No-Spy-Abkommen gewesen sein, und die hat sich gerade, nach unseren Unterlagen, im Januar 2014 relativ gezielt dazu geäußert in einer Mail, also schriftlich von ihr, sodass man das als authentisch ansehen muss. Haben Sie mit ihr mal über die Frage No-Spy-Abkommen - ja oder nein? - oder die Haltung der US-Regierung dazu gesprochen?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie nicht. - Nun komme ich noch mal zurück auf das, was ich Sie vorhin schon gefragt hatte. Da hatte ich ja zunächst gefragt, die anfänglichen Veröffentlichungen von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Edward Snowden oder aus den Papieren von ihm, aus den Dokumenten, ob da im Auswärtigen Amt eine Sprachregelung dazu gemacht worden ist. Das haben Sie für mich bisher immer noch nicht klar beantwortet. Aber ich will das Thema mal verlassen und zu dem anderen Punkt kommen, der auch schon angesprochen worden ist.

Dann gab es ja im Oktober 2013 dieses Dokument, in dem dann die Telefonnummer des Handys der Bundeskanzlerin, also von Frau Merkel, drin war und - wurde ja auch breit in Deutschland diskutiert -: Handy der Kanzlerin abgehört von der NSA. Das war ja für Sie auch, finde ich - ich meine jetzt nicht nur Sie persönlich, sondern für das Auswärtige Amt -, schon, sagen wir mal, ein dicker Hund, eine wichtige Meldung, wenn das stimmen sollte. Hat darüber mal bei Ihnen im Auswärtigen Amt ein Gespräch stattgefunden: „Kann das sein? Wir müssen davon ausgehen, dass das sein kann“, oder: „Das ist ein Fake“, oder: „Das ist ein Missverständnis“, oder - - Gab es da so was, dass man sich dienstlich, amtlich damit befasst hat in einer Runde oder mit dem damaligen Außenminister oder mit den zweien? Die wechselten ja dann da kurz - - oder hatten gerade gewechselt kurz davor. Wurde da mal darüber gesprochen, ob man davon ausgehen muss und was man jetzt in den USA, wenn Sie dann wieder in die USA reisen oder auch Herr Steinmeier in die USA, eigentlich dazu sagen soll?

Zeuge Dirk Brengelmann: Kann ich weder bejahen noch verneinen, dass es dazu interne Beratungen gegeben hat. Ich war, wenn es solche gab, daran nicht beteiligt. Und ich habe vorhin schon mal gesagt, dass ich hinter dem Aspekt „Schutz der Privatsphäre“ bei unseren Vorstößen immer sozusagen auf das Recht von allen in der Beziehung eingegangen bin. Wir haben also - das habe ich vorhin ja schon mal als Antwort gesagt -, wir haben da nicht irgendwie uns besonders auf die Situation von Politikern oder Diplomaten bezogen, sondern von allen. Aber ich kann nicht ausschließen, dass es im Auswärtigen Amt mal ein besonderes Gespräch dazu gegeben hat. Wenn es das gegeben hat, war ich aber nicht dabei. Insofern kann ich Ihnen da auch keine Hintergründe oder Details oder dergleichen geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gingen Sie persönlichen denn auch als einer, der mit den USA oder mit US-Stellen verhandelte oder Gespräche hatte, davon aus, diese Meldung stimmt, oder nicht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Gegen den Zeitpunkt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ende 2013/Anfang 2014.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich ging von gar nichts aus; aber das machte auch keinen - - ob das jetzt klar war oder nicht klar war, das machte aber auch für mich und meine Verhandlungsführung in Amerika keinen wirklich großen Unterschied; denn für mich war entscheidend, dass wir jetzt hier in den beidseitigen Beziehungen an einem Punkt angekommen waren, wo Misstrauen herrschte und wo wir uns gemeinsam bemühen mussten, dass wir dieses Misstrauen wieder klarziehen oder die Probleme klarziehen, und das für jeden von uns in dem Bereich, wo er unterwegs ist. Also, welche Bereiche das für mich waren, habe ich vorhin ausgeführt.

Und bei dem Thema „Das hat bei uns eingeschlagen wie eine Bombe“ hat man natürlich auch im Gespräch mit Amerikanern den Zusatz gemacht, wie zum Beispiel die Geschichte, die wir gerade gehört haben. - Das war ja so Mitte/Ende September.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie? Welche Geschichte?

Zeuge Dirk Brengelmann: Die Veröffentlichungen, das mit dem Telefon der Kanzlerin. Das war ja ungefähr in diesem Zeitraum.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Oktober war das.

Zeuge Dirk Brengelmann: Oder im Oktober, klar. Hat man dann, wenn man darüber sprach, dass das bei uns als Diskussion ziemlich reingeschlagen hat, auch den Punkt gemacht, wie zum Beispiel das. Aber das war - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert jetzt als Faktum - - Also, dass Sie davon ausgingen, das ist leider so, kommt ja auch mal vor, -

Zeuge Dirk Brengelmann: Das kann ich nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - kommt nicht nur beim Abgeordneten oder beim Bürger vor.

Zeuge Dirk Brengelmann: Davon - - Noch mal: Das spielte für mich in der Situation auch nicht die entscheidende Rolle in der Verhandlungsführung, die ich konkret zu leisten hatte. Ich ging von Weder-noch aus; ich weiß es nicht - bis heute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es bis heute nicht, aha. - Jetzt komme ich zu meinem letzten Punkt, nämlich noch mal die Drohneneinsätze. Da sind Sie ja vorhin schon nach gefragt worden. Die waren ja dann mal Gegenstand offenbar von Gesprächen zwischen dem damaligen Außenminister Guido Westerwelle und auch dem damaligen Außenminister Kerry. Das steht hier in 2013. Oder stimmt das nicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Wissen Sie nicht?

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin mal erwähnt, weil das auch hier vorkommt in diesem Vermerk „Aufgaben und Aktivitäten von US- AfriCom und US-Air Operation Command in Deutschland“. Da findet sich so eine Passage zu den Medienberichten über Drohneneinsätze. Waren damals Berichte in *Panorama*, in der *Süddeutschen Zeitung*. Und das soll dann Thema gewesen sein, und da soll dann der US-Außenminister gesagt haben, dass

sie sich „streng nach den Regeln des Rechts und des Völkerrechts“ orientieren, die US-Amerikaner.² Das hatten Sie ja vorhin sinngemäß auch schon gesagt, dass Ihnen das gesagt worden ist. Ist in diesen Diskussionen das dann mal infrage gestellt worden, ob diese Einsätze, die damals diskutiert worden sind, gerade auf Somalia bezogen - - ob das dann überhaupt sein kann, dass man da nach Recht und Völkerrecht handelt? Weil bekanntermaßen sind die USA nicht im Krieg, Kriegszustand mit Somalia.

Zeuge Dirk Brengelmann: Sie sprechen jetzt von Westerwelle, Kerry, ein Gespräch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, müsste das gewesen sein.

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, war ich nicht bei. Und ich war gerade im - wann war das? - August erst wieder ins Auswärtige Amt zurückgekommen und dann auch nicht im NATO-Bereich oder im sicherheitspolitischen Bereich, sondern, wie gesagt, Cyber-Außenpolitik. Ich war bei diesem Termin nicht dabei, und ich war auch bei der Vorbereitung dieses Termins nicht dabei. Und insofern sprechen Sie da etwas an, wo ich blank bin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie hatten selber vorhin, aus eigenem Wissen offenbar, gesagt, die USA hätten - unabhängig von diesem Gespräch, bei dem Sie nicht dabei waren - auch offenbar Ihnen gegenüber gesagt, sie halten sich hier immer an Recht - - oder immer bei allem, was sie tun.

Zeuge Dirk Brengelmann: Moment. Was ich vorhin sagte, war im Kontext der Snowden-Enthüllungen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das bezog sich jetzt nicht auf Drohneneinsätze.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A AA-3-1b_1.pdf, Blatt 393.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dirk Brengelmann: Nein, das bezog sich - nur um das klarzustellen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dirk Brengelmann: Das, was ich vorhin gesagt habe - deutsches Recht auf deutschem Boden -, das bezog sich auf das Thema Snowden-Enthüllungen. Bei den Drohnen kann ich Ihnen - - Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Ich war nicht dabei, ich kenne die Vorbereitungen nicht, bin in das Thema auch nicht involviert gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, wenn sonst keiner Fragen hat, hätte ich nur noch eine Abrundungsfrage oder einen Fragenkomplex. Das ist das erste Mal, dass Sie bei einem Untersuchungsausschuss sind - richtig? - Ich frage, weil es könnte ja auch noch ein anderer aus der Vergangenheit in Betracht kommen, der BND-Untersuchungsausschuss. Das wären ja möglicherweise Themen gewesen, die in dem Zeitraum auch, als Sie Sicherheits- und Abrüstungspolitik, bilaterale Beziehungen der USA im Kanzleramt gemacht haben als Referatsleiter 211 im Bundeskanzleramt - - Das wäre ja möglicherweise eine Phase gewesen, die auch interessant gewesen wäre für einen anderen, damaligen Untersuchungsausschuss. War es nicht, waren andere Zeugen da. In dem Zeitraum, waren Sie denn mit der Thematik damals beschäftigt „bilaterale Beziehungen, Nachrichtendienste USA, deutsche Dienste“?

Zeuge Dirk Brengelmann: Ich war in der Außenpolitischen Abteilung und machte dort das transatlantische Geschäft; aber die Thematik der Dienste gehörte nicht zu den Aufgaben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, unter der Referatsbezeichnung „Sicherheits- und Abrüstungspolitik“ - -

Zeuge Dirk Brengelmann: Ja, da läuft NATO, da laufen Abrüstungsverhandlungen, da liefen viele andere Themen, aber nicht die Dienste, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dirk Brengelmann: - explizit nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann klärt sich das für mich. Weil sonst hätte ich da auch noch mal in die Richtung Drohnen wie der Kollege Ströbele gefragt; aber dann sind Ihnen da auch keine Drohnen begegnet.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Okay.

Zeuge Dirk Brengelmann: Noch nicht mal privat im Garten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut; aber das kommt sicherlich noch irgendwann in unserer schönen Welt. - Ich hätte dann auch keine Fragen mehr. - Ich sehe, der Ausschuss insgesamt hat keine Fragen mehr, die in öffentlicher Sitzung behandelt werden können. Ich habe auch nicht irgendwo an einem Punkt erkannt, dass wir zwingend in eine nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung müssten. - Das scheinen alle Fraktionen so zu sehen. Dann sind wir am Ende der Befragung insgesamt heute.

Nach Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat - ich hatte es ja zu Anfang gesagt - das Stenografische Protokoll übersandt, und Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen und Überarbeitungen vorzunehmen, Richtigstellungen und Ergänzungen, falls etwas falsch protokolliert worden sein sollte, uns mitzuteilen. Und ansonsten darf ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie zu uns gekommen sind. Ich glaube, das ist bis jetzt der weiteste Zeuge, wenn ich es sehe, gewesen. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Bereitschaft, so vertieft Rede und Antwort zu stehen. Ganz herzlichen Dank. Sie haben uns, glaube ich, an der einen oder anderen Stelle doch weitergebracht. Danke schön, und einen schönen Tag wünsche ich Ihnen noch.

Zeuge Dirk Brengelmann: Danke Ihnen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur Vernehmung unseres nächsten Zeugen: D. B. Der kommt sicherlich auch gleich. Ich würde sagen, wir unterbrechen für zehn Minuten und fangen in zehn Minuten dann pünktlich wieder an mit unserem nächsten Zeugen: D. B. - Danke schön. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
15.32 bis 15.46 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

Vernehmung des Zeugen D. B.

Ich darf jetzt unseren Zeugen Herrn D. B. begrüßen. Sie sind ja nicht das erste Mal bei uns; aber trotzdem nochmals ganz herzlichen Dank, dass Sie uns als Zeuge zur Verfügung stehen.

Sie sind ordnungsgemäß geladen worden. Sie haben uns den Erhalt der Ladung am 18. Januar 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie wieder bei uns sind.

Ich darf Sie erneut darauf hinweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufzeichnung dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonbandaufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann gelöscht.

Ihnen wird das Protokoll zugesandt. Das müsste ja von Ihrer letzten Zeugenvernehmung auch so schon bereits stattgefunden haben. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, etwaige Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen und uns dann diese danach zurückzusenden. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge D. B.: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. - Sie werden begleitet von einem Zeugenbeistand, Herrn Rechtsanwalt Eisenberg. Auch heute haben Sie die Gelegenheit, sich uns vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Ja, Rechtsanwalt Eisenberg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Auch Sie seien begrüßt. Schön, dass Sie wieder bei uns sind.

Herr D. B., Sie waren bereits mehrmals Zeuge bei uns und haben die Belehrung schon öfters gehört.

Allerdings ist die letzte Vernehmung ungefähr vier Monate her. Aufgrund des Zeitablaufs belehre ich Sie an dieser Stelle noch einmal erneut. Sie sind von einem Rechtsbeistand begleitet; von daher denke ich, dass all das, was ich sage, auch klar und verständlich ist.

Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Sie haben nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes die Möglichkeit, die Aussage auf Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren, wenn dies infrage kommt.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung fortsetzen kann und Ihnen dann die Fragen stellen kann.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen der Ablauf der Vernehmung noch von den letzten Vernehmungen erinnerlich ist, und werde daher nicht jetzt ganz allgemein noch einmal Ihnen den Ablauf erklären.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich darf Sie aber trotzdem bitten, auch heute noch einmal sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen, und Sie wissen, dass in Ihrem Fall die Initialen und die Anschrift der Dienststelle reichen.

Zeuge D. B.: Mein Name ist D. B. Ich bin Offizier, 55 Jahre alt und über die Dienststelle in Pullach ladungsfähig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wünschen Sie heute noch mal die Gelegenheit für ein sogenanntes Eingangsstatement?

Zeuge D. B.: Nein, heute nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich würde an dieser Stelle auch darauf verzichten, als Ausschussvorsitzender eingangs Fragen zu stellen. Wir haben Sie ja nicht das erste Mal hier, und ich habe ja auch schon ausgiebig Fragen gestellt und würde direkt den Fraktionen die Möglichkeit geben, Ihnen jetzt ihre Fragen zu stellen. Ich denke, das kommt den Fraktionen auch so zugute, und es beginnt dann die Fraktion der CDU/CSU mit ihren Fragen. - Herr Kollege Schipanski beginnt, wie ich sehe.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Zeuge, einen schönen guten Tag! Herr D. B., wir haben ja nun zwischenzeitlich, nachdem wir uns das letzte Mal hier gesehen haben, verschiedene andere Zeugen gehört, teilweise neue Erkenntnisse gewonnen. Ich darf vielleicht noch kurz in Erinnerung rufen: Wichtig für uns: der Zeitraum Anfang August 2013.

Sie hatten damals die Analyse und Kontrolle des NSA-Selektorenprofils mündlich an den Herrn Dr. T. weitergegeben, ihn beauftragt. Über die Ergebnisse dieser Prüfung hatten Sie dann Ihren Referatsleiter T2A, den Zeugen H. K., sowie den Unterabteilungsleiter T1, den Zeugen W. K., informiert, und mit Blick auf diese NSA-Selektoren - so war damals Ihre Aussage - die Dinge nicht weiter nach oben gemeldet. Da hatten wir

uns ja hier in verschiedenen Runden schon dazu verständigt.

Und nun hatten wir am 3. Dezember letzten Jahres Ihren Referatsleiter T2A, den Zeugen H. K., der dann im Rahmen dieser Erörterungen, dieser Prüfungen aussagte - und das darf ich zitieren aus dem Protokoll -, irgendwann im Herbst 2013 ordneten Sie an - und jetzt kommt das Zitat -, „Selektoren mit Europabezug und auch mit NATO-Bezug“ in der BND-eigenen Erfassung zu löschen bzw. zu deaktivieren.

Und da interessiert uns natürlich vorneweg und insbesondere, ob denn diese Weisung, die Sie da erteilt haben im Herbst 2013, in einem Zusammenhang steht mit der Überprüfung der NSA-Selektoren, die Sie im August beauftragt hatten.

Zeuge D. B.: Nein, das steht in keinem Zusammenhang. Die Überprüfung der NSA-Selektoren und die darauf erfolgten Deaktivierungen waren im August 2013. Ende Oktober/Anfang November 2013 hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes angewiesen, dass Selektoren von Regierungseinrichtungen von Verbündeten bei uns zu deaktivieren seien. Da ging es um die eigenen Selektoren oder Telekommunikationsmerkmale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich die Bundesregierung.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur ganz kurz was im Hinblick auf die Reichweite der Aussagegenehmigung klarstellen, weil bisher die Bundesregierung dahin gehend Stellung genommen hat, dass der Zeuge keine Aussagegenehmigung zur BND-eigenen Erfassung hat.

Es gilt grundsätzlich fort, was den Inhalt der BND-eigenen Erfassung angeht. Zur Klarstellung - und ich glaube, da müssen wir auch gar nicht streiten, ob das dann untersuchungsgegenständlich ist oder nicht - dieses Prüfprozesses - und ich verweise da insbesondere auf Ausführungen auch von Herrn von Notz - kann der Zeuge jedoch hier zur Frage der BND-eigenen Erfassung und der Prüfung derselben im Jahre 2013 und in den folgenden Monaten aussagen. Und insofern habe ich ihm das auch im Vorfeld der Sitzung



Nur zur dienstlichen Verwendung

erläutert, dass er dazu im Gegensatz zu vorangegangenen Sitzungen eine Aussagegenehmigung hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, Herr D. B., also, das war eine - so hatte ich das jetzt verstanden - Weisung des Präsidenten, die Ende Oktober 2013 kam. Aber wie kam denn der Präsident zu dieser Erkenntnis?

Zeuge D. B.: Soweit ich das weiß, war er im Oktober im Bundeskanzleramt, und der Chef des Bundeskanzleramtes hatte ihm das so angewiesen. Und er hat diese Weisung so an die Abteilung Technische Aufklärung umgesetzt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nun gut, aber es fand doch eine Prüfung der BND-eigenen Selektoren statt. Oder fand diese nicht statt? Oder fand die erst statt nach der Weisung des Präsidenten?

Zeuge D. B.: Ich habe jetzt Ihre Frage nicht verstanden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Es fand doch eine Prüfung der BND-eigenen Selektoren statt.

Zeuge D. B.: Zunächst war die Weisung, und dann erfolgten die Prüfung und die Deaktivierung der Selektoren. Also nicht vorab eine Prüfung und Meldung, sondern danach Ausführung und Deaktivierung.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Also die Prüfung erfolgte erst im Herbst; das ist das, was Sie gesagt haben mit Anfang November/Ende Oktober. Und das haben Sie faktisch nur von oben gesagt bekommen, da wurde nichts von Ihrer Seite im Vorfeld zugearbeitet, geprüft, gemacht?

Zeuge D. B.: Im Vorfeld gab es allgemein mündliche Unterrichtungen des Präsidenten, dass auch in Einzelfällen zur Lageaufklärung in Krisengebieten gewisse Selektoren von Partnern auftragsgerecht mitgesteuert wurden, aber keine Prüfung und genaue Analyse: Soundso viele Selektoren sind da und dort gesteuert.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber der Hinweis, den Sie jetzt geben, bezog sich doch auf Selektoren von Partnern, die Sie mit gesteuert haben; der bezieht sich jetzt nicht auf BND-eigene Selektoren.

Zeuge D. B.: Entschuldigung, da liegt ein Missverständnis vor. Selektoren von Regierungseinrichtungen von Partnerländern, also nicht Selektoren von Partnerdiensten, die ich irgendwo eingesteuert habe - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Selektoren betreffend.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ich habe es schon - - Ich habe das schon vernommen. - Ja, und da wurde Ihnen - - Wenn man jetzt überlegt, dass Sie diese NSA-Dinge da nicht weitergegeben haben; Da haben Sie in dem Moment aber auch keinen Zusammenhang irgendwie hergestellt: „Erstaunlich, dass da jetzt plötzlich so eine Weisung kommt. Wie kann denn das sein?“? Und dann wurden ja auch Dinge scheinbar gefunden.

Zeuge D. B.: Nein. - Nochmals: vollkommen voneinander unabhängige Dinge. Die eine: Überprüfung der NSA-Selektoren und Deaktivierung, im August 2013 abgeschlossen, keine Meldung nach oben. Ende Oktober 2013: Weisung aus dem Bundeskanzleramt an den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, und der an die Abteilung Technische Aufklärung, BND-eigene Selektoren, die existieren, zu deaktivieren.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Dann darf ich da einfach noch mal nachhaken mit einigen Mails aus dieser Zeit, die scheinbar da von Ihnen, ja, ich möchte mal sagen, in Auftrag gegeben wurden, insbesondere - - Das betrifft zwar, Herr Vorsitzender, eine geheime Akte, aber die Dokumente darin sind VS-NfD, und die dürfen ja wohl wiederum vorgelegt werden.

Da geht es insbesondere, Herr Zeuge, um eine Mail vom 12.08., wo man Ihnen eine - - tja, eine Weisung erarbeitet oder eine E-Mail erarbeitet, wo eine Weisung gemacht werden soll, wie mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

den BND-Selektoren letztlich verfahren werden soll, also wie man das kontrollieren soll. Nun wundere ich mich nur, wieso - - Sollen wir Ihnen das mal zeigen und vorlegen, oder - -

Zeuge D. B.: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ich wundere mich nur; das ist am 12.08., und jetzt sagen Sie, die Weisung kam ja wesentlich später. Ihre Weisung, sagten Sie ja gerade, kam erst im Oktober.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, den VS-NfD-Teil kann man sogar vortragen hier, nur den anderen Teil der Akte nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ach so. Jetzt geht er gerade hin und zeigt mal die Mail.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, macht ja nichts. Sehen ist immer besser.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Zeigen wir erst mal, und dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte nur sagen: Den VS-NfD-Teil können wir auch hier besprechen, die weiteren, höher eingestuften Teile natürlich nicht. Die können nur vorgelegt werden, um Vorhalte zu machen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge D. B.: Dazu ist im Gesamtzusammenhang zu sagen, dass bereits vor den Snowden-Veröffentlichungen, die ja im Juni 2013 erstmals auftreten, ich im Frühjahr 2013 den Referatsleiter T2D in einem wöchentlichen Zusammentreffen darauf angesprochen habe, inwieweit Botschaften und Regierungseinrichtungen ganz allgemein bei uns gesteuert und erfasst werden, nach welchen Kriterien das erfolgt.

Im weiteren Verlauf, nachdem festgestellt wurde, dass es dazu keine Weisungslage gibt, habe ich ihn aufgefordert, eine diesbezügliche Weisung im Entwurf zu erstellen. Und dazu wurden alle möglichen Fallunterscheidungen getroffen bezüglich

der Botschaften von Kernländern, der Botschaften von Partnerländern - Welche Staatsangehörigkeit hat also die entsprechende Einrichtung, wo befindet sich deren Sitz? - und ob dieses erlaubt sei, unter welchen Umständen es erlaubt sei, wie die Auftragskonformität usw. sicherzustellen sei. Und dieser Entwurf wurde in verschiedenen Phasen weiterentwickelt und war dann August/September nach auch Mitprüfung durch Juristen in einem weitgehend fertig- - ja, ich sage mal, weitgehend befriedigenden Zustand aus meiner Sicht.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Tage nach dem
ersten Bericht von Dr. T.?)

Zeuge D. B.: Ich habe die Zwischenfrage nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das macht gar nichts, weil die Fragen stellt auch der Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Es ging einfach um den zeitlichen Zusammenhang. Diese Weisung, von der wir hier reden, die Sie bei dieser Mail sehen: Das war - - Im September oder im August 2013 hatten Sie die fertig erstellt. Oder wann kam es denn zu dieser Weisung?

Zeuge D. B.: Die Weisung ist so nie in Kraft getreten. Da gibt es verschiedene Mails und verschiedene Akten hier drin - ich glaube, auch noch spätere, auch noch von Anfang September -, wo man dann auch die Fortentwicklung dieser Weisung sieht. Also, die Weisung - mit der Weisung wurde begonnen im Frühjahr, April/Mai 2013 - war im September weitgehend konsolidiert, ist aber so nicht erlassen worden. Und Ende Oktober ist dann eine Weisung gekommen, die auch damit nicht fluchtet, sondern die sagt -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Damit nicht fluchtet“? - Christian Flisek
(SPD): „Fluchtet“?)

- nicht fluchtet - - sondern die besagt, dass - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Christian Flisek (SPD):
Was meinen Sie mit
„fluchtet“?)

- Also, die damit nicht übereinstimmt. Der Weisungsentwurf sagt, unter gewissen Umständen seien auftragskonform auch Regierungseinrichtungen von Partnerländern zulässig. Wenn die Information nicht auf andere Weise beschafft werden kann, wenn politische Sensitivität abgewogen wurde, dann sei es zulässig, während die Weisung vom Präsidenten jetzt sagte: In keinem Fall ist eine Steuerung oder Erfassung von einer Institution eines Partnerstaates erlaubt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, darf ich das noch mal zusammenfassen, wie ich jetzt Ihre Sache verstanden habe? - Sie haben, das haben wir ja gesehen - -

(Zuruf)

- Wie bitte? - Nein, also, wir wollen das mal - - Also, Sie haben gesagt, Sie haben im Mai begonnen, sich zu überlegen: Wie sind diese juristischen Bewertungen? - Da haben wir in der Tat diese Mail vom 07.05., wo ein Anhang da ist vom Februar 2009: „Wie ist das juristisch einzustufen?“, dann die Ihnen gerade vorgelegte Mail vom 12.08., wo eben dieser Weisungsentwurf gemacht wird.

Und jetzt sagen Sie, diesen Vorgang haben Sie dann in Ihrer Unterabteilung abgeschlossen im September 13 - aber keine Weisung erlassen, sondern schwuppdwupp, plötzlich kam Ende Oktober 13 dann eine Weisung des Präsidenten. Frage ich mich nur, wieso der Präsident dann nicht seine Fachabteilung befragt und die nicht die Vorlage, die sie dann im September ja eigentlich schon da hatte, dann hochreicht und sagt: So sieht's aus.

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht weitgehend richtig wiedergegeben. Aber: Weisung war noch nicht fertiggestellt, sondern es müsste eigentlich auch eine Mail in der Akte drin sein, wo es an die weiteren Unterabteilungsleiter und das Rechtsreferat

innerhalb der Abteilung gegangen ist. Diese Abstimmung, dieser Mitzeichnungsgang hat noch nicht abschließend stattgefunden.

Zur Erklärung, so wie ich denke, dass es gewesen sein müsste - ich weiß es nicht mehr exakt -: dass aufgrund der Arbeitsbelastung im Sommer 2013 die Arbeiten dort nicht mehr so vorangingen und insofern durch aktuelle Ereignisse überholt wurden, wo dann der Präsident gesagt hat - zu denen er ja auch, ich sage mal, eine Weisung bekommen hatte -, nun sei jegliche Steuerung, Erfassung von Institutionen von Partnerländern einzustellen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Mhm. - Dann darf ich vielleicht in diesem Zusammenhang noch einmal verweisen auf eine Mail vom 03.09. - das ist immer noch dieser Austausch; wenn Sie da einfach kurz weiterblättern, dann finden Sie das -, wo Sie in der Mail schreiben von - ich glaube, das ist da auch ein Stückchen markiert - aktuellen Ereignissen.

(Der Zeuge blättert und
liest in den ihm zuvor
vorgelegten Unterlagen)

Also, Sie haben ja gerade gesagt, im Mai ging es los, dann kam August, dieser erste E-Mail- oder zweite E-Mail-Entwurf, dann kam am 03.09. noch mal ein Entwurf, und da steht drin, in der Mail vom 03.09.: Aufgrund von aktuellen Ereignissen müssen wir also das jetzt noch mal weiter anpassen. - Was waren denn da diese aktuellen Ereignisse?

Zeuge D. B.: Also, zunächst muss ich sagen, dass diese Mail vom 03.09. vom Referatsleiter T2D verfasst wurde und ich da auch kein Adressat bin und zu dem Zeitpunkt auch im Urlaub war. - Also insofern: Intention von UAL T2 wird jetzt von Referatsleiter T2D unterstellt. Welche aktuellen Ereignisse? - Kann ich jetzt auch nicht sagen; weiß ich nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, Ihre Abteilung, also jetzt mal, um zu überlegen vielleicht - - Wir haben ja die Sache im August 2013, Dr. T., Sie informieren H. K. und W. K., und jetzt kommt da so eine Mail plötzlich auf, wo steht:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Aufgrund von aktuellen Ereignissen müssen wir noch mal nachjustieren“; so möchte ich es mal sagen. Da sieht man keinen Zusammenhang, oder - - Die Leute, die diese Mail da verfassen, die können da nichts gewusst haben?

Zeuge D. B.: Also, J. P., der diese Mail verfasst hat, wusste meines Erachtens nichts von Deaktivieren von NSA-Selektoren. Bisher haben ja auch alle Zeugen hier in dem Ausschuss, bis auf die wenigen, die ich benannt habe, auch gesagt, sie haben davon alles gar nichts gewusst. Also insofern wüsste ich auch nicht, dass in diesem Zusammenhang dieser J. P. informiert wurde und dass der einen Zusammenhang hier geschaffen hat. Wie gesagt, ich weiß nicht, welche aktuellen Ereignisse er in Zusammenhang bringt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie wissen es nicht. Vielleicht war es der Snowden, und die haben das erst - - das vom Juni erst im September verarbeitet, haben gesagt: Wer weiß - -

Zeuge D. B.: Das ist grundsätzlich möglich, dass er insgesamt Snowden damit meint; aber dazu müsste man den Zeugen J. P. dann fragen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist wohl wahr.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gib doch mal eine Frage an mich!)

- Wie bitte?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gib mir eine Frage ab, die ich ranhängen kann,
dann müssen wir - -)

- Er möchte. Dann darf er eine Zwischenfrage stellen, der Herr Kollege von Notz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke sehr, Herr Kollege. Das ist aus-

gesprochen freundlich. - Direkt daran angeschlossen, an die interessante Mail, die der Kollege Schipanski zitiert hat, gibt es eine E-Mail, auch VS-Nur für den Dienstgebrauch, auf Blatt 164, 29.10.2013, 6.50 Uhr. Da steht drin:

Sehr geehrte Mitarbeiter,

im Rahmen der zurückliegenden und aktuellen Diskussionen zur Abhörraffäre etc. sind auch die bei BND eingesteuerten Botschaften von EU- und NATO-Staaten betrachtet worden.

Gestern hat UAL T2 in diesem Zusammenhang angewiesen, dass sämtliche gesteuerten Botschaften aus den o.g. Staaten in der PBDB deaktiviert werden. Die Deaktivierung wird durch T2B automatisiert umgesetzt.

Würden Sie angesichts dieser Mail vielleicht und angesichts der Wahrheitspflicht, die Sie hier haben, Ihre ebigen Aussagen noch mal überdenken? - Vielen Dank.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge D. B.: Was war jetzt die Frage?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr D. B., da steht explizit drin, dass das vor dem Hintergrund der Abhörraffäre die Konsequenzen sind - und nicht irgendeiner Mail, die belanglos ist, aus dem Mai 2013. Deswegen: Das Konstrukt, was Sie hier liefern, ist maximal unglaubwürdig, wenn ich Ihnen das mal so unverblümt sagen darf. Und deswegen, auch angesichts einer solchen Mail, die das explizit benennt, was Sie hier uns versuchen, zu konstruieren, würde ich gerne wissen: Wie kommt es zu solchen Mails, in denen es explizit um die Abhörraffäre geht und wo dann steht: „In diesem Zusammenhang hat UAL T2 angewiesen, sämtliche gesteuerte Botschaften zu löschen“?

Zeuge D. B.: Aber, Herr Abgeordneter von Notz, das habe ich doch vorhin erklärt, dass Ende Oktober 2013 - hier steht jetzt der 29.10. - der Präsident unter anderem mich angewiesen hat, ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

möge diese Steuerungen deaktivieren. Diese Weisung habe ich weitergegeben, und einer der Referatsleiter informiert nun sein Referat und sagt: Das ist jetzt alles zu deaktivieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es steht am Ende eines Diskussionsprozesses über Monate, wo Sie sich genau um diese Kriterien gestritten haben in E-Mails - oder - gestritten! - auseinandergesetzt haben.

Zeuge D. B.: Natürlich ist das ganze Jahr 2013 ab Juni irgendwo unter Snowden zu sehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge D. B.: Hier hat aber ein Sachgebietsleiter oder stellvertretender Referatsleiter seine ihm eigene Bewertung dort angefügt und hat gesagt: In diesem Zusammenhang ist eine Weisung erlassen worden. - Das ist doch keine Weisung von mir, indem ich gesagt habe: Weil es Snowden gibt, wird jetzt dies und das gemacht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber - - Herr Zeuge, ich komme wieder zu unserer Fraktion. Vielen Dank, Herr von Notz.

(Heiterkeit)

- Nein, es war aber eine sehr berechtigte Nachfrage.

Es erschließt sich mir in der Tat immer noch nicht, wenn Sie den ganzen Sommer oder Frühjahr - Sommer, Herbst - an so einer Weisung arbeiten, dass dann plötzlich im Oktober Ihnen der Präsident mit einer ähnlichen Weisung in einer ähnlichen Gefährdungslage zuvorkommt - und insbesondere, ohne die Fachabteilung zu fragen. Also, das ist doch völlig widersinnig jeglichen Verwaltungshandelns, wenn plötzlich der Präsident, ich möchte mal sagen, selbstständig etwas macht, ohne eigentlich das mal rückzukoppeln und seine Fachabteilung zu fragen: Passt das so? - Also, es ist sehr atypisch.

Zeuge D. B.: Die zweite Jahreshälfte 2013 war ja auch für den Präsidenten und für das Bundeskanzleramt von den Snowden-Veröffentlichungen geprägt, und die haben sich ihre eigenen Gedanken - - und Schlüsse gefasst.

Ich habe aber vorhin gesagt, dass im Oktober 13 der Präsident uns gefragt hat bezüglich der Steuerung, Erfassung von Institutionen von Partnerstaaten und dass aus der Fachabteilung gesagt wurde, in bestimmten Fällen sei das auftragsgerecht und sinnvoll - je nach Abwägungsprozess -, und ein kategorisches Verbot würde aus unserer Sicht nicht dem Auftrag gerecht. Es ist dann aber anders entschieden worden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das hat der Präsident mündlich gefragt?

Zeuge D. B.: Er hat das mündlich gefragt, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber es ist doch schon erstaunlich, wenn man dann, wenn das alles so ist, wie Sie da erzählen, nicht am Ende - - Ich meine, Sie müssen doch - - Sie haben doch gesagt, Sie sind - - im Herbst wurde das Ganze, im September 13, konsolidiert, und dann ging es in den Abstimmungsprozess mit dieser gesamten Weisungsfrage. Die war doch letztlich dann ein ganzes Stück durch die Anordnung oder Weisung des Präsidenten faktisch überholt. Wie ging das denn dann weiter mit der Weisung, die Sie da erarbeitet haben?

Zeuge D. B.: Also, der Weisungsentwurf war aus meiner Sicht weitgehend konsolidiert, ging aber nicht, soweit ich das aus den Akten entnehmen kann und aus meiner Erinnerung, in einen offiziellen Abstimmungsprozess. Weiter ging es damit, dass Ende Oktober/Anfang 2013 in dieser personenbezogenen Datenbank eine Gruppenliste gebildet wurde, in die alle TKM-Selektoren geschoben wurden von Institutionen von Partnerstaaten, und dadurch eine Steuerung und Erfassung wirksam verhindert wurde.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wie ging es denn mit - - Das ist ja den Akten zu entnehmen mit dieser Datenbank, was Sie gerade erklärt haben. Aber die Frage ist: Wie ging es denn jetzt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben doch gesagt, im September ging das in den offiziellen Abstimmungsteil, Ihr Entwurf.

Zeuge D. B.: Nein, ging nie in den offiziellen - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber Sie haben doch gerade - -

Zeuge D. B.: Entschuldigung, habe ich jetzt zweimal schon gesagt: Ging nicht in den offiziellen Mitzeichnungsprozess. Das wäre nötig gewesen; aber soweit ich mich erinnere - - und auch aus der Aktenlage kann ich nicht entnehmen, dass eine offizielle Mitzeichnung eingeleitet wurde. Die Kollegen wurden in *einer* E-Mail, soweit ich weiß, nachrichtlich beteiligt über den Weisungsentwurf; es wurde aber keine offizielle Mitzeichnung eingeleitet.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber das meinte ich gerade; der Herr von Bredow holt mal die Akte wieder, dass ich das noch mal sehen kann. Es ging ja gerade um die Mail, die Sie gerade angesprochen haben, die Sie an die anderen Unterabteilungsleiter usw. gesendet haben. Das haben Sie nur zur Kenntnis geschickt, aber nicht, um etwas abzustimmen?

Zeuge D. B.: Soweit ich das weiß, ja. Müsste ja aus der Mail hervorgehen, dass das nachrichtlich war und nicht „to“-Adressat, und es müsste ja auch da hervorgehen: Es wird um Mitzeichnung bis, am, um gebeten. Ich glaube, so ein Satz steht dort nicht drin.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Also, ehrlich gesagt, Herr D. B., erschließt sich mir das, dieser Argumentationsstrang, den Sie da aufgebaut haben, noch nicht ganz, und ich darf noch mal fragen: Ist es ein atypisches Vorgehen, wenn Sie im gesamten Herbst und im Sommer an einer Weisung arbeiten, und dann kommt im Oktober vom Präsidenten eine Weisung, die sich mit einer ähnlichen Thematik beschäftigt, und es erfolgt keine Rückfrage? Oder Sie sagen, es gibt nur diese mündliche Rückfrage, aber keinen Schriftverkehr, dass mal gesagt wird: Wir beschäftigen uns damit, wir bereiten das vor, wir sind da

dran. Finden Sie das normal, normales Verwaltungshandeln in dem Moment, oder sehen Sie da auch ein Stück Atypischkeit?

Zeuge D. B.: Der Sommer 2013 war nicht geprägt durch normales Verwaltungshandeln, wo man ewig viel Zeit für langwierige Diskussionen und Ausarbeitungen hatte. Er war in aller Regel geprägt dadurch, dass man sehr kurzfristig, auch mündlich, Antworten geben musste und dann auch Entscheidungen fielen. Gerade auch aus dem Bundeskanzleramt kamen häufig kurzfristige Anfragen, sodass das für diese Zeit nicht atypisch war.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nun gut; aber Sie beschäftigen sich ja mit der Sache ausweislich der Akte seit Mai 13. Da wusste man von Snowden noch nichts; da konnte man eigentlich in aller Ruhe diese Dinge bearbeiten. Die Hektik kommt ja maximal im Juni auf mit den ganzen Fragen, und dann hätte man doch da als Unterabteilungsleiter glänzen können, wenn der Präsident nachfragt: Ja, vorgearbeitet, hier. Seit Mai beschäftige ich mich damit und habe die und die rechtliche Beurteilung, und so und so könnte man das machen. - Wieso ist das denn in dem Falle nicht passiert, sondern es sieht vielmehr so aus, dass auf Ihre Expertise gar kein Wert gelegt wurde und von oben gesagt wurde: „Wir machen es jetzt so“?

Zeuge D. B.: Nein. Ich sage mal: Dadurch, dass diese Vorarbeiten ja auch erfolgt sind, konnte ich ja den Präsidenten darüber informieren, wie die Bewertung aus unserer Sicht sei, und ich hatte auch den Eindruck, dass er diese Bewertung sehr gut verstanden hat. Ob er sie gegenüber dem Bundeskanzleramt vertreten hat und das Bundeskanzleramt anders entschieden hat, das kann ich natürlich nicht sagen.

Wir - - oder ich hätte meinen Weisungsentwurf gut gefunden und gerne realisiert. Aber es ist nun mal so, auch im Verwaltungshandeln: Ober sticht Unter. Man wird gehört; man hat seine Argumente vorgebracht. Wie gesagt, ich hatte auch den Eindruck, der Präsident hat die sehr gut verstanden, hat sie sich zu eigen gemacht oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht - weiß ich nicht; müssen Sie den Präsidenten fragen - und hat diese dann vertreten, kam jedenfalls mit einer Weisung zurück, wo er uns gesagt hat: So und so müsst ihr es jetzt in Zukunft machen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay, Herr Zeuge, ich würde Ihnen noch mal etwas vorlegen lassen, weil das bis jetzt immer die Frage war: Wurde da nur mündlich korrespondiert? Wurde Ihre Abteilung angefragt?

Das ist ein Schriftstück; das ist in der besagten Akte Seite 149, ist Geheim; von daher können wir das jetzt hier nicht offen sagen. Da geht es um eine Mitteilung, ich denke, an den Präsidenten vom 28.10. Und wenn Sie da einfach noch mal draufschauen, ob das ein Dokument ist, das von Ihrer Abteilung dann Richtung Präsident ging, weil Sie jetzt immer mehr erzählten: Das waren mündliche Abfragen. - Dieses Dokument könnte darauf deuten, dass es durchaus auch schriftliche Korrespondenzen gab.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Die Frage: Könnte das von Ihrer Abteilung kommen, dass Sie das nach oben gegeben haben? Ich meine, das wäre dann ja noch mal - - Das war am 28. Wenn am 29. dann die Weisung kam - -

Zeuge D. B.: Ja, es kommt von unserer Abteilung. Es kommt aus dem Führungsunterstützungsreferat des Abteilungsleiters.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, dass wir dann zumindest die These noch mal ein Stückchen stärken, dass Sie einbezogen wurden oder dass - -

Zeuge D. B.: Ja, es beschäftigt sich auch mit der Problematik. Also, insofern: Habe ich jetzt nicht mehr auf dem Schirm gehabt, ist auch nicht von mir erstellt worden. Insofern: Ist anscheinend - ich weiß nicht, für wen das gemacht worden ist - vom Präsidenten beauftragt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Können wir uns ja in der geheimen Sitzung noch mal ansehen.

Zeuge D. B.: Also, Präsident - - Habe ich so nicht gewusst. In der Akte ist jetzt erkennbar: Präsident hat auch schriftlich in der Abteilung nachgefragt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja. - Ich würde an der Stelle ob der vielen neuen Erkenntnisse mal an die anderen Fraktionen abgeben, und wir würden dann in der zweiten Runde uns noch mal sprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr D. B., Sie sehen ja, es gibt zwei grundlegende Fragen, die wir heute versuchen zu klären: zum einen, wie die beiden Weisungen miteinander in Verhältnis stehen, und zum anderen, wie die Prüfung der NSA-Selektoren und der BND-Selektoren sich aufeinander beziehen oder nicht beziehen. Ich glaube, da müssen wir noch sehr viel fragen, und ich würde tatsächlich im Frühjahr 2013 noch mal beginnen wollen. Was war denn Ausgangspunkt überhaupt der Idee, dass man eine Weisung braucht?

Zeuge D. B.: Ich hatte mit dem Referatsleiter T2D einmal in der Woche einen Jour fixe, wo ich alle Themen, die so anlagen, mit ihm durchgesprochen habe, und eines dieser Themen, die im Frühjahr 2013 aufkamen, war: „Welche Kriterien gibt es denn für eine Botschafts- oder Regierungs-institutionssteuerung?“, ganz allgemein, also ohne jegliche Einschränkung auf EU- oder Partnerstaaten, sondern ganz allgemein: alle Staaten dieser Welt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Idee hatten Sie so vollkommen anlasslos morgens beim Kaffee: „Mensch, das klären wir heute mal im Jour fixe“?

Zeuge D. B.: Also, die genaue Ursache für diese Idee kann ich nicht mehr sagen. Was ich sagen



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann: Es gab nicht irgendwie einen besonderen Vorfall, wo ich gesagt hätte: „An dem mache ich fest, und da müssen wir jetzt mal kritisch“ oder dass mir bekannt geworden wäre, da wären Missstände, die sofort abzustellen wären. Den genauen Grund weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab zu diesem Zeitpunkt ja schon Regularien, was das Abhören solcher Institutionen angeht. Oder war das ein regelungsfreier Bereich?

Zeuge D. B.: Mir war kein Regularium bekannt; denn ansonsten hätte ich ja keine Weisung erlassen müssen oder vorbereiten müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, bis dato ist diese Fragestellung noch nicht aufgetaucht?

Zeuge D. B.: Meines Wissens nach nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und weshalb haben Sie sich dort ausdrücklich auf Botschaften und Regierungsstellen bezogen? Man hätte ja auch über NGOs nachdenken können oder internationale Institutionen, in denen Deutschland vertreten ist, oder - - Also, warum genau diese Fragestellung: Botschaften und Regierungsstellen?

Zeuge D. B.: Tut mir leid; weiß ich nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil Botschaften und Regierungsstellen sind ja sozusagen Spezifizierungen aus einem größeren Bereich. Also, da hätte man ja ganz grundsätzlich sich fragen müssen: „Dürfen wir gegen Institutionen spionieren - unter welchen Voraussetzungen? -, die exekutives Handeln ausüben?“ etc. Also, ich kann immer noch nicht nachvollziehen und, ehrlich gesagt, auch nicht glauben, dass man plötzlich morgens im Jour fixe sagt: „Mensch, wir müssen mal regeln, unter welchen Bedingungen wir Botschaften ausspionieren können“, ohne dass es einen Anlass gibt, dass irgendwo - ich sage es jetzt mal so, wie ich mir das vorstelle - eine Meldung aufgetaucht ist, wo klar war, da ist ein Selektor, der offenbar darauf zielt, und man sich dann in der Nachrichtenauswertung gefragt hat: Wie kann das

eigentlich sein, dass hier die Botschaft von Dänemark hochploppt? Das ist jetzt nur eine Idee. Gab es wirklich überhaupt keinen Anlass für eine Weisung, die dann über Monate erarbeitet wird, spezifiziert wird usw.?

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht mehr. Was ich ausschließen kann: dass irgendwie ein besonderes Ereignis da gewesen wäre, das der unmittelbaren Abstellung bedurft hätte - denn dann hätte ich gesagt, das und das machen wir ab sofort gar nicht mehr -, sondern es schien mir nur insgesamt regelungsbedürftig. Insofern ist auch der lange Zeitraum erklärbar, weil man natürlich eine Weisung erstellen wollte, die alle Fälle, alle Abwägungen da berücksichtigt und nicht noch, ich sage mal, sieben Ergänzungen, nachdem sie einmal auf dem Markt ist, bedarf. Also, es gab aus meiner Sicht keinen akuten Regelungsbedarf, keinen Verstoß gegen irgendwelche Verhältnismäßigkeitsgrundsätze oder Nichtauftragskonformität, weil dann hätte ich sofort etwas abstellen lassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben in der Akte, die Sie ja jetzt auch schon mehrfach heute bekommen haben, auch ein Schreiben vom 16. Februar 2009 an den Herrn Abteilungsleiter TA mit dem Betreff

Strategische Fernmeldeaufklärung
des Bundesnachrichtendienstes

hier: Auftragskonforme
Aufklärungsansätze/Aufklärung
von Institutionen wie Vereinte
Nationen und Europäische Union

aus 2009. Dort gibt es einen Unterpunkt - das ist NfD, deswegen kann ich darüber erzählen; das ist Seite 5 - „Ausländische Einrichtungen“. Da geht es auch um ausländische Botschaften usw. Es werden viele Fragen schon thematisiert, die dann auch Gegenstand der Weisung sind. Kennen Sie diesen Vorgang aus 2009?

Zeuge D. B.: Ich war 2009 nicht in der Abteilung -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: - und kenne dieses Schreiben nicht; habe das erst in diesem Zusammenhang jetzt zur Kenntnis bekommen, also 2015.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Aber man findet ja, wenn man in so ein Amt geht, einen Aktenbestand vor - der wird ja nicht verbrannt, wenn man neu eintritt -, und das ist ja schon ein sehr wichtiger Vorgang hier - ja? Da werden ja bestimmte Grundlagen des Abhörens von inländischen Einrichtungen, ausländischen Einrichtungen, internationalen Einrichtungen, in denen Deutschland Mitglied ist, usw. geregelt. Das kannten Sie nicht 2013?

Zeuge D. B.: Nein, kannte ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob das in den Akten des UAL T2 sich befunden hat. Es hat mich auf jeden Fall keiner explizit bei Amtsübernahme darauf hingewiesen: Da gibt es was, das müssen Sie unbedingt beachten, Herr B.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bin mir nicht ganz sicher; aber es sieht so aus, als wäre dieses Dokument angehängt an den E-Mail-Wechsel im Mai 2013.

Zeuge D. B.: Kann ich das Dokument mal sehen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Also, Sie müssten dann allerdings tatsächlich auf der „01“ beginnen und durchblättern. Es sieht so aus, als wäre das der Anhang zu der E-Mail.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
blättert und liest in diesen
Unterlagen)

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht sieht es auch so aus, dass das ein Anhang ist, wobei es ist ja eine Diskussion unter den Juristen der Abteilung, die da etwas neu regeln wollen, aber eher andere Sachen. Auf die ausländischen Einrichtungen ist ja nur in einem Satz -

Martina Renner (DIE LINKE): Stimmt.

Zeuge D. B.: - etwas gesagt, wo - - „Befugt“ ohne weitere; jegliche Ergänzungen, aber auch ohne Problematisierung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich soll jetzt fürs Protokoll noch mal die Tagebuchnummer sagen: 223/16. - Ist Ihnen denn 2013 damals das dann auch bekannt geworden in dem Zusammenhang, der Anhang?

Zeuge D. B.: Das ist an mich adressiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge D. B.: Ich kann mich an den Vorgang nicht mehr definitiv erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie die Mail jetzt vorfinden: Da wird ja doch eher der Eindruck erweckt, dass es einen konkreten Ausgangspunkt für die ganze Debatte: „Brauchen wir eine Weisung?“ gibt. Da wird von dem ANSO-Skandal gesprochen; das ist wieder Seite 1.

Zeuge D. B.: Also, bei mir steht da, seit dem ANSO-Skandal -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge D. B.: - gäbe es teilweise Unsicherheiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Können Sie das uns erklären, was das bedeutet?

Zeuge D. B.: Kann ich Ihnen nicht, weil ANSO meines Erachtens war auch in dem Zeitraum, in dem ich nicht in der Abteilung war.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie denn den Begriff?

Zeuge D. B.: Habe ich schon von gehört.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann so die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Dann würde ich den Zeugen noch bitten, uns zu erklären, was das ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ich kann das nicht genau erklären.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ungenau!)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann geht es jetzt bei der SPD weiter.

Zeuge D. B.: Ich bin ja hier als Zeuge, nicht als Spekulant.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr B., ich würde jetzt einfach mal fragen wollen, weil ich ja vermute, dass das durchaus auch damals in dem Kontext der ganzen Weisungen Ende Oktober eine Rolle gespielt hat: Der berühmte Satz der Bundeskanzlerin: „Abhören unter Freunden geht gar nicht“, den kennen Sie ja?

Zeuge D. B.: Den kenne ich.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Für den ganzen Komplex, über den wir uns jetzt hier unterhalten, seien es NSA-Selektoren, seien es BND-Selektoren - - Jetzt unterstellen wir mal, das, was die Bundeskanzlerin da gesagt hat, ist nicht eine Beschreibung der Vergangenheit, sondern das ist sozusagen die Ausübung ihrer Richtlinienkompetenz gewesen, und jetzt hätten Sie die Aufgabe als Selektorenfachmann im BND, diese politische Weisung von oberster Stelle operativ herunterzubrechen. Nach welchen Kriterien würden Sie das denn machen?

Zeuge D. B.: Also, zunächst hatte ich die Aufgabe nicht.

Christian Flisek (SPD): Nein, ich sage ja - - Ich habe es ja auch mit: „Jetzt unterstellen wir mal“ eingeleitet.

Zeuge D. B.: Ich würde differenziert darstellen wollen und dann auch weiter analysieren und bewerten wollen, ob man, ich sage mal, Partner abhört, um Informationen über den Partner zu bekommen - dies ist bestimmt nicht auftragskonform und erfüllt auf jeden Fall die Weisung -,

zum anderen, ob man zur Krisenaufklärung, Krisengebietsaufklärung auch Informationen von Partnern nutzen darf, auftragskonform. Da bin ich in meinem Weisungsentwurf zu dem Schluss gekommen - den auch viele mitgeprüft haben -, dass dieses auftragskonform sei. Es ist aber dann anders entschieden worden.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also nehmen wir mal ein Beispiel, also einen Partner, einen unserer engsten Partner, Frankreich, EU-Mitglied. Das bedeutet, wenn man jetzt sagt - - Sie haben ja gerade gesagt: Also, Informationen über den Partner, das ist nicht auftragskonform. Also, das wäre sozusagen - - Wenn Sie das runterbrechen würden - „Ausspähen unter Freunden geht nicht“ -, das würde auf keinen Fall gehen. Das würde heißen, wenn ich jetzt sage: Ich versuche jetzt, zu überwachen oder zu steuern eine Festnetznummer des französischen Außenministeriums in Frankreich. - Wäre das so?

Zeuge D. B.: Im Grundsatz ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und das wäre jetzt ein Unterschied, wenn man jetzt zum Beispiel sagen würde: „Ich steuere eine Festnetznummer der französischen Botschaft, beispielsweise in einem Krisenland“?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, da würden Sie einen qualitativ gravierenden Unterschied sehen?

Zeuge D. B.: Ja, weil das Zielobjekt ein anderes ist. Die Lage in dem Krisengebiet, über diese zu berichten, ist Auftrag des BND. Und da - wenn Informationen, hochwertige Informationen anderweitig nicht zu beschaffen wären - könnte man zu dem Schluss kommen, dass dieses auftragskonform und gerechtfertigt ist.

Christian Flisek (SPD): Also, ich verstehe die Unterscheidung, und ich verstehe auch, dass man das so qualitativ begründen kann. Jetzt frage ich mal: Würde das aus Ihrer Sicht ausreichen sozusagen, dieses Raster so anzulegen, mit der Konsequenz, dass ich sage: „Alle Gespräche, die jetzt über das Festnetz Pariser Außenministerium



Nur zur dienstlichen Verwendung

laufen“ - in dem Beispiel - „schließe ich aus, während ich zum Beispiel alle Gespräche, die jetzt über die Rufnummer, über den Selektor Festnetznummer französische Vertretung in einem Krisenland laufen, einschließen würde“? Würde das so laufen?

Zeuge D. B.: Nein, man müsste das differenzierter machen.

Christian Flisek (SPD): Wie?

Zeuge D. B.: Wie ich gesagt habe: Es sind Abwägungsprozesse zu tätigen, ob auftragsrelevante Informationen nur auf diesem Wege zu beschaffen seien, und nur in diesem Fall ist dann auch die entsprechende Steuerung oder Miterfassung rechtmäßig und auftragskonform. Man muss auch durchaus unterscheiden - und das muss alles auch so eine Weisung abbilden -: Was darf ich aktiv steuern, und was darf ich mit erfassen, wenn eine gesteuerte Person in Kontakt mit Botenschaft oder einem anderem trifft? Auch dieser Fall ist ja dann abzuwägen, um zu einer Richtlinie zu kommen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber man muss ja irgendwas operativ Handelbares - - Also, ich sage jetzt mal, die Aufgabe wäre ja jetzt nicht, komplett jeden Einzelfall, jedes einzelne Gespräch abzuwägen. Das geht ja gar nicht - oder?

Zeuge D. B.: Bezüglich der Meldeerstattung ja. Ich sage mal: Ich habe natürlich - - Ich muss steuern und da gewisse Kriterien anlegen, und ich muss natürlich auch bei den so gewonnenen Nachrichten, Telekommunikationsverkehren dann wieder entscheiden: Verwertung, ja/nein?

Christian Flisek (SPD): Also, Verwertung im Sinne von Verarbeitung zu einem Meldeprodukt?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber dem voran geht jetzt grundsätzlich mal die Überwachung selber, die Speicherung dann der Daten und auch eine Sichtung der Daten; das muss ja stattfinden. Also, nehmen wir mal das konkrete Beispiel: Sagen

wir, französische Vertretung in Pakistan - sicherlich ein Krisenland; so formuliere ich das jetzt mal. Und wie würde das jetzt laufen? Man hätte jetzt zum Beispiel da die Nummer eines Militärattachés; Beispiel. Würde man dort jetzt dann erst mal sämtliche Gespräche überwachen, sich anschauen und dann entscheiden, was am Ende zu einem Meldeprodukt verarbeitet wird oder nicht?

Zeuge D. B.: Also, das geht meines Erachtens jetzt in die nachrichtendienstliche Methodik ein. Dazu würde ich dann in nichtöffentlicher Sitzung aussagen.

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Christian Flisek (SPD): Gut, das können wir so handhaben. - Jetzt habe ich ja immer noch so ein bisschen das Problem - weil Sie waren ja schon mehrfach Gast hier bei uns im Untersuchungsausschuss, Zeuge; aber wir behandeln ja unsere Zeugen wie Gäste -: Wir haben hier immer noch so ein schwarzes Loch, und zwar waren Sie im Mai 2015 ja schon mal hier, und da war nach wie vor natürlich immer noch mal die Frage ganz virulent, warum die von Dr. T. untersuchten NSA-Selektoren damals, die uns ja auch hier intensiv beschäftigt haben - - warum das nicht dazu geführt hat, dass man da entsprechend der Abteilungsleitung Meldung erstattete und dass das dann weitergeht. Da haben Sie uns also damals nichts zu gesagt. Ich frage Sie jetzt mal: Hat sich an dieser Haltung auch jetzt - - Es hat sich ja einiges seitdem getan; wir haben jetzt den Komplex der BND-Selektoren hier im Untersuchungsausschuss und im PKGr in der Aufklärung. Hat sich an Ihrer Haltung, dazu was zu sagen, irgendetwas geändert?

Zeuge D. B.: Es ist nicht richtig, dass ich nichts gesagt habe; aber das, was ich gesagt habe, halte ich weiterhin aufrecht.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Und wenn Sie das aufrechterhalten, würden Sie uns denn heute Auskunft dazu geben, warum es damals nicht zu Meldungen zu Ihrem Abteilungsleiter gekommen ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Nein, da mache ich von meinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch.

Christian Flisek (SPD): Weiterhin also machen Sie von dem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch. - Sind Sie aktuell versetzt worden?

Zeuge D. B.: Was meinen Sie mit „aktuell“?

Christian Flisek (SPD): Na, ob Sie jetzt seit Ihrem letzten Auftritt zum Beispiel hier im Untersuchungsausschuss, um es zeitlich einzugrenzen, versetzt worden sind oder eine Versetzung unmittelbar bevorsteht, Ihnen bereits angekündigt wurde.

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein. - Sie üben weiterhin Ihre Tätigkeit aus, und da wird sich - jetzt für Sie bekannt - auch nichts ändern? Sie sind UAL T2?

Zeuge D. B.: Herr Abgeordneter, ich habe auch bei meinen letzten Vernehmungen gesagt, dass ich seit Oktober 2014 nicht mehr UAL T2 bin, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge D. B.: - sondern im Bereich Cyber Defense tätig, und daran hat sich auch nichts geändert.

Christian Flisek (SPD): Wir haben so ein bisschen - - Ich meine, wir spekulieren ja hier. Wir respektieren das Auskunftsverweigerungsrecht. - Ja, einige nicken schon mit dem Kopf, aber grundsätzlich ist das natürlich Ihr Recht. Trotzdem: Wir spekulieren natürlich, was der Grund ist für dieses schwarze Loch, weil alle, die wir ja sozusagen in der Linie über Ihnen befragt haben, hier immer dastehen als Leute, die sagen: Wir sind total nett und total lieb und irgendwie - ³Da gibt es auch nichts. Sie sind ja sogar eingebunden gewesen in die Aufklärungsarbeit und alles darüber hinaus. Das hat auf uns jetzt hier nicht großen Eindruck gemacht, dass da irgendwie größere Verwerfungen im Dienst sind. Wir selber spekulieren natürlich. Und eine der Fragen, die wir

uns stellen, ist die: Hat sozusagen das Schweigen bei den NSA-Selektoren was damit zu tun, dass unmittelbar in dem Kontext zeitlich die BND-Selektoren hochploppten?

Zeuge D. B.: Ich habe hier ausgesagt - wahrheitsgemäß, und bitte, das auch zu beachten -, dass ich meine Vorgesetzten nicht informiert habe. Daran halte ich fest. Ich habe weiterhin ausgesagt, dass ich mit dem Wissen von heute hätte melden müssen. Insofern ist das für mich abschließend.

Christian Flisek (SPD): Dann formuliere ich noch mal anders: Ihr Aussageverweigerungsrecht, Ihr Berufen auf das Aussageverweigerungsrecht, hat nichts dann damit zu tun, dass Sie sich eventuell durch Ihre Aussagegenehmigung damals gehindert sahen, überhaupt über die BND-Selektoren uns irgendetwas zu berichten?

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist doch auch schon mal gut. - Sie hatten gerade gesagt: Cyber Defense. Sind jetzt aktuell immer noch - - Wie hieß das: Cyber Defense?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sind Sie da in Deutschland tätig?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge D. B.: Das ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Christian Flisek (SPD): Manchmal schon. Wenn man zum Beispiel plötzlich in Florida ist, dann könnte das untersuchungsgegenständlich sein.

Zeuge D. B.: Dann will ich hier klarstellen: Mein Dienstort ist weiterhin Pullach. Ich bin auch am Anfang nach der ladungsfähigen Anschrift gefragt

3) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden. Das ist weiterhin mein Dienstort, Herr Abgeordneter.

Christian Flisek (SPD): Das ist doch auch gut.

(Dr. Konstantin von Notz
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist interpretierbar: „Dienstort“!

- Dienstort ist interpretierbar, in der Tat. - Ja, das ist schwierig - nicht? Weil das ist sozusagen aus der ganzen Überlegung heraus einer der größten Knackpunkte, die wir nach wie vor natürlich hier haben und die nach wie vor - - Also, meine Hoffnung war so ein bisschen, dass wir dieses schwarze Loch auflösen können und da vielleicht auch ein bisschen mehr Licht in die Sache reinbringen könnten, weil das Ganze natürlich noch nach wie vor ein massiv schräges Licht auf die Binnenorganisation des BND wirft, einschließlich auch der Aussagen Ihres damaligen Vorgesetzten hier im Ausschuss, wie man mit dieser Thematik umgegangen ist. Und zu der Weisung, die Sie da über mehrere Monate - so habe ich das verstanden - versucht haben, zu konsolidieren: Die Initiative ging von Ihnen aus?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und das war als unmittelbare Reaktion zu verstehen auf die allgemeine Snowden-Situation oder auf den konkreten Fund von kritischen Selektoren innerhalb der NSA-Liste?

Zeuge D. B.: Weder noch. Der Ursprungsauftrag war vor den Snowden-Veröffentlichungen, -

Christian Flisek (SPD): Das war das, was Sie - -

Zeuge D. B.: - und es gab keinen konkreten Anlass aus meiner Erinnerung heraus.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber dann verstehe ich wiederum nicht, wie das nicht ganz oben auf die Prioritätsliste dann gekommen ist, wie man da dann sozusagen mit dieser Konsolidierung - ach herrje -, über Monate, Wochen hinweg - - Da muss doch irgendwo dann plötzlich - - Also, ich

stelle mir jetzt mal vor: Sie fangen da irgendwann im Mai an und sagen: Ohne jeden Anlass machen wir jetzt plötzlich, nachdem das Thema Selektorenprüfung irgendwie ohne jede operative Handhabung jahrelang gelaufen ist - - Das haben wir ja festgestellt. Das ist ein grundsätzliches Problem, dass die Weisungen, die es damals beim Eingang - - oder auch die Verträge, die es gab, dass die nie operativ runtergebrochen sind, und dann sagen Sie uns jetzt: Genau 2013, ausgerechnet im Mai - im Mai - fangen Sie an, machen sich da ohne Anlass Gedanken. Und dann kommt plötzlich Snowden. Wumms! Und dann gibt es - - knallt es nur so parlamentarische Anfragen auf den Tisch, und alles passiert und fliegt dem BND links und rechts um die Ohren, und man ist damit beschäftigt, Fragenkataloge zu bearbeiten etc. pp., das PKGr zu befriedigen. Dann stelle ich mir die Frage: Wenn ich dann auch noch mal das alles in den Kontext rücke, wie man selber bei der Risikobewertung der gesamten Projekte das ja eingeschätzt hat innerhalb des Hauses - - warum dann diese Initiative von Ihnen dann nicht plötzlich auf der Prioritätenliste ganz oben war. Warum man dann nicht gleich zum Präsidenten hingegangen ist und gesagt hat: Wir arbeiten hier an einer Weisung im Umgang, wie man mit solchen Selektoren - - wie die gesteuert werden, welche raus müssen, welche nicht, im Kontext Aufgabenprofil Partner, was sind deutsche Interessen? Offensichtlich: Das plätschert so dahin.

Also, ich versetze mich nur mal in die Lage. Das ist zwar auch hypothetisch, aber ich versetze mich einfach in die Lage. Sage ich, da muss jetzt ganz, ganz, ganz, ganz schnell was passieren? - Da wird ja gesagt: Wenn da irgendwas anbrennt in diesen Thematiken, das reißt uns den Boden unter den Füßen weg, politisch. Die Abgeordneten, die laufen Sturm, die schießen uns sturmreif. Die Frage ist einfach: Warum plätschert das so dahin? Und warum wird dann am Ende sogar gar nichts aus der Weisung? Die läuft ja in den - - Die verläuft ja im Sand. Warum?

Zeuge D. B.: Weil es kein konkretes Indiz für eine Fehlsteuerung oder Fehlerfassung gab. Da hätte man ja unmittelbar agieren müssen und hätte ich auch getan. Aber mir wurde eben vorgelegt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Dr. T.

Zeuge D. B.: - darf ich bitte zu Ende reden? - ein Vorgang von 2009, wo auch zu dieser Thematik und noch weitergehend auch ausgesagt wird, und im Jahr 2013 lag - - oder im Jahr 2011, wo ich die Unterabteilung übernommen habe, lag auch nichts Diesbezügliches vor. Ich muss doch immer nur sofort und mit Vehemenz und ganz schnell Weisungen erteilen, wenn ich erkenne: Da läuft irgendwas total schief. Solange mir dafür kein Anhaltspunkt vorliegt, kann ich mir auch mit einer Weisung Zeit lassen, wie das andere auch getan haben.

Christian Flisek (SPD): Genau. Und deswegen hatten wir auch in dieser Zeit - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Gleich müsste es weitergehen.

Christian Flisek (SPD): Eine letzte Frage noch. - In dieser Zeit, wo alle nicht wussten, wo ihnen der Kopf stand, Überstunden gemacht worden sind, hatten wir dann auch ohne jeden Anlass plötzlich den Auftrag an den Dr. T. von Ihnen, mal zu gucken: Schau dir doch mal dieses NSA-Profil an, und bilde da mal so paar Töpfchen nach Regionen. Wir interessieren uns jetzt ganz plötzlich: Für welche Länder interessiert sich eigentlich die NSA? Und das steht auch gar nicht in irgendeinem Kontext?

Zeuge D. B.: Nein, das steht nicht im Kontext, und die Erläuterung, warum dieser Auftrag, habe ich auch schon gegeben: weil die Metadaten, die weitergegebenen, ja in den Presseveröffentlichungen drin waren und zur Erklärung dieser Metadaten sehr viel Arbeit notwendig war, auch mit Schwierigkeiten, eine vernünftige Analyse dazu zu erarbeiten. Da bin ich auf die Idee gekommen: Der zweite Weitergabekomplex Bad Aibling, nämlich die Treffer aus Selektoren, da könnte uns das ähnlich passieren, und dazu habe ich den Dr. T. beauftragt, der jetzt so nicht in die stressige, nervenaufreibende Überstundenarbeit der Abteilung einbezogen war wie andere.

Christian Flisek (SPD): Ja, wer es glaubt.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es jetzt weiter bei Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor Sie die Zeit beginnen, würde ich gerne noch mal um eine Darstellung bitten, warum es ein Zeugnisverweigerungsrecht gibt für Sie. Sie sind der einzige Zeuge von Dutzenden von BND-Zeugen, die sich - - Also, wo liegt sozusagen der Mechanismus? Wo schwingt, schwebt das Fallbeil über Ihnen?

Zeuge D. B.: Das beantwortet Herr Eisenberg.

RA Johannes Eisenberg: Es gibt eine Norm in dem Gesetz zum Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetz. Ich glaube - - Ist es nicht § 25? Sie sind ja der Anwalt von uns beiden, der Volljurist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist wohl wahr, Herr Eisenberg.

RA Johannes Eisenberg: Das ist so - nicht? Da steht doch, glaube ich, drin, dass man entsprechend § 55 der Strafprozessordnung sich dann nicht zu Fragen äußern muss - nemo tenetur -, wenn die Gefahr eines justizförmigen Verfahrens droht. Hier liegt ja auf der Hand, dass der Vorwurf gemacht werden könnte, dass er das hätte seinem Vorgesetzten melden müssen. Dann wäre das eine Dienstpflichtverletzung. Die hätte dann disziplinarrechtliche Ermittlungen zur Folge, und deswegen hat er ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht, erstarkendes Recht, Fragen danach nicht zu beantworten. Und das wissen Sie ganz genau, Herr Dr. von Notz. Deswegen hätte ich es Ihnen eigentlich nicht sagen müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem danke ich Ihnen dafür, dass Sie es noch mal anführen, weil -

RA Johannes Eisenberg: Gern geschehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in dem Bereich - - Das ist jetzt alles - - Nein, nein, da geht es noch um GO-Fragen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bitte. - In diesem Bereich, davon könnten ja mehrere Leute betroffen sein. Herr W. K., Herr R. U., all diese Menschen könnten von diesem Vorwurf betroffen sein. Der ist, glaube ich, auch von Ihnen zufällig vertreten, Herr Kollege Eisenberg. Die ziehen diese Karte alle nicht, und deswegen frage ich mich, warum ausgerechnet der arme D. B. derjenige ist, der diese Strafverfolgungsbedrohung besonders spürt in seinem Nacken.

RA Johannes Eisenberg: Sie haben ja doch nicht richtig zugehört, Herr Dr. von Notz. Eine Strafverfolgungsdrohung steht ihm nicht - - hängt nicht über ihm, sondern die Möglichkeit eines disziplinarrechtlichen Verfahrens.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Disziplinarverfahren, ja, ja. Das gilt ja für die anderen auch, Herr Eisenberg.

RA Johannes Eisenberg: Und Sie dürfen sich diese Frage stellen, warum er das tut, aber ihm nicht. Er beruft sich ja einfach darauf, dass er ein gesetzliches Recht in Anspruch nimmt, und dazu muss er die Anlasstatsachen glaubhaft machen. Die liegen aber auf der Hand, weil Sie ihm ja gerade diesen Vorwurf machen und auch Frau Renner ihm den Vorwurf schon gemacht hat und alle möglichen anderen auch. Deswegen muss er nichts weiter glaubhaft machen. Aber warum er sich so entscheidet und nicht anders, ist seine höchstpersönliche Entscheidung. Deswegen dürfen Sie ihm auch nicht vorhalten, dass andere sich anders entschieden haben, wobei ich gar nicht beurteilen kann, ob die anderen das Recht gehabt hätten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, da ist ja dann ein anderer Johnny Eisenberg neben dem, während - -

RA Johannes Eisenberg: Sie müssen mich jetzt hier nicht veralbern. Ich bin jetzt hier gerade derjenige, der erklärt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, Sie haben das ja angeführt.

RA Johannes Eisenberg: Nein. Ich kann überhaupt nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie vertreten die ja alle.

RA Johannes Eisenberg: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob einer von diesen - - Ich gehe hier - - Ich bin Zeugenbeistand, berate diesen Zeugen. Ich weiß nicht, was gestern war und was morgen sein wird, Herr Dr. von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich - - Aber schön, dass Sie noch mal darauf hinweisen, dass da natürlich ein offensichtlicher Interessenkonflikt auch besteht, nicht?

RA Johannes Eisenberg: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, offensichtlich. Aber sei es drum. Ich nehme das gerne zur Kenntnis.

Ich stelle nur fest, dass ein Arbeitgeber und die Menschen, die hier ausgesagt haben, die scheinen von dieser disziplinarrechtlichen Bedrohung, die Herr D. B. spürt, also gar nichts wissen zu wollen. Die sind voll des Lobes über diesen zuverlässigen Mitarbeiter. Deswegen komme ich mal zu der Frage. - Die Kollegin Renner will zu diesem Geschäftsordnungspunkt noch etwas ergänzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte verweisen auf die Aussage des Zeugen, Herrn Schindler, hier, den ich gefragt habe, ob er als Dienstherr beabsichtigt, ein Disziplinarverfahren gegen den Mitarbeiter D. B. einzuleiten. Das ist ja von Ihnen eben gerade ins Feld geführt worden als mögliche Konsequenz aus seiner Nichtmeldung eines wichtigen Ereignisses. Herr Schindler hat hier in öffentlicher Sitzung gesagt, dass es überhaupt keinen Anlass gibt, Derartiges auch nur in Erwägung zu ziehen. Es sei nichts auf dem Weg. Es sei nichts - - Ja, Herr Wolff nickt. Er kann sich auch daran erinnern. Deswegen frage ich mich, ob nicht schon mittlerweile -

RD Philipp Wolff (BK): Ich nicke nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): - substanziiell materiell diese Frage: „Droht ein disziplinarisches



Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen Verfahren innerhalb der Behörde?“, vom Tisch ist und damit hier auch nicht mehr irgendwie als Argument eingeführt werden kann.

RA Johannes Eisenberg: Aber Frau Abgeordnete - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann jetzt gerne das Protokoll noch suchen.

RA Johannes Eisenberg: Ja, Frau Abgeordnete Renner, das glaube ich Ihnen gerne. Aber eine solche Aussage eines Präsidenten eines Amtes ist ja nicht rechtskraftfähig. Diese Möglichkeit der Aufnahme von disziplinarrechtlichen Ermittlungen besteht jedenfalls bis zum Zeitpunkt des Erreichens der Verjährung jederzeit, und Sie wissen ja auch nicht, ob morgen der Präsident oder der Disziplinargewaltige noch Schindler heißt oder ob möglicherweise morgen neue Erkenntnisse vorliegen oder ob sich aus der Antwort neue Erkenntnisse ergeben. Sie müssen, glaube ich, mit dem Zeugen nicht diskutieren, dass er dieses Auskunftsverweigerungsrecht hat. Sonst fragen Sie doch einfach mal Ihre Juristen. Da gibt es doch bestimmt auch welche unter Ihnen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde mit den Fragen anfangen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja, das wäre nett.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. Aber es ist ja vielleicht für den ganzen Ausschuss auch interessant, dachte ich.

Herr D. B., nach einem Bericht von *Süddeutsche online* und *Tagesspiegel* vom 16.12.2015 soll es wegen der BND-Selektorenaffäre zu personellen Konsequenzen beim BND gekommen sein. Drei Mitarbeiter sollen ihren Posten verlassen bzw. gewechselt haben, darunter der Abteilungsleiter TA Pauland, der ab 2016, also erst ab diesem Jahr, in die Bundeswehr zurückkehren oder -gehen soll. Auch ein Unterabteilungsleiter sei betroffen. Sind Sie betroffen?

Zeuge D. B.: Der Zeitraum ist nicht Untersuchungszeitraum. Eben habe ich schon zu meiner Verwendung ausgesagt. Ich weiß nicht, was Sie noch weiter fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mich interessiert, ob bei Ihnen Schuld abgeladen wurde oder ob Sie vielleicht die Treppe nach oben gefallen sind mit Ihrer neuen Position, Aktion „Goldener Fallschirm“, Herr D. B.

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK) und
berät sich mit seinem
Rechtsbeistand)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Auch ich sehe hier weder eine Untersuchungsgegenständlichkeit und halte das für eine Unterstellung, die ich auch für unangemessen finde in der Wortwahl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, das ist doch eine interessante Frage, ob diejenigen, die an dem Hauptproblem, an dem wir hier arbeiten - - Ich meine, diese Information aus der *Süddeutschen Zeitung*, da ist ja wohl wieder die Regierungsseite oder der BND der Schweizer Käse; denn von uns kommt es es nicht, denn wir wissen es nicht. Also, irgendwer hat diese hoch geheimen Sachen ausgeplaudert auf Ihrer Seite.

RA Johannes Eisenberg: Das muss doch gar nicht stimmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt würde mich einfach interessieren, ob die Hauptverantwortlichen der Dinge, die hier skandalös sind, vielleicht einfach schönere Pöstchen bekommen haben oder ob das stimmt, was hier gestreut wird, dass die sozusagen irgendwie strafversetzt wurden; das atmet ja dieser Text. Deswegen: Es würde mich einfach interessieren. Denn es gehört offensichtlich zu der Art und Weise, wie die Regierung Politik macht in unserem Untersuchungsausschuss, dass man



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Informationen streut und Konsequenzen suggeriert, die es wahrscheinlich gar nicht gegeben hat. Also, es ist hoch untersuchungsgegenständlich, aber es ist sehr aussagekräftig, wenn Sie das nicht erläutern, Herrn Wolff.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will die zweite Unterstellung auch noch mal fürs Protokoll zurückweisen, dass das die Art ist, wie die Regierung hier Politik betreibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir erklären, woher diese Information den *Tagesspiegel* und die *Süddeutsche Zeitung* erreicht hat?

RD Philipp Wolff (BK): Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Steht das in unseren Akten oder - -

RD Philipp Wolff (BK): Das kann ich Ihnen nicht erklären, weil mir weder die Herkunft noch der Wahrheitsgehalt dieser Information bekannt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Wolff. Nur ich erinnere: Die letzten zwei Jahre waren Sie nie verlegen darum, hier schnell die Schuld zuzuweisen, wenn hier irgendwo Informationen rausgegangen sein sollten. Deswegen: Die Frage wird ja wohl erlaubt sein. So.

Herr D. B., Sie haben jetzt mehrfach sehr stark Wert darauf gelegt, dass Sie diese Vorgänge nicht nach oben gemeldet haben. Da ist die Frage: Haben Sie es denn in irgendeiner Weise kommuniziert? Also, dass Sie nicht gemeldet haben im dienstrechtlichen Sinne, ist ja das eine. - Das kann Ihnen auch Herr Eisenberg jetzt nicht vorsagen, Herr D. B.; denn der war ja nicht dabei, sondern: Haben Sie denn in einer anderen Weise die Ergebnisse Ihrer Untersuchungen kommuniziert, vielleicht im Türrahmen, am Telefon?

Zeuge D. B.: Ich habe mich dazu schon abschließend geäußert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das haben Sie nicht.

RA Johannes Eisenberg: § 55, Herr Dr. von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

RA Johannes Eisenberg: § 55 oder bei Ihnen § 25 oder so.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hier ist das Knöpfchen. Das ist das mit dem roten Licht drauf.

RA Johannes Eisenberg: Na ja, das ist doch wieder dieselbe Frage. Er will doch dazu nichts weiter sagen. Das reicht doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat dazu was gesagt, Herr Eisenberg.

RA Johannes Eisenberg: Ja, da hat er ja auch das Recht zur Teilaussage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

RA Johannes Eisenberg: Doch, er hat das Recht zur Teilaussage, na selbstverständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Er hat nicht gesagt: „Da berufe ich mich auf mein Zeugnisverweigerungsrecht“, sondern er hat gesagt: „Das habe ich nicht gemeldet.“

RA Johannes Eisenberg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt frage ich: Wenn Sie es nicht gemeldet haben, haben Sie es vielleicht dem Präsidenten am Telefon gesagt oder haben Sie es, wie eben Herr Eisenberg Ihnen etwas zugeflüstert hat, Ihrem Präsidenten am Arbeitstisch zugeflüstert?

RA Johannes Eisenberg: Ich habe ihm - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage Ihnen, Herr Eisenberg und Herr D. B., es ist hochgradig verdächtig, wenn Sie die



Nur zur dienstlichen Verwendung

formalistische Antwort wählen und sagen unter Wahrheitspflicht: „Ich habe nicht gemeldet“ und Sie meinen damit einen legal definierten Begriff. Aber dass Sie die Information eventuell weitergegeben haben, da sagen Sie dann, da zieht das Zeugnisverweigerungsrecht. Das ist doch hochgradig merkwürdig. Deswegen hätte ich gerne eine Antwort auf meine Frage.

RA Johannes Eisenberg: Ich habe ihm gesagt, dass die Frage steht, ob er sich auf diese Weise sein Auskunftsverweigerungsrecht jetzt aus der Hand nehmen lässt, und er hat dazu erklärt, dass er sich weiterhin auf das Auskunftsverweigerungsrecht beruft. Da können Sie auch drei verschiedene Frageformen wählen. Er beruft sich auf sein Auskunftsverweigerungsrecht, das ihm zusteht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Gut, das mag sein. Aber dann kann ich nur sagen, dass die Aussage, er habe diese Information nicht gemeldet, nichts damit zu tun hat, dass er diese Information nicht gegebenenfalls weitergegeben hat. Das könnte er nämlich genauso lockerflockig beantworten wie er sagt: Ich habe es nicht gemeldet. - Das tut er aber wohlwollend nicht, und daraus entsteht der Eindruck, Herr Eisenberg und Herr D. B., dass Sie diese Information sehr wohl weitergegeben haben. Das würde auch erklären, warum Sie keine disziplinarrechtlichen Konsequenzen erreicht haben.

Gut, wenn wir da nicht weiterkommen, eine weitere Frage: Es hieß ja nun, dass man mit SUSLAG geredet hat, nachdem man auf die vielen verdächtigen Selektoren gestoßen ist. Wer hat denn genau mit SUSLAG geredet, und wer hat denen vor allen Dingen was gesagt, Herr D. B.?

Zeuge D. B.: Ich habe damals den Dienststellenleiter Bad Aibling, R. U., beauftragt, mit dieser Liste zur deutschen Repräsentantin der NSA in Bad Aibling zu gehen, sie über diese kritischen Steuerungen zu informieren und aufzufordern, diese einzustellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese einzustellen?

Zeuge D. B.: Also, die Steuerung zukünftig einzustellen von solchen Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Selektoren nicht mehr einzustellen?

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge D. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist dann sozusagen erfolgt?

Zeuge D. B.: Soweit mir bekannt, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, man hat Ihnen zurückgemeldet: „Dieses Gespräch ist erfolgt“?

Zeuge D. B.: Ich habe - - Eine direkte Meldung ist mir nicht erinnerlich, aber die Information ist zu mir gekommen, dass dieses erfolgt sei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben denn die Amerikaner darauf reagiert?

Zeuge D. B.: Tut mir leid, das ist nicht von der Aussagegenehmigung abgedeckt.

Martina Renner (DIE LINKE): Was?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge kann dazu in eingestufte Sitzung im Groben Angaben machen. Sofern sich das allerdings auf eine Aussage beziehen würde, die unter einem Vorbehalt steht, die der ausländische Nachrichtendienst hat, hat er keine Aussagegenehmigung. Ich verweise erst mal auf die eingestufte Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum musste überhaupt SUSLAG informiert werden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Es war doch zu verhindern, dass weiterhin entsprechende Steuerungen diesbezüglich erfolgten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was ist denn das Problem? Sie setzen die Dinger einfach in Ihre Filter da ein, in Ihre Positivlisten und so, dann wird das alles nicht mehr gesteuert. Fertig ist die Laube.

Zeuge D. B.: Ja, das ist das eine, und wenn ich auf der anderen Seite noch verhindern kann, dass das zukünftig weiter erfolgt mit ähnlichen, ist das natürlich noch viel besser.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit ähnlichen?

Zeuge D. B.: Oder das versucht wird, dieselben wieder einzusteuern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn Sie sie sowieso auf eine Positivliste - - Das ist doch das vermeintlich ganz so sichere Prozedere, dass man diese Begriffe nimmt und dann auf diese Positivliste - - und dann werden die immer ausgefiltert. Warum musste man bei den Amerikanern Einfluss auf deren Steuerung nehmen? Kann es sein, dass die Amerikaner selbst steuern, diese Selektoren?

Zeuge D. B.: Die letzte Frage habe ich nicht verstanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass die Amerikaner selbst diese Selektoren steuern, einsteuern?

Zeuge D. B.: In deutschen Erfassungsanlagen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge D. B.: Nein, das kann gar nicht sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich nicht?

Zeuge D. B.: Tatsächlich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann erklären Sie doch mal: Warum musste SUSLAG unbedingt informiert werden? Denn es sind ja ständig - - Nach Ihren Aussagen sind ja ständig Selektoren aufgefallen. Die hat man dann auf diese Positivlisten genommen, und dann wurden die automatisch raussortiert. Warum musste jetzt hier SUSLAG mit all den diplomatischen Verwerfungen, die das bedeutet, informiert werden?

Zeuge D. B.: Also, den einen Grund habe ich Ihnen gesagt: um ähnliche Steuerungen zu vermeiden. Zum anderen - ich sage mal - informiert man natürlich die zuständige Stelle, dass diese Steuerung zukünftig nicht mehr erwünscht sei. Es ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es da vielleicht auch um Selektoren, die nicht lesbar waren, und dass man weitergegeben hat: „Wir wollen, dass ihr bitte keine nicht lesbaren Selektoren mehr einsteuert“? Also gar nicht konkrete Selektoren, sondern eine Art von Selektoren, die der Bundesnachrichtendienst nicht lesen konnte?

Zeuge D. B.: Man hat das weitergegeben, was als kritisch erkannt wurde, und das war lesbar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die nicht lesbaren wurden als nicht kritisch erkannt?

Zeuge D. B.: Zu den nicht lesbaren müsste man jetzt näher ausführen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann mal los.

Zeuge D. B.: Da gibt es - da muss man das Gesamtsystem sehen - einmal als ein Bestandteil des Gesamtsystems die Selektorenprüfung und damit zusammenhängende Vorgänge und als Zweites die Prüfung des ausgehenden Materials.

Zunächst mal die Selektorenprüfung: Die Selektoren werden gerade im IP-Bereich - da haben wir es nur mit nicht lesbaren zu tun - in sogenannten Equations angeliefert. Das heißt, zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

einem Aufklärungsziel gibt es mehrere Selektoren, zum Beispiel eine Telefonnummer, eine E-Mail-Adresse und ein nicht lesbarer Hashwert. Wenn einer dieser Selektoren abgelehnt wird, wird die gesamte Equation nicht aktiv gestellt. Insofern sind die nicht lesbaren auch nicht aktiv gestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir - - Verzeihen Sie, aber wir reden jetzt über Prozedere ab der Prüfung von Dr. T.

Zeuge D. B.: Vor wem?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher war das nicht so?

Zeuge D. B.: Nein, wir reden insgesamt über die Prüfung. Die war immer so oder war so ab 2011. Das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie konnte denn dann, Herr D. B., Dr. T. Tausende von nicht lesbaren Selektoren in den Listen finden?

Zeuge D. B.: Ob das jetzt Tausende waren, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat er, glaube ich, gesagt.

Zeuge D. B.: Ja, mag ja sein. Der Dr. T. hat die Aufspaltung der Equation bekommen. Ich habe ja eben gesagt: Eine Equation enthält mehrere Telekommunikationsmerkmale, davon sehr gut prüfbare und dann die nicht lesbaren. Wird aber eines von einer Equation als abzulehnen - „disapproved“ - gesetzt, kommt kein anderes Selektorelement in die Erfassungsanlage - Punkt eins.

Punkt zwei: Zweiter Teil der systemischen Prüfung ist, dass innerhalb der Erfassungsanlage zu den erfassten Verkehren die IP-Adresse mit erhoben wird, und aufgrund der IP-Address-Ranges, die Deutschland betreffen, werden diese wiederum ausgefiltert, egal ob der Selektor jetzt nun lesbar war oder nicht lesbar; denn die IP-Adresse bleibt lesbar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon immer?

Zeuge D. B.: Schon immer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und trotzdem hat Dr. T. eben Zehntausende Begriffe gefunden, die nicht legitim waren in der Einsteuerung?

Zeuge D. B.: Ich glaube, jetzt gehen Sie auf ein anderes Feld, Herr Abgeordneter. Mit „nicht legitim“ meinen Sie jetzt „nicht lesbar“, oder meinen Sie was anderes?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Dr. T. hat davon gesprochen, dass eben ein ganz erheblicher Teil - - Leider ist ja sein Gutachten verloren gegangen irgendwo, nicht in meinem, sondern in Ihrem Herrschaftsbereich. Deswegen kann man das jetzt gar nicht mehr so gut nachvollziehen. Deswegen muss ich nachfragen. Sonst könnte ich es Ihnen einfach vorlesen. Aber er hat hier als Zeuge ausgesagt, dass ein ganz erheblicher Teil - Tausende, wenn man es runterrechnet, die Gesamtzahl und dann die Prozentzahlen, die er angegeben hat, vielleicht 80 000 - nicht lesbar war. Aber er hat darüber hinaus eben Zehntausende von Begriffen gefunden, die offensichtlich rechtswidrig waren, europäische Partner etc. Leider ist auch diese Liste in der Reinform nicht mehr vorhanden; aber ich glaube, Herr D. B., Sie haben sie gesehen. Und deswegen können Sie jetzt ja mal genau sagen, was eigentlich das Problem mit dieser Liste von Dr. T. war, trotz des grandiosen Filtersystems, was Sie uns gerade beschrieben haben, das ja offensichtlich nicht funktioniert hat.

Zeuge D. B.: Nein, bei den lesbaren und nicht lesbaren hatte ich es Ihnen schon erklärt. Es wurde geprüft im Wesentlichen auf deutsche Grundrechtsträger, und diese Prüfung wurde auch so durchgeführt. Die Selektoren, die Herr Dr. T. als kritisch mir vorgelegt hat und die im Anschluss deaktiviert wurden - die europäischen öffentlichen Stellen -, die sind vorher nicht geprüft worden und sind in diesem Zusammenhang



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht als rechtswidrig, sondern als kritisch erkannt worden und sind so deshalb auch dann deaktiviert worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also deutsche Interessen bis 2013 haben keine Rolle gespielt, sondern nur deutsche Grundrechtsträger?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Damit wäre dann die Runde geschlossen. - Wenn Sie noch mal eben antworten wollen?

Zeuge D. B.: Europäische öffentliche Stellen wurden nicht geprüft und nicht ausgefiltert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das beantwortet nicht meine Frage.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Zeuge, um noch mal zurückzukommen auf die E-Mail, die Ihnen die Kollegin Renner vorhin vorgelegt hat. Das war dieses Art Rechtsgutachten von 2009, was da als Attachment bei der E-Mail vom 07.05.2013 war, wo Sie da sagten: Ach, Sie kannten ja eigentlich das Rechtsgutachten jetzt kaum, die E-Mail auch nicht, „ich war auch überrascht.“ Sie waren da auch nur in cc gesetzt.

Jetzt bin ich so ein bisschen - - Wenn diese Mail gar nicht da an Sie geht, diese ganzen rechtlichen Dinge, dass Sie dann, wenn Sie nur in cc sind, in Kopie mit vielen, vielen anderen, dass Sie jetzt die Initiative im Mai ergreifen und sagen: „Ja, wohl, jetzt müssen wir uns mit der Sache mal genauer beschäftigen“, wie kommt das denn?

Zeuge D. B.: Diese rechtliche Stellungnahme, die da als Anlage dran war, soweit ich das eben gesehen habe, betrifft die ausländischen öffentlichen Stellen nur in einem Satz von insgesamt, glaube ich, drei Seiten, und dieser eine Satz wird auch nicht problematisiert. Also, insofern erkenne ich den ursächlichen Zusammenhang dazwischen nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der ursächliche Zusammenhang ist, dass Sie mir vorhin erzählt haben, Sie beschäftigen sich ja schon im Jahre 2013 ab dem Frühjahr mit einer eventuellen Weisung, und Ausgangspunkt ist die E-Mail vom 7. Mai mit diesem Anhang. Dann geht es erst weiter mit der Weisungsvorbereitungsmail vom 12.08. Und ich wundere mich nur. An Sie geht das cc. Wissen Sie, wir haben - - Der Kollege Flisek hat das ja vorhin sehr anschaulich ausgeführt: Die erste Problematik bei Ihnen, wo das mit der Weisung losgeht, ist der 12.08, und das ist ja nun mal im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit den Prüfsachen von dem Dr. T. und natürlich auch mit Blick auf Juni 13, die Snowden-Enthüllungen. Und wir sehen immer noch nicht - - Sie haben es uns ja auch nicht sagen können. Sie sagten, es gibt kein konkretes Indiz, warum Sie im Mai 13 mit dieser Weisungsproblematik beginnen.

Zeuge D. B.: Also, ich habe nicht ausgesagt, dass diese E-Mail von 2013 der Ausgangspunkt meiner Überlegungen sei, sondern ich habe ausgesagt, ich wisse nicht mehr den genauen Anlass. Ich weiß auch nicht genau, ob es April oder Mai war. Es war im Frühjahr 13, deutlich vor den ersten Snowden-Veröffentlichungen. Und meines Erachtens war dieses Gutachten nicht Auslöser; denn in diesem Rechtsgutachten sind ja mehrere Fälle angesprochen, und es gilt ja auch insgesamt, dass die Juristen der Abteilung sich darüber Gedanken machen, eine diesbezügliche Rechtsklarheit für die Bearbeiter zu schaffen. Insofern musste ich mich in diese Angelegenheit auch nicht einmengen. Also, aus meiner Sicht sind das voneinander unabhängige Vorgänge.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und verschriftlicht ist dann Ihr Vorgang faktisch erst mit der Mail vom 12.08. Alles andere lief bis dato, wie Sie es vorhin beschrieben haben, in einem Jour fixe mündlich, dass Sie sich da mit Ihren Beamten ausgetauscht haben.

Zeuge D. B.: Es liegen zumindest keine Akten vor, die dann jetzt noch in diesem Zusammenhang gefunden wurden. Also, meines Erachtens gab es auch schon E-Mails davor. Die sind aber jetzt nicht mehr da.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber uns quält eben, Herr D. B., einfach das Warum; das hat der Kollege Flisek vorhin schon richtig gesagt. Jetzt haben wir eine Aussage von Ihrem Referatsleiter, dem H. K., wo eben auch die Frage war - - Wir hatten ja schon die Frage: „Wieso die Sonderprüfung bei NSA?“, wo Sie ja sagen, das wissen Sie auch nicht so richtig. Der sagte hier in der Sitzung am 03.12: „manchmal hört der D. B. das Gras wachsen“. Er habe insoweit ein sehr gutes Gespür. - Das kann man ja auch als Kompliment auffassen. Und wie man sieht, war Ihr Gespür ja relativ richtig, in beiden Fällen: mit Blick auf die BND-Selektoren wie auch auf die NSA-Selektoren.

Zeuge D. B.: Bei der Prüfung Anfang 2013 habe ich ja den Grund erklärt: Ich wollte die zweite Übermittlungsform näher analysieren im Vorfeld von zu erwartenden Anfragen und habe dazu konkret beauftragt Kommunikationsdienste und Regionen. Dass dabei Tausende von Selektoren zu europäischen öffentlichen Stellen aufgefallen waren, war ein zufällig erzieltetes Nebenergebnis, das der Dr. T. erzielt hat, mir gemeldet hat und dementsprechend von mir sofort umgesetzt wurde, indem die Deaktivierung veranlasst wurde. Also kein ursächlicher Zusammenhang, kein Gras-wachsen-Hören, sondern Nebenprodukt, Zufallsfund.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na, mit Blick auf die BND-Selektoren? - Das haben Sie ja - - Noch mal: Es muss doch einen Grund gegeben haben für diese Weisung. Ich meine, der Grund, haben Sie jetzt gesagt, klar: Im Herbst kam dann vom Präsidenten diese Sache. - Nur es erscheint halt einfach ein Stück unlogisch - Herr Flisek hat es gesagt -: Sie beschäftigen sich da den ganzen Sommer. Dann kommt der Präsident, und Sie bringen Ihre Sache nicht zum Abschluss. Und Sie sind ja ganz heiß dran an der Sache. Sie haben ja das gewisse Gespür, dass da eventuell was nicht stimmt, und man wartet jetzt nur, wann kommt eventuell die Weisung. Die kommt aber nicht von Ihnen, die kommt dann von dem Präsidenten.

Zeuge D. B.: Also, ich habe mich den ganzen Sommer eher mit Anfragen im Zusammenhang mit Snowden befasst. Sonst wäre wahrscheinlich

die Weisung auch viel früher fertiggestellt worden. Die wurde nämlich zurückgestellt. Es gab - ich wiederhole das noch mal - keinen konkreten Anlass oder einen Missstand, den ich hätte aufgreifen müssen. Dann wären auch sehr viel schneller zumindest Sofortmaßnahmen angewiesen worden. Insofern habe ich das alles erklärt. Und diesen Zusammenhang gibt es so nicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, all die Erklärungen - mir erschließt sich das noch nicht ganz. Aber von daher: Wir haben ja noch eine eingestufte Sitzung, Frau Vorsitzende, und wir würden dann mit unseren Fragen in der eingestuften Sitzung fortfahren.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann gebe ich weiter an Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr D. B., ich möchte gerne noch mal zu dieser Information der NSA in Bezug auf die kritischen Selektoren nachfragen. Wir haben H. K. in seiner Vernehmung in der 81. Sitzung dazu ausführlich gefragt, und er sagt, grundsätzlich für die Kommunikation waren Sie und W. K. zuständig. Ich will Ihnen das auch gerne vorlesen, wenn Sie möchten:

Wer war denn dafür zuständig, mit der NSA solche Dinge zu besprechen?

Zeuge H. K.: Eigentlich im Großen und Ganzen W. K. und D. B.

Ist das richtig?

Zeuge D. B.: Ich nehme an, mit „solche Dinge zu besprechen“, dass er damit meint, dass es sich um einen Punkt von erhöhter Bedeutung handelt und dass deshalb die Unterabteilungsleiter eine geeignete Ebene seien, um dieses den Amerikanern mitzuteilen. Insofern kann ich die Meinung des Herrn H. K. grundsätzlich teilen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann frage ich:

Und wie haben die das gemacht in der Regel? Per E-Mail, per Videoschalt, per Besuch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

H. K. sagt:

Per Besuch normalerweise.

Auch das ist richtig?

Zeuge D. B.: Also, es gibt keine direkte E-Mail-Verbindung dorthin. Es gibt auch keine direkte Videoschleife. Ich habe auch kein Telefon. Insofern war der normale Weg der Besuch, das persönliche Gespräch.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann frage ich:

Besuch ohne protokollarische Niederlegung. Vier-Augen-Gespräch.

Da sagt H. K.:

So, wie ich das sehe, ja.

Ohne Protokoll. Ist das richtig?

Zeuge D. B.: Das kam darauf an. In aller Regel wurden Gespräche durchaus festgehalten.

Martina Renner (DIE LINKE): In einer - -

Zeuge D. B.: Aber ich war zu dem Zeitpunkt nicht in Bad Aibling, und auch die NSA-Vertreter waren zu dem Zeitpunkt nicht in Pullach, also ein persönliches Gespräch hat nicht stattgefunden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann wurden denn die Gespräche mit der NSA protokolliert und wann nicht?

Zeuge D. B.: Es gab gewisse Wochengespräche, die von dem Verbindungselement durchgeführt wurden, und die wurden in aller Regel meines Erachtens protokolliert. Auch Fachgespräche wurden in aller Regel protokolliert.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Verbindungselement? Das klingt jetzt wie irgendwie bei *Star Trek*. Können Sie mir sagen, was ich mir darunter vorstellen muss? Sind das die Borg oder - -

Zeuge D. B.: Es gibt in der Abteilung ein Liaison-Element, das zentral, -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ein Mensch, nicht?

Zeuge D. B.: - ein Mensch; ja, das ist ein Mensch -, ich sage mal, die Verbindungen dorthin so ein bisschen begleitet, zusammenfasst und insofern dann auch die Gespräche - - auch bei solchen Gesprächen dabei ist und protokolliert.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und wer ist das auf BND-Seite, das Element?

Zeuge D. B.: Das Element ist normalerweise im Führungsunterstützungsreferat des Abteilungsstabes. Das ist ein konkreter Mensch oder eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und wer war das damals? Hat der einen Namen, oder musste man ihn morgens in die Steckdose stecken?

(Heiterkeit)

Zeuge D. B.: Zu der damaligen Zeit war das ein Mitarbeiter mit dem Nachnamen M. Ich glaube, A. M.

Martina Renner (DIE LINKE): A. M.

Zeuge D. B.: Aber wichtig ist doch in diesem Zusammenhang: Im August 2013 hat es von mir keinen Besuch in Bad Aibling gegeben, und auch niemand von Bad Aibling war bei mir. Es war so, wie ich gesagt habe: Ich habe R. U. angerufen, beauftragt, ihm die Liste geschickt, und der hat die überbracht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Ich hatte aber ein ganz anderes Thema, nämlich das Thema: Wann werden solche Gespräche protokolliert und wann nicht? Das habe ich auch schon Herrn H. K. gefragt:

Warum hat man solche Besprechungen mit der NSA nicht dokumentiert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und er antwortet mir - das ist Seite 17 -:

Fragen Sie D. B.

Das tue ich jetzt. Warum findet man darüber kein Protokoll? Ein Vorgang, der ja schon echt, ich sage mal, nicht alltäglich ist, dass man zu den Amerikanern geht und sagt: Wir haben da Sachen bei uns gefunden. Eijei, bei uns brennt die Hütte. - Warum finden wir darüber nichts, zu dem Gespräch mit den Amerikanern?

Zeuge D. B.: Da ich das Gespräch ja nicht geführt habe, kann es dazu auch kein Protokoll geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber die Frage, warum es nicht dokumentiert wurde, sagt H. K., soll ich mal mit Ihnen diskutieren: „Fragen Sie D. B.“ Herr D..B. weiß anscheinend, warum es kein Protokoll gibt, auch wenn Sie nicht selbst dabei waren. Also: Warum gibt es kein Protokoll?

Zeuge D. B.: Offensichtlich ist H. K. davon ausgegangen, dass es ein Gespräch gegeben hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist wohl wahr.

Zeuge D. B.: Das Gespräch - muss ich Ihnen aber sagen - hat nicht stattgefunden. Insofern ist H. K. von einer falschen Annahme ausgegangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr H. K. sagt ganz eindeutig, es kann Herr W. K. oder Herr D. B. gewesen sein. Er geht nicht davon aus, dass Sie dort waren. Er lässt es offen. Er kann - - Er sagt, er weiß, dass es so ein Gespräch gegeben hat, aber wer es im Endeffekt war, weiß er auch nicht. Aber er sagt, die Frage, warum es kein Protokoll gibt, habe ich nicht mit W. K. oder D. B. zu diskutieren, sondern mit Ihnen: „Fragen Sie D. B.“

Zeuge D. B.: Also, ich kann Ihnen nur sagen: Meines Erachtens ist die Annahme von H. K. falsch. Und wenn er da verweist, dass ich das wissen müsse, warum es kein Protokoll gebe, geht er davon aus, dass ein Gespräch stattgefunden hat, entweder von W. K. oder von D. B. Meines Erachtens hat es aber auch von W. K. kein solches Gespräch gegeben, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge D. B.: - sondern es hat ein Überbringen von R. U. gegeben, und dazu kann ich jetzt nichts weiter sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Jour-fixe-Gespräche, werden die protokolliert?

Zeuge D. B.: Welche Jour-fixe-Gespräche meinen Sie, bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Allgemein: Werden Jour-fixe-Gespräche protokolliert?

Zeuge D. B.: Also, meine Jour-fixe-Gespräche mit dem Referatsleiter T2D oder mit anderen Referatsleitern sind nie protokolliert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war eigentlich UAL T2D? Ich muss jetzt mal die ganzen Abkürzungen hier wieder sortieren für mich.

Zeuge D. B.: UAL T2 war ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das weiß ich. Aber ich habe Sie gefragt: Wer war UAL - -

Zeuge D. B.: Darunter sind Referatsleiter -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich kann - - Ich habe acht Minuten - ja? Ich möchte wissen, wer UAL T2D war, mit dem Sie - -

Zeuge D. B.: Einen UAL T2D gibt es nicht. Es gibt nur einen Referatsleiter T2D.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann will ich den.

Zeuge D. B.: Der war zu - - Bis Ende Juli 2013 war das ein Herr S. G., und danach war der Dienstposten unbesetzt und ein Sachgebietsleiter hat die Funktion wahrgenommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und mit diesem S. G. haben Sie diese Weisung diskutiert im Frühjahr 2013?

Zeuge D. B.: Jawohl.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und dazu findet sich dann nur eine einzige E-Mail, und der Rest der E-Mails ist verloren gegangen? Habe ich das vorhin richtig verstanden?

Zeuge D. B.: Meines Erachtens müsste es noch E-Mails dazu geben oder damals geflossen sein. Die sind aber wohl nicht aufgehoben worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und die könnten auch bei S. G. sein, also Sie haben mit S. G. geemailt?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß. S. G. ist nicht mehr beim Bundesnachrichtendienst.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber hoffentlich nicht tot oder so?

Zeuge D. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge D. B.: Der hatte natürlich auch ein dienstliches E-Mail-Postfach, und dieses dienstliche E-Mail-Postfach ist auch im Zuge dieser ganzen Nachfragen durchsucht worden, und da waren solche diesbezüglichen E-Mails nicht mehr vorhanden, soweit ich das weiß.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Mist aber auch!)

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann hat man ja diese Weisung mehrfach überarbeitet. Da muss es ja immer wieder einen neuen Entwurf gegeben haben. Wo sind die denn alle abgeblieben. In den E-Mails, die weg sind?

Zeuge D. B.: Zum Teil. Zum Teil hatte ich natürlich die Weisungsentwürfe in einer Gittermappe „Jour fixe T2D“. Die sind natürlich irgendwo-, - wann - - Wie der Weisungsentwurf weitgehend konsolidiert war, sind die Vorläuferexemplare irgendwann mal in den Papierkorb gekommen, also die Ausdrucke, die ich besessen habe.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann wäre die Zeit um.

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage, aber Herr Wolff hat auch noch eine Bemerkung.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Herr Wolff meldet sich, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Nein, nur eine Klarstellung: Da sind ja einige drin. Nicht, dass das jetzt untergeht.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine ist - - Ja, ja, es sind einige drin, aber einige fehlen.

RD Philipp Wolff (BK): Genau, noch im Änderungsmodus.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Welche fehlen, kann man nicht nachvollziehen. Aber der Zeitraum ist relativ überschaubar.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Also, diese Akte ist nicht vollständig. Ich meine, da müssen wir nicht drüber reden. Die ist auch ziemlich zusammengesetzt. Da habe ich ein Auge für, ob eine Akte zusammengesetzt ist. Seit Drilling weiß ich das. Das sind Fundstücke aus dem Haus, die zu einem Vorgang zusammengefügt wurden. Das müssen wir jetzt hier nicht weiter diskutieren. Das ist eine Sache für eine Beratungssitzung.

Ich habe eine abschließende Frage: A. M., das Element.

Zeuge D. B.: Das habe ich jetzt nicht verstanden und nicht zuge-

Martina Renner (DIE LINKE): A. M., war das nicht das Verbindungselement?

Zeuge D. B.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, habe ich mir gemerkt. - Haben Sie A. M. darüber informiert, dass R. U. mit SUSLAG spricht, weil eigentlich wäre der ja zuständig gewesen als Element?

Zeuge D. B.: Über die Zuständigkeit kann man streiten. R. U. ist vor Ort und sollte unmittelbar tätig werden, ist auch von der Hierarchie höher, war für mich der Geeignete.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist denn A. M. überhaupt zu dem Vorgang informiert worden? Der hat ja ansonsten eine direkte Schalte gehabt irgendwie. Oder hat man den da außen vor gelassen, weil man gesagt hat: „Das ist jetzt so heikel - ohne Protokoll unterm Türrahmen; da erfährt auch A. M. nichts“?

Zeuge D. B.: Das kann ich jetzt nicht sagen. Ist mir nicht erinnerlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das habe ich vermutet.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter bei der SPD-Fraktion. Herr Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich würde ganz gerne jetzt noch mal auf die Weisung des BND-Präsidenten zurückkommen am 28.10. Das, was ja da am 28.10. gemacht wurde, das war eine Weisung des Präsidenten - richtig?

Zeuge D. B.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Gab es da im Wesentlichen - - War die mündlich, oder war das - - Wie lief das?

Zeuge D. B.: Mündlich-telefonisch.

Christian Flisek (SPD): Mündlich-telefonisch. Wie geht man damit um, wenn man eine Weisung bekommt mündlich-telefonisch? Der ruft an: Hier ist der Präsident. Folgendes ist jetzt in Bezug auf - - So. Was machen Sie dann? Wie gehen Sie gewöhnlich damit um, wenn Sie eine mündliche Weisung bekommen?

Zeuge D. B.: Man setzt die um.

Christian Flisek (SPD): Notiert man sich das?

Zeuge D. B.: In manchen Fällen ja.

Christian Flisek (SPD): Wie war es in diesem Fall?

Zeuge D. B.: Meines Erachtens ist das nicht dokumentiert worden.

Christian Flisek (SPD): War die so einfach im Endeffekt in ihrem Inhalt?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, da gab es ein Telefonat zwischen Ihnen und dem Präsidenten?

Zeuge D. B.: Ja, ich glaube, der Herr Karl war auch - - Nein. Es war noch ein anderer Mitarbeiter in meinem Büro, und wir beide haben die Weisung empfangen.

Christian Flisek (SPD): „Empfangen“, das klingt so feierlich. Wie muss ich - - Also, das Telefon klingelt - oder? Oder geht die Tür auf, Schindler steht in der Tür? Oder das Telefon klingelt? Jetzt erzählen Sie doch mal.

Zeuge D. B.: Nein, Telefon klingelt.

Christian Flisek (SPD): Telefon klingelt?

Zeuge D. B.: Präsident Schindler ist am Telefon.

Christian Flisek (SPD): Präsident Schindler ist am Telefon. Kommt das häufig vor? Kam das in Ihrer Berufserfahrung in dieser Funktion häufig vor?

Zeuge D. B.: Im Zuge der Snowden-Veröffentlichungen des Öfteren.

Christian Flisek (SPD): Des Öfteren. Also es war nicht das erste Mal, sondern es waren wie viele? Jede Woche einmal oder eher so zwei-, dreimal?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Bei mir vielleicht ein- bis zweimal im Monat.

Christian Flisek (SPD): Und das ist dann auch üblich, dass der Präsident sozusagen den Unterabteilungsleiter anruft, nicht Herrn Pauland?

Zeuge D. B.: Ich kann jetzt zu dem Zeitpunkt nicht sagen, ob Herr Pauland im Dienst war. Ob er sich da - der hatte ja Ende August den Schlaganfall - stundenweise in der - ich sage mal - Wiedereingliederung befand, ist mir nicht mehr erinnerlich.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und dann waren Sie da im Zimmer. Wer war noch in Ihrem Zimmer?

Zeuge D. B.: Der Unterabteilungsleiter W. K.

Christian Flisek (SPD): Der Unterabteilungsleiter W. K. Zufällig? Oder war das eine Ankündigung: „Gleich ruft der Präsident an“, Vorzimmer hat vorher angerufen: „Versammeln Sie sich mit W. K., es kommt eine Weisung“?

Zeuge D. B.: Nein, wir haben uns wohl zu einem anderen Thema getroffen und waren jetzt beide zufällig - jedenfalls nicht bewusst dazu zusammengerufen - in meinem Dienstzimmer.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und dann also ruft Herr Präsident Schindler an, und das haben Sie dann auch nicht auf laut gestellt, das Telefon, oder so, sondern Sie nehmen das dann persönlich nur - -

(RA Johannes Eisenberg:
§ 55!)

- Bitte?

(RA Johannes Eisenberg:
§ 55!)

- Ich verstehe Sie nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
„Auf laut gestellt“, da
müssen Sie ihn vorher

belehren, da muss er nichts sagen!)

- Ich verstehe Sie immer noch nicht, Herr Eisenberg. Die Stenografen verstehen Sie auch nicht.

Zeuge D. B.: Soweit mir erinnerlich, war das Telefon auf laut gestellt.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das heißt, der Herr W. K. hat das dann auch gehört?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und dann? Können Sie mir - jetzt nicht mehr vom Wortlaut, aber sinngemäß - mal sagen, was da der Präsident Ihnen gesagt hat? Sind das so zwei, drei knackige Sätze, so nach dem Motto: „Sie haben ja gehört: Die Bundeskanzlerin hat gesagt: ‚Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.‘ Setzen Sie das um!“? So wie ich Ihnen das gerade mal gesagt habe, wie würden Sie das denn dann umsetzen? Oder war das dann sehr detailreich? Oder hat er angekündigt: „Da kommt noch was. Wir haben uns da mal Überlegungen gemacht, und da kommt was von der Stabsstelle oder vielleicht vom Kanzleramt oder irgendwie“? Was hat er denn da gesagt?

Zeuge D. B.: Also, der genaue Wortlaut ist mir nicht erinnerlich.

Christian Flisek (SPD): Aber so ungefähr sinngemäß.

Zeuge D. B.: Er hat uns gesagt, dass er aus dem Bundeskanzleramt gekommen sei und folgende Weisung mit sofortiger Umsetzung erteilt worden sei: Wir sollen alle Steuerungen bezüglich der Partnerstaaten deaktivieren.

Christian Flisek (SPD): Also, das Bundeskanzleramt hat die Weisung an Herrn Präsident Schindler gegeben, alle Selektoren bezüglich Partnerstaaten nicht mehr zu steuern. Hat man gesagt, was Partnerstaaten sind? Gab es da irgendeine Bezugsgröße?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Meines Erachtens ist EU- und NATO-Staaten explizit genannt worden.

Christian Flisek (SPD): Also explizit dann konkret eventuell EU-Mitglieder, NATO-Mitglieder. Man hat gesagt, uneingeschränkt ist das nicht mehr zu steuern?

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hat man das bezogen auf die Steuerung ausschließlich der BND-eigenen Selektoren, oder hat man gesagt, das bezieht sich ausdrücklich auch auf Selektoren, die mithilfe des BND gesteuert werden im Rahmen einer Kooperation beispielsweise mit der NSA?

Zeuge D. B.: Also, meines Erachtens ist das nicht dezidiert ausgeführt worden. Wir haben das verstanden als Steuerung der BND-eigenen Selektoren.

Christian Flisek (SPD): Das ist aber interessant. Das ist interessant. Das heißt, wir haben nach Snowden im Oktober, Ende Oktober, nach der Äußerung der Bundeskanzlerin, nach offensichtlich einem Besuch des Präsidenten im Bundeskanzleramt, wo er eine Weisung bekommen hat, eine mündliche Weisung unmittelbar an Sie als Unterabteilungsleiter, wo es heißt, keine Selektoren von Partnerstaaten dürfen mehr gesteuert werden, und es hat - so haben Sie es jetzt gesagt - keinerlei Aussage dazu gegeben, auf welche Töpfe sich das bezieht. Und Sie haben es so verstanden, dass sich das ausschließlich auf die BND-eigenen Selektoren bezieht.

Zeuge D. B.: Bis auf den letzten Satz richtig. Wir haben es so verstanden, dass es zunächst und unmittelbar auf unsere eigenen Selektoren anzuwenden sei. Ein Ausschluss oder eine Rückfrage usw. stand meines Erachtens nicht im Raume.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie das gar nicht für erforderlich gehalten, dass man das auf die NSA-Selektoren beziehen könnte?

Zeuge D. B.: Meines Erachtens war es so, dass wir nun zu überlegen hatten: Wie bewerkstelligen

wir das? An wen müssen wir das jetzt weitergeben? Wie machen wir das technisch? - Das war die erste Überlegung.

Christian Flisek (SPD): Noch mal: Sie hatten doch den - - Also, Sie hatten doch einen unglaublichen Wissensvorsprung. Jetzt mal alles unterstellt, Aussageverweigerungsrecht hin oder her: Sie haben doch gewusst, da gibt es auch - - da brennt doch auch die Hütte bei den NSA-Selektoren. Der Präsident hat das ja nicht gewusst.

Zeuge D. B.: Meines Erachtens verstehe ich nicht, wieso die Hütte gebrannt hat, weil die ja im August 2013 schon deaktiviert waren.

Christian Flisek (SPD): Alle.

Zeuge D. B.: Alle.

Christian Flisek (SPD): Die Sie gefunden haben. In dieser Reichweite. Keine Partner.

Zeuge D. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das hätte ich aber dann gerne mal gewusst, wie die Deaktivierung „keine Partner“ systematisch erfolgt sei. Ich habe bisher gehört, dass man da so mal nach Top-Level-Domains gegangen ist und Ähnlichem.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Erst im Mai 2015 hat man doch - -)

- Ja, da kommen wir gleich noch zu.

Zeuge D. B.: Also, zu Einzelheiten kann ich natürlich nur nichtöffentlich aussagen.

Christian Flisek (SPD): Jetzt hat der Präsident diese Weisung erteilt an Sie, weil er eine Weisung aus dem Kanzleramt bekommen hat. Was hat denn der Präsident gesagt? Also, wenn er eine Weisung erteilt, die macht ja nur Sinn, wenn man glaubt, da könnte eventuell vorher was anders gelaufen sein. Wissen Sie, was ich nicht verstehe? Wieso dann erst im März 2015 die ganze



Nur zur dienstlichen Verwendung

Problematik mit dieser Wucht aufgrund der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses angeblich im Kanzleramt und beim Präsidenten auf dem Tisch liegt. Verstehe ich überhaupt nicht. An derthalb Jahre später.

Wissen Sie was? In Passau gibt es einen Landgerichtssaal. Da gibt es Holzbalken, und im Sommer hört man, wie die sich biegen. Ich kriege nichts von dem, was Sie erzählen, zusammen - nichts von dem, aber auch gar nichts. Nicht Ihre Untersuchung im Mai, nicht Ihren Auftrag an Dr. T., nicht das schwarze Loch, warum nichts nach oben gemeldet wurde, die Weisung im Oktober durch den Präsidenten, die klar war, bezogen auf BND-Selektoren, und dann schlägt das Thema BND-Selektoren erst im März 2015 auf den Tisch. Was ist das denn? Wissen Sie: Wenn das so weitergeht, verschwinden wir bald alle in diesem schwarzen Loch, das Sie produzieren. Wieso taucht das Ganze dann erst im März 2015 auf?

Zeuge D. B.: Diese Frage ist mir schon mal gestellt worden.

Christian Flisek (SPD): Die können Sie dann auch noch mal beantworten.

Zeuge D. B.: Gerne. - Einmal sind ja die NSA-Selektoren und dieser Untersuchungsausschuss und die BND-eigenen Selektoren zwei verschiedene Vorgänge, und bis heute waren die BND-eigenen Selektoren auch hier von Aktenvorlage und Aussagegenehmigung ausgenommen

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absurd genug!)

bezüglich der NSA-Selektoren. Warum eine Aktenvorlage der sogenannten Ablehnungsliste im März 2015 erst erfolgt ist, habe ich damals geantwortet, dass ich bezüglich dieser Vorgänge keine Akten vorzulegen hatte, weil es bei mir keine diesbezüglichen gab und ich zuvor auch hier nicht zur Zeugenaussage da war.

Christian Flisek (SPD): Ihnen ist klar, was Sie da gerade sagen - nicht? Ich meine, wir standen alle

mit offenem Mund hier, als im März diese Thematik auf einmal - ich sage es bewusst mal - einschlug und es offensichtlich Ende Oktober eine Weisung gab vom Kanzleramt über den Präsidenten an Sie, Partner nicht mehr zu steuern, was ja bedeutet, dass es vorher gesteuert wurde, in welchem Ausmaß auch immer. Die ganze Thematik, die wir hier haben im Untersuchungsausschuss, mit all den Aufwendungen, die wir hier machen - zeitlich und mittlerweile auch nicht zuletzt aufgrund von Aussagen wie diesen nervlich -, führt dazu, dass ich mir die Frage stelle, wie anderthalb Jahre - - Das müssen Sie mir einfach erklären. Die Antwort, die Sie gerade gegeben haben, erklärt dazu nichts.

Zeuge D. B.: Ich als Zeuge kann hier keine weiteren Aussagen machen.

Christian Flisek (SPD): Es hat der Präsident - -

Zeuge D. B.: Inwieweit Sie -

Christian Flisek (SPD): Hat der Präsident - -

Zeuge D. B.: - mit anderen Mitteln in einer Beratungssitzung weitere Informationen dazu erhalten - -

Christian Flisek (SPD): Hat der Präsident des BND, ausgehend vom Zeitpunkt seiner Weisung bis März 2015, Informationen aus der Abteilung TA bekommen, dass es bei den BND-Selektoren Probleme gab bei der Steuerung, gerade in Bezug auf Partnerstaaten, in welchem Umfang das pasierte? Hat er diese Informationen bekommen?

Zeuge D. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Warum nicht?

Zeuge D. B.: Weil ja keine Probleme erkannt wurden. Ich hatte ja vorhin Ihnen schon erläutert, dass die Steuerung von Partnerstaaten in gewissen Konstellationen von uns als rechtmäßig und auftragskonform betrachtet wurde. Auch das Gutachten von 2009 sagt dasselbe. Insofern bestand ja kein Anlass, den Präsidenten darüber zu informieren, dass da irgendetwas falsch gelaufen sei.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Sie haben aber einen unterschiedlichen Umgang gehabt dann, was die BND-Selektoren und die NSA-Selektoren betrifft. Bei den NSA-Selektoren gab es ja diese Löschung, -

Zeuge D. B.: Deaktivierung.

Christian Flisek (SPD): - und bei den BND-Selektoren gab es keine. - Deaktivierung, ja.

Zeuge D. B.: In beiden Fällen Deaktivierung.

Christian Flisek (SPD): In beiden Fällen Deaktivierung. Auch bei den BND-Selektoren.

Zeuge D. B.: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Das war nichts, was man in irgendeiner Weise als besonderes Vorkommnis irgendwohin hätte melden müssen.

Zeuge D. B.: August 2013, hinlänglich bekannt, zu Ende Oktober 2013. Die Weisung kam ja vom Präsidenten aus dem Bundeskanzleramt. Insofern war ja durch die Abteilung nichts zu melden.

Christian Flisek (SPD): Und bei den BND-Selektoren haben Sie erst Deaktivierungen nach der Weisung vorgenommen.

Zeuge D. B.: Die Masse ja. Im - ich muss jetzt, wenn Sie so konkret fragen - - August 2013 ist aufgrund des von mir veranlassten Weisungsentwurfs - - haben sich ja schon gewisse Eckwerte herauskristallisiert, und diese Eckwerte sind auch schon im August 2013 realisiert worden durch das zuständige Referat T2D. Ich glaube, da müsste auch eine Mail in dem Ordner sein.

Christian Flisek (SPD): Sie haben vor der Weisung BND-Selektoren deaktiviert.

Zeuge D. B.: Genau. Ich hatte ja einen Weisungsentwurf, nicht auf Partnerstaaten begrenzt, sondern insgesamt, und dazu gab es gewisse Eckwerte, und dazu sind schon Deaktivierungen auch schon im August 2013 erfolgt.

Christian Flisek (SPD): Auf Ihre Weisung.

Zeuge D. B.: Auf meine Weisung hin. - Und im November 2013 - Anfang November/Ende Oktober - sind alle Selektoren von Partnerstaaten deaktiviert worden und auch noch verfügt worden, dass auch diesbezügliche Erfassungen nicht mehr zu verwerten seien.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, die Weisung des Präsidenten hat dazu geführt, dass die Art und Weise, wie deaktiviert worden ist, dann verändert wurde. Also Sie haben quasi zusätzlich deaktiviert.

Zeuge D. B.: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann die letzte Frage.

Christian Flisek (SPD): Ich habe noch eine Frage: Ist Ihnen bekannt, wer die Weisung im Kanzleramt an den Präsidenten erteilt hat?

Zeuge D. B.: Genau nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Ungenau? Wer?

Zeuge D. B.: Das muss ja ein Höherer im Kanzleramt gewesen sein. Aber dazu kann ich nichts Genaues sagen.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter an Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache jetzt bei dem Thema weiter, was Sie gerade mit dem Kollegen erörtert haben. Woher wusste denn der Herr Schindler - das war ja der Präsident -, dass es überhaupt Selektoren gab betreffend Partnerländer? Wie kam der auf diese verrückte Idee, dass man so was macht?

Zeuge D. B.: a) Er hat mündlich nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge D. B.: Er hat mündlich nachgefragt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann?

Zeuge D. B.: Im Oktober 2013.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann?

Zeuge D. B.: Wann, weiß ich nicht mehr genau. - Und es gibt ja den in der Akte befindlichen Vorgang, wo dieses auch explizit vom Führungsunterstützungsreferat der Abteilung nach oben gemeldet wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, jetzt kommt es ein bisschen darauf an, wann das gewesen ist. Also der wusste von diesen Selektoren, sagen Sie, vorher. Also bevor er ins Kanzleramt gegangen ist und diese Weisung bekommen hat, hat er davon gewusst. Haben Sie ihn davon informiert?

Zeuge D. B.: Ich hatte ja vorhin schon informiert, dass der Präsident nachgefragt habe, ob solche Selektoren und warum diese gesteuert wären, und dass wir ihm das erläutert haben und gesagt haben, dafür gebe es gute Gründe, in Einzelfällen Institutionen in Krisenländern zu steuern, wenn diese denn einzigartige Informationen über das Krisenland bereitstellen würden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das war jetzt alles in dem ereignisreichen Monat Oktober 2013.

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - War das vor dem 24. Oktober? 24. Oktober ist der Tag „... das geht gar nicht“, also als die Kanzlerin den berühmten Spruch von sich gegeben hat und der im Fernsehen gesendet wurde, als die Ausspähung des Handys der Kanzlerin entdeckt wurde in den Akten oder in den Unterlagen von Snowden.

Zeuge D. B.: Ich kann den genauen Tag im Oktober nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, deshalb gebe ich Ihnen ja diese Stützen. Verstehen Sie? Da ist doch - - Ab dem 24. Oktober spätestens müssen Sie gewusst haben, dass es da einen Vorgang gab von nicht untergeordneter Bedeutung und dass die Kanzlerin sagt: „... das geht gar nicht“. Und jetzt kommt offenbar irgend-einer auf die Idee, zu sagen: Wenn das gar nicht geht, wieso geht das bei uns?

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Kann es einen Tag vorher oder zufällig jetzt - - Oder hat das vielleicht mit diesem Datum was zu tun?

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben Herrn Schindler unterrichtet.

Zeuge D. B.: Entweder habe ich ihn direkt unterrichtet, oder W. K. hat ihn unterrichtet, nachdem er mit mir gesprochen hat. Das weiß ich heute nicht mehr genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also Sie haben kein Gespräch mit Herrn Schindler in Erinnerung, wo Sie ihn darauf hingewiesen haben.

Zeuge D. B.: Ich habe grundsätzlich den Sachverhalt in Erinnerung und dass der an den Präsidenten herangetragen wurde. Ob ich das persönlich war oder über einen Mittelsmann, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich ja auch an das Telefonat erinnert, sogar wer da dabei war. Die andere Information war ja auch nicht ohne Bedeutung, dass Sie jetzt dem Herrn Schindler mitteilen: Wir hören Partnerregierungen, Botschaften und Ähnliches ab.

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht. Es ist ja auch mit der entsprechenden Erklärung und mit dem Rational erklärt worden. Es ist nicht in dem Sinne



Nur zur dienstlichen Verwendung

erklärt worden: Da ist irgendwie - - wir machen irgendwo was Schlimmes.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern da ist erklärt worden: Wir machen das, und wir diskutieren seit einem Vierteljahr oder so was, also seit Mai, darüber - seit einem halben Jahr fast -, wie man damit umgehen soll.

Zeuge D. B.: Der Diskussionsverlauf oder die Länge der Diskussion ist ja unerheblich. Erheblich ist ja: Welche Gründe gibt es für eine Steuerung, und sind die berechtigt - ja oder nein?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und was hat Herr Schindler dazu gesagt?

Zeuge D. B.: Soweit ich mich noch erinnere, fand er das nachvollziehbar, und weiter hat er sich dazu nicht geäußert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Soweit Sie sich erinnern, fand er das nachvollziehbar. Dann müssen Sie ja doch bei ihm gewesen sein.

Zeuge D. B.: Kann mir auch berichtet worden sein, dass er das nachvollziehbar fand. Das weiß ich nicht mehr so genau, Herr Abgeordneter. Tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es dafür einen bestimmten Grund, dass Sie gerade - - Sie waren ja mit diesem Thema mehr oder weniger intensiv seit Mai beschäftigt. Da war dann mal zwischenrein was, und zwischenrein hatte sich ja zwischen Mai und Oktober noch was ereignet, nicht nur, dass Sie die NSA-Selektoren gefunden haben - oder Herr Dr. T. -, sondern auch diese BND-Selektoren. Es war ja auch im August, dass Sie die anderen gefunden haben. War das - - Hatte das da was mit zu tun?

Zeuge D. B.: Ich habe jetzt Ihre Frage nicht verstanden bzw. den Zusammenhang. Was habe ich im August gefunden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im August hat Herr Dr. T. die NSA-Selektoren gefunden und offenbar auch die BND-Selektoren.

Zeuge D. B.: Nein, keine BND-Selektoren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Sind da gar keine gefunden worden?

Zeuge D. B.: Nein. Dr. T. hat NSA-Selektoren untersucht, und mit BND-Selektoren hatte Dr. T. nichts zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge D. B.: Zwei vollkommen unterschiedliche, getrennte Vorgänge.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wann kamen diese BND-Selektoren auf die Bildfläche?

Zeuge D. B.: Die BND-Selektoren waren in Diskussion seit Frühjahr 2013, gingen weiter über den August/September. Die Weisung wurde immer weiter fortgeschrieben, wurde immer besser, war dann weitgehend konsolidiert, und dann - Ende Oktober/Anfang November - kam die Weisung vom Präsidenten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die sind jetzt nicht einer nach dem anderen - oder sagen wir mal, erst einige und dann noch mehr -, sondern die sind zusammen dann zusammengestellt worden oder in einer Datei aufbewahrt worden. Oder wie war das dann? Ich meine, wir haben ja jetzt welche gekriegt zur Kenntnisnahme.

Zeuge D. B.: Welche Selektoren, meinen Sie, sind in einer Datei zusammengestellt worden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): BND-Selektoren, also ausgesonderte BND-Selektoren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Genau. Die ausgesonderten oder deaktivierten BND-Selektoren sind in einen speziellen Bereich der personenbezogenen Datenbank verschoben worden, sodass sie nicht mehr gesteuert werden konnten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von diesen BND-Selektoren wurde Herr Schindler unterrichtet, und er wurde auch - das war irgendwann im Oktober, haben Sie jetzt gesagt - darüber unterrichtet, wieso die da drin sind und was die Rechtsgrundlage - - oder warum die zum Auftrag gehören, also diese Umstände.

Zeuge D. B.: Nein, der Vorgang war ja andersrum. Der Präsident hatte angewiesen, sie seien nicht mehr zu steuern, und die Umsetzung -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein, vorher.

Zeuge D. B.: - in der Abteilung Technische Aufklärung war dann, diese nicht mehr zu steuernden Selektoren in einen speziellen Bereich einer Datenbank zu schieben, dass sie auch nicht mehr gesteuert werden können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich meine ja vorher - vorher. Ich kann die Frage nur wiederholen: Der musste doch, als er ins Kanzleramt ging, um mit wem auch immer da zu sprechen und die Weisung zu bekommen dort, die rauszunehmen, erst mal wissen, dass welche drin sind. Das heißt, Sie haben ja vorher auch schon gesagt, Sie haben ihm das mitgeteilt. Das heißt, da wusste er, dass ein Teil der Selektoren rausgenommen worden ist und ein Teil immer noch drin ist - sonst hätte er ja keine Weisung mehr erteilen müssen -, also dieser kritischen, sage ich mal ganz neutral.

Zeuge D. B.: Also, im Oktober ist er mündlich unterrichtet worden, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge D. B.: - aus welchen Gründen wir in welchen Fällen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge D. B.: - dort steuern. Zum anderen gibt es den in der Akte befindlichen Vorgang, wo darüber schriftlich informiert wurde. Da ist aber noch nichts deaktiviert worden. Das ist erst nach seiner Weisung passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben ja vorher gesagt, ein Teil ist schon vorher deaktiviert worden, weil Sie ja auch schon Einschränkungen vorgenommen haben, nicht so umfassend, wie das nachher kam.

Zeuge D. B.: Das war im August 2013. Das findet sich auch in der Akte, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und jetzt stellt sich natürlich die entscheidende Frage, die Ihnen gerade auch schon mal gestellt worden ist: Als diese Weisung kam: „Raus damit, alle!“ - also all diese schönen Unterschiede, die Sie sich da ausgedacht hatten, gelten nicht, sondern es muss alles raus -, ist Ihnen da nicht siedend heiß eingefallen, dass Sie ja 40 000 - oder wie viele auch immer - NSA-Selektoren ein paar Monate vorher da gefunden haben und dann rausgenommen haben? Haben Sie nicht Herrn Schindler gesagt: „Na ja, die NSA-Selektoren haben wir ja schon rausgenommen. Wenn Sie das so anordnen, dann können wir das jetzt auch mit den BND-Selektoren tun, den östlichen [sic!]“?

Zeuge D. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kamen Sie nicht auf die Idee, die da zu erwähnen? Weil jetzt musste Ihnen doch die Dimension dessen - spätestens jetzt, in dem Augenblick - klarwerden, was Sie seit August, Anfang August, wussten: NSA-Selektoren, die Sie deshalb ja auch rausgenommen haben.

Zeuge D. B.: Nein, nicht mitgeteilt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl sich das Kanzleramt ja offenbar mit diesen so schwierigen Selektoren beschäftigt



Nur zur dienstlichen Verwendung

hatte und gesagt hat: „Alles sofort raus!“, haben Sie nicht - - Oder hatten Sie die Überlegung?

Zeuge D. B.: Ich kann jetzt noch mal Nein sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Dann sagen Sie noch mal Nein.

Eine letzte Frage dazu: Kann es sein, dass Herr Schindler - haben Sie darüber irgendwelche Erkenntnisse? Hat er Ihnen das gesagt oder jemand anders, haben Sie das sonst wo erfahren? - mit dem Wissen: „Da gibt es solche Selektoren“, wie Sie ihm im Oktober erzählt haben, nachdem dann das Handy der Kanzlerin in die Diskussion kam und dessen Abhören und nachdem jetzt plötzlich die Kanzlerin sagt: „... das geht gar nicht“ - - dass das der Grund war, warum er zum Kanzleramt gegangen ist und sich da die Weisung eingefangen hat, sage ich mal so neutral?

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie keine Kenntnisse drüber.

Zeuge D. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch nicht später mit ihm drüber geredet.

Zeuge D. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Dort sind, glaube ich - -

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Vorsitzender, können
wir mal fünf Minuten
Pause haben?)

- Ja, ich gucke mal gerade, ob noch Fragebedarf ist. Vielleicht, wenn Fragebedarf ist, würde ich sagen: Pause. Ist noch Fragebedarf?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Dann machen wir fünf Minuten Pause, und dann geht es in fünf Minuten weiter. - Die Sitzung ist unterbrochen für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
18.08 bis 18.17 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann wird die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fortgeführt.

Wir kommen zu den Fragen der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir bleiben immer noch mal bei der Weisung durch den Präsidenten. Haben Sie so was wie ein Vorzimmer? Muss ich mich anmelden, wenn ich bei Ihnen durchklinge, oder ruft man direkt durch?

Zeuge D. B.: Als UAL T2 hatte ich grundsätzlich eine Vorzimmerkraft.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge D. B.: Wenn ich mich richtig erinnere, ist die - - Ende Juni hat die Mitarbeiterin gekündigt und ist in die Zivilwirtschaft, und dann ist der Dienstposten über längere Zeit nicht nachbesetzt worden, sodass ich im zweiten Halbjahr 2013 keine Telefonvorfilterung hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, Sie wurden überrascht durch den Anruf des Präsidenten?

Zeuge D. B.: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr genau sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Kollege, der im Raum war, Herr -

Zeuge D. B.: W. K.

Martina Renner (DIE LINKE): - W. K., genau - vorhin hatte ich aus Versehen einmal „Herr Karl“ verstanden; deswegen frage ich noch mal -, Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

W. K. war nicht da, weil sich ein Telefonat des Präsidenten ankündigte?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann ruft der Präsident einfach so durch auf gut Glück - vielleicht ist der Kollege noch am Platz - und sagt was? Können Sie sich an den Wortlaut erinnern?

Zeuge D. B.: Nein, ich kann mich nicht an den Wortlaut erinnern. Zum Teil ist es natürlich so, dass das Vorzimmer Präsident erst den Kontakt herstellt, bevor der Präsident dann selber ans Telefon geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war auch in dem Fall so?

Zeuge D. B.: Das weiß ich auch nicht mehr genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Ungefähr den Wortlaut, können Sie den erinnern?

Zeuge D. B.: Nein, nur so weit, wie ich ihn bisher erläutert habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann haben Sie am selben Tag noch reagiert?

Zeuge D. B.: Also, es war am Nachmittag. Ob ich noch am selben Tag die ersten Schritte unternommen habe oder am nächsten Tag früh, weiß ich nicht mehr so genau, aber im unmittelbaren Zusammenhang.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wen haben Sie dann alles über die Weisung informiert?

Zeuge D. B.: Alle meine Referatsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, auch alle Außenstellen?

Zeuge D. B.: Die Außenstellen wurden von Herrn W. K. informiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Der hat das Gespräch gleich mitgehört? Haben Sie auf laut gestellt, oder?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, praktisch. - Und es war wirklich ein Zufall, dass er auch da war?

Zeuge D. B.: Ja. Wir haben natürlich des Öfteren miteinander zu tun gehabt, und insofern war es kein so toller Zufall, dass er nur einmal im Jahr in meinem Büro war oder ich in seinem. Aber zu dem Zeitpunkt hat es sich so ergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, wann Herr W. K. die Außenstellen informiert hat?

Zeuge D. B.: Auch im unmittelbaren Zusammenhang. Soweit mir dann noch gesagt wurde - und ich kann mich noch daran erinnern -, ist er dann irgendwann in Urlaub gegangen. Eine Außenstelle hatte er nicht erreicht, und vor seinem Urlaub hatte er mich gebeten, diese Außenstelle - - dass ich diese anrufe, was ich auch gemacht habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich noch erinnern, welche Außenstelle das war?

Zeuge D. B.: Ja, das war die Außenstelle in Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, die hätte man beinahe vergessen?

Zeuge D. B.: Nein, die hätte man nicht vergessen. Sie ist ja explizit noch genannt worden. Ich habe auch mit dem zuständigen Sachgebietsleiter in Vertretung des Dienststellenleiters konkret gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, die BND-Selektoren wurden dann sowohl in Pullach als auch in den Außenstellen, sofern sie die Weisung des Präsidenten betrafen, deaktiviert?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie Ihren Referatsleiter bzw. hat W. K. den Außenstellenleitern aufgegeben, über die Deaktivierung schriftlich zu berichten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie auch nicht?

Zeuge D. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie einen Überblick bekommen, wann wo vollständig deaktiviert wurde?

Zeuge D. B.: Nein. Was ich sagen kann: Wir haben in dieser personenbezogenen Datenbank ja einen Extrabereich eingerichtet, in den dort verschoben wurde. Darüber habe ich Meldung erhalten, dass dieses passiert sei. Da waren ja auch - ich sage mal - ein paar IT-technische Maßnahmen zu tätigen. Insofern: Daher weiß ich, dass das passiert ist und so auch eine wirksame - ich sage mal - und effiziente Abarbeitung erfolgt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn in einer Außenstelle ein Selektor rausgenommen wird, wird der automatisch auch unter PBDB herausgenommen?

Zeuge D. B.: Der Rollout der PBDB in die Außenstellen, der hatte einen unterschiedlichen Stand. Bei mancher Außenstelle war er schon da. Das heißt, wenn da rausgenommen wurde, konnte man das in der PBDB auch zentral verfolgen bzw. war dann auch in der zentralen Gruppendatei der Gesperreten. Aber nicht alle Außenstellen waren, soweit ich weiß, zu diesem Zeitpunkt an die PBDB angeschlossen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es auch Außenstellen, bei denen das noch sehr viel - - einige Zeit in Anspruch genommen hat, bis diese BND-Selektoren, die der Präsident gemeint hat, deaktiviert waren?

Zeuge D. B.: Das kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht. - Wie konnte - - Andersherum: Wir haben hier gehört von Zeugen, dass die Sachbearbeiter eigenständig Selektoren entwickeln können und dass es daher auch sein kann - die werden vom Gruppenleiter abgezeichnet, und dann war es das -,

dass in den Außenstellen unterschiedliche Selektoren laufen. Ist das richtig?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Was ist denn den Außenstellen gesagt worden, um welche Selektoren es geht? Wissen Sie das noch?

Zeuge D. B.: Ja, es ging ja um die Institutionen von Partnerstaaten der EU und der NATO.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn jetzt eine Außenstelle - ich sage mal - das nicht umsetzt, wird das bemerkt?

Zeuge D. B.: Im Grundsatz gehen ja Meldungen der Außenstelle über die Zentrale, und dort wäre es bemerkt worden. Also insofern: Ich sage mal, wenn man etwas verwerten will, muss es über die Zentrale. In der Zentrale ist diese zentrale Datei auch da und auch das Wissen darum. Also, insofern ist das grundsätzlich sichergestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Grundsatz gehen die Meldungen an die Zentrale; aber im Spezialfall gehen Meldungen auch von der Außenstelle direkt zu einem Kunden?

Zeuge D. B.: In Ausnahmefällen bestimmt, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. Und würde es dann bemerkt werden, wenn dort weiter kritische BND-Selektoren Meldungen produzieren?

Zeuge D. B.: Dadurch, dass die Meldungen auch im zuständigen Bereich in der Zentrale, zumindest auch, wenn direkt gemeldet wird, lesend da ist, würde es auch bemerkt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Die werden alle gelesen, alle Meldungen?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Jede einzelne? - Bei den Equations, die Sie vorhin nannten, haben Sie ja ausgeführt, dass man die unleserlichen Teile der Equations, also die TKM-Hashwerte,



Nur zur dienstlichen Verwendung

usw., die man nicht deuten kann, aussondern konnte in dem Moment, wo eine E-Mail oder Telefonnummer damit verbunden war, die man lesen konnte. Gibt es denn auch Equations, die nur aus unverständlichen TKMs bestehen?

Zeuge D. B.: Ich wiederhole noch mal von meiner letzten Vernehmung: Soweit mir bekannt, nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn TKMs ohne Equation?

Zeuge D. B.: Soweit mir bekannt, nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Gilt das für den gesamten Zeitraum, die Antwort, oder nur für 2013?

Zeuge D. B.: Soweit mir bekannt, gilt das für den gesamten Zeitraum.

Martina Renner (DIE LINKE): Gilt das auch für die BND-Selektoren?

Zeuge D. B.: Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht. Der BND steuert für ihn unlesbare Selektoren? Nein, tut er nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben gelernt, dass man im Zusammenhang der Erfassung natürlich auf weitere TKMs stoßen kann, die zu einem Ziel gehören, und die dann steuert. Ist man wirklich heute angesichts auch der Möglichkeiten, zum Beispiel Einsatz von Anonymisierern usw., in der Lage, sämtliche TKMs zu lesen?

Zeuge D. B.: Ja, die Steuerung muss ja aufgrund eines Kriteriums erfolgen. Also, wenn ich aufgrund eines Kriteriums etwas steuere und dadurch ein Resultat bekomme, kann ich es auch natürlich lesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es kann ja sein, dass ein TKM ein Resultat hervorruft, ohne dass ich genau weiß, was es ist.

Zeuge D. B.: Dann unterziehe ich es einer weiteren Analyse.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Das heißt, bei den BND-Selektoren, können Sie sagen, gibt es keinen einzigen Selektor, der nicht eindeutig zugeordnet werden kann, welche Kommunikationsart er betrifft, welches Land er betrifft und Ähnliches.

Zeuge D. B.: Ich muss ja meine eigenen Steuerungen lesen und verstehen können. Sonst kann ich es ja nicht steuern.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Da sagen Sie: 100 Prozent. 100 Prozent, was da läuft, verstehen wir.

Zeuge D. B.: Was wir steuern, verstehen wir; ansonsten würden wir das ja nicht steuern.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den NSA-Selektoren war es ja so, dass man diese Prüfung nur für den Bereich der Selektoren vorgenommen hat, die man glasklar versteht, nämlich E-Mails, Telefonnummern und Faxnummern.

Zeuge D. B.: Soweit Herr Dr. T. ja gesagt hat, hat er fast die Gesamtmenge, alles, zuordnen können. Es verblieb ein kleiner Rest im Promillebereich, den er letztendlich keiner letztendlichen Klärung zuführen konnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber er hat ja nicht alle TKMs angeguckt. Er hat ja nur einen Teil der TKMs angeguckt.

Zeuge D. B.: Wieso hat er nur einen Teil angeguckt?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil er nur 8 Millionen bekommen hat!)

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat ja nicht alle bekommen.

Zeuge D. B.: Warum hat er nicht alle bekommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat ja nur die bekommen, die er verstehen kann, die Telefonnummern, die Faxnummern und die E-Mail-Adressen.

Zeuge D. B.: Nein, das handelt sich um ein großes Missverständnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Aha.

Zeuge D. B.: Die, die er bekommen hat, umfassten die zu diesem Zeitpunkt aktiven und inaktiven IP-Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): IP-Selektoren?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Komplet?

Zeuge D. B.: Tutto completo.

Martina Renner (DIE LINKE): 8 Millionen?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat uns erzählt, es gab einen Anteil, der keinem Land zugeordnet werden konnte, es gab einen Anteil, wo man noch nicht mal wusste, was das für ein Selektor ist.

Zeuge D. B.: Ja, das war - - Es gibt einen gewissen Prozentsatz. Den kann man aufgrund des Selektors keinem Land zuordnen, und die, die er nicht einem Kommunikationsdienst zuordnen konnte - das habe ich eben schon gesagt -, das war im Promillebereich. Den Rest hat er alles bis Ende des Monats in Kärnerarbeit und mit viel Intelligenz klären können.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, diese NSA-Selektorenliste, die wir nicht bekommen und die wir in Karlsruhe beklagen, umfasst alle möglichen Arten von TKMs. Das müssen ja an die 20 verschiedene Sorten von TKMs sein.

Zeuge D. B.: Ich weiß jetzt nicht, was Sie in Karlsruhe erklagen. Wenn Sie die Gesamtliste aller Steuerungen erklagen, dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, die Ablehnungsliste.

Zeuge D. B.: Die Ablehnungsliste beinhaltet das, was abgelehnt wurde, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Das heißt - -

Zeuge D. B.: - und auch natürlich auch alle möglichen Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ganz verschiedene Arten von Selektoren, jenseits von E-Mail, Telefonnummern, Faxnummern?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): IMEI, IMSI, Gerätekennung und Ähnliches. Und das hat Herr Graulich verstanden?

Zeuge D. B.: Dem Herrn Graulich wurde ja zugearbeitet. Immer, wenn er was nicht verstanden hat, wurde es ihm erklärt.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie so einen Selektor zuordnen, wenn es zum Beispiel eine IMEI-Adresse ist?

Zeuge D. B.: Eine E-Mail-Adresse ist trivial. Das kann selbst ich.

Martina Renner (DIE LINKE): IMEI.

Zeuge D. B.: Eine IMEI kann ich auch grundsätzlich beurteilen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo wird es schwieriger?

Zeuge D. B.: Ja, wahrscheinlich bei Messenger-Diensten. Damit hatte auch der Dr. T. seine Schwierigkeiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hoch ist denn der Anteil der Kommunikationsmerkmale aus Messenger-Diensten heute - nein, „heute“ darf ich nicht fragen -, 2013 bei den eingesetzten Selektoren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist der niedrig oder wachsend?

RD Philipp Wolff (BK): Da würde ich auch auf die eingestufte Sitzung verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Eingestufte Sitzung? Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir dann erst mal - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich habe noch eine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Die NSA-Selektoren sind in Equations verbunden und die BND-Selektoren auch?

Zeuge D. B.: Entschuldigung, bei den BND-Selektoren sprechen wir nicht von Equations. Es ist aber so, dass in der personenbezogenen Datenbank zu einem Aufklärungsziel auch mehrere Selektoren unterschiedlicher Art aufgeführt sind.

RD Philipp Wolff (BK): Auch da bitte ich, zu Einzelheiten in eingestufter Sitzung auszuführen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut, dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): In öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe in der Zwischenzeit ein bisschen gerechnet, und dabei ist mir Folgendes aufgefallen: Sie sagen ja - das ist so die Grundthese, die offenbar von der Bundesregierung uns jetzt auch nahegebracht werden soll mit den Unterlagen,

die wir am Montag bekommen haben -: Das ist ein Vorgang - also, diese Festlegung, wie geht man mit Partnerländern um -, der hat gar nichts mit NSA und Snowden und so was alles zu tun, sondern das sind ein paar grundsätzliche Überlegungen, die man schon länger angestellt hat. - Sie haben ja auch gesagt, das war schon im Frühling oder so. 7. Mai ist eigentlich schon nicht mehr Frühling, schon fast Sommer. Jetzt habe ich mir das mal genau angeguckt. Sie sagen dann: Wir haben auch nicht dauernd daran arbeiten können, weil wir ja auch andere, viele Aufgaben hatten, viele Nachfragen und so.

Wenn man sich die Zahlen jetzt mal anguckt: Vor Snowden gab es eine einzige ganz kurze E-Mail von wenigen Zeilen vom 7. Mai, und dann passierte danach - - Da hat man dann so eine Unterlage aus dem Jahr 2009 beigezogen oder hinzugefügt, wo es dann rechtliche Erwägungen gibt, also wie das Ganze zu beurteilen ist, und dann passierte nichts. Im ganzen Mai passierte nichts, im ganzen Juni passierte nichts, im ganzen Juli passierte nichts, also jedenfalls nach unseren Unterlagen. Ich kann ja nur hier vorgehen, wie ich das hier habe. Also, drei Monate passierte erst mal gar nichts. Und dann zufällig, gerade zu dem Zeitpunkt, wo Sie sich mit den NSA-Selektoren beschäftigt haben, nämlich Anfang August - 12. August -, setzen dann plötzlich heftig die Überlegungen, die ja eigentlich - sagen Sie - schon lange im Frühjahr irgendwann angefangen haben aus ganz anderem Grunde und so, setzen ganz vehement ein, und da geht es Schlag auf Schlag. Dann sind neun Schreiben dazu mit immer neuen Vorschlägen usw. zu der ganzen Problematik, am 12.08., am 14.08., am 27.08., am 28.08., am 03.09., am 04.09., am 09.09., am 13.09. und am 23.09. Da hatten Sie plötzlich Zeit, oder wie? Also, da hat Snowden nicht so gestört, und da konnten Sie sich Schlag auf Schlag damit auseinandersetzen, und danach gibt es dann nur noch diesen Termin. Offenbar waren Sie sich da schon weitgehend einig. Sie haben ja gesagt, danach haben Sie dann im Oktober - Sie wissen nicht mehr, wann, aber offenbar vor dem 24. Oktober - irgendwann Herrn Schindler unterrichtet, also den Präsidenten, und dann kommt nur noch diese Weisung, die Sie dann am - - Das Schreiben



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist vom 29., aber die Weisung war wahrscheinlich am 28.10.

Wollen Sie immer noch sagen, das Ganze hatte nichts zu tun mit den NSA-Selektoren und der Problematik? Wir kennen die ja noch nicht im Einzelnen. Ich hoffe, irgendwann wird uns eine höhere Macht dabei helfen, dass wir das auch lesen können. In dieser ganzen Zeit haben Sie - - Also, während der ganzen Monate haben Sie da nicht - - und da plötzlich kümmern Sie sich Schlag auf Schlag. Mehrere Leute sind daran beteiligt, die da alle möglichen Papiere erarbeiten und raus- und reinnehmen und so. Wollen Sie das wirklich aufrechterhalten, dass das überhaupt nichts mit den NSA-Selektoren zu tun hat?

Zeuge D. B.: Ja, das will ich. Ich glaube, dass - - oder ich weiß, dass auch erhebliche Aktivitäten bezüglich der Weisungsentwürfe tatsächlich im Frühjahr gelaufen sind. Die sind allerdings nicht in den Akten dokumentiert. Ich gehe davon aus, dass die ersten Weisungsentwürfe, die ja dann überholt waren, auch von den entsprechenden Leuten alle im Laufe der Zeit gelöscht wurden, und sie stehen halt jetzt nicht mehr zur Verfügung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. So leicht kommen Sie da nicht von weg. Dieses erste Schreiben vom 7. Mai, das liest sich wirklich wie ein Anfangsschreiben einer Operation oder Klärung, oder wie auch immer, weil das fängt an mit: „Sehr geehrter Herr ...“ - und so -, „einen hab ich noch!“, was auch immer das heißt. „Wie bereits telefonisch angesprochen“. Dann geht's los: „Seit dem ANSO-Skandal herrschen teilweise Unklarheiten [sic!] hinsichtlich“ usw. Das liest sich doch wie ein Anfang. Und dann kommt der Vorschlag: Sollte man das mal nicht weiter klären? - Hinten mit zwei kleinen Absätzen, wo schon Vorschläge dazu angedeutet sind, und dann kommen diese rechtlichen Ausführungen aus dem Jahre 2009, also lange zurückliegend.

Sagen Sie immer noch, Sie waren im ganzen Frühling schon damit befasst, und die Sachen sind nun zufällig nicht mehr da; die sind irgendwie abhandengekommen? Verstehen Sie? Dieses

Schreiben sieht so aus, als wenn Sie hier jemand darauf hinweist: Da gibt es eine Unsicherheit, und das hat auch einen Grund: dieser Skandal. Da sollten wir doch vielleicht mal eine Klärung herbeiführen. - Aber das ist nicht ein Schreiben, was sagt: wie wir schon zigmal besprochen und Papiere getauscht haben. - Immer noch so?

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht halte ich an meiner Aussage fest, dass das für mich kein Ausgangspunkt war, dass ich ja auch mit dem Referatsleiter T2D das besprochen habe. Der Referatsleiter T2D hat da auch aus seiner Sicht keinen Weisungsbedarf gesehen. Eher ich habe den gesehen. Hier schreibt ein Herr F., mit dem ich dazu gar nicht konkret im Austausch stand. Also, das sind tatsächlich voneinander unabhängige Vorgänge, die aus meiner Sicht - - sind die in den Akten nicht dokumentiert, haben aber durchaus stattgefunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die vorherigen?

Zeuge D. B.: Ja, die im Frühjahr, die ersten Weisungen, die immer weiter verfeinert wurden, zunächst zwischen dem Referat und mir. Bevor der erste Jurist eingeschaltet wurde, gab es mehrere Stadien, mal mit Tabelle im Anhang, mal ohne Tabelle im Anhang. Also, das ist über die Zeit gewachsen. Da gibt es mehrere Vorläuferexemplare, an die ich mich im Grundsatz gedanklich erinnere, die davor gelaufen sind, die aber nicht in den Akten sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also keiner, nichts da, nichts vorne, hinten?

Zeuge D. B.: Es tut mir leid. Ich hätte sie gerne da drin, um das auch gegenüber Ihnen noch deutlicher zu machen. Ich kann ja jetzt hier nur sagen, was ich weiß.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge D. B.: Dass es nicht dokumentiert ist, tut mir auch leid.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mir auch. - A. F., haben Sie da eine Vorstellung, wer das sein könnte? Ich will jetzt den Namen gar nicht wissen, sondern den kriegen wir ja dann raus. Aber könnten Sie den orten?

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da könnten Sie Bescheid sagen, und dann steht er uns auch mal zur Verfügung? Ich weiß es nicht. Oder ist das ein ganz Schlimmer?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der mit den Mails
verschwunden?)

RD Philipp Wolff (BK): A. F. war, soweit ich mich erinnere, hier auch schon als Zeuge letztes Jahr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): A. F.? Also, bei den Buchstaben kommt man ja durcheinander. Da muss man mal im Alphabet gucken.

Selbst wenn er schon hier war, dann können wir ihn ja auch noch mal holen. Jedenfalls lagen uns diese Dokumente, die wir erst seit Montag haben, da noch nicht vor. Auch dieses Schreiben und der ganze Vorgang, dazu haben wir ihn mit Sicherheit nicht befragt. Das hätte ich in Erinnerung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da haben wir gestern auch in der Obleuterunde drüber geredet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich noch mal ganz kurz anknüpfen darf: Wann sind denn diese Mails gelöscht worden eigentlich?

Zeuge D. B.: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber das wäre hochinteressant; denn es gibt ein Löschmoratorium. Danach ist es unter-

sagt, untersuchungsbezügliche - - untersuchungsgegenstandsbezügliche Akten zu löschen. Das wäre nicht das erste Mal, dass hier relevante Akten und E-Mails verschwunden sind; aber es wäre eine Vertiefung des Enttäuschungsschadens, der hier entsteht. Meiner Ansicht nach ist das auch - - Wie ist das eigentlich? Was passiert denn, wenn die Behörde gegen das Löschmoratorium verstößt? Was macht denn dann die Rechtsaufsicht? Nimmt die das zur Kenntnis? Werden die Leute befördert, oder was?

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

- Ja, das habe ich mir gedacht. Also, Herr Wolff, können Sie denn wenigstens bestätigen, dass diese Mails gelöscht wurden, an die sich der Zeuge D. B. so intensiv erinnern kann, die sozusagen seine hanebüchene Geschichte belegen sollen?

RD Philipp Wolff (BK): Also, es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass diese Mails nach Erlass des Löschmatoriums irgendwie gelöscht worden sind. Das sind Mails, die schon weit vorher geschrieben wurden. Das kann auch durchaus - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weit vorher?

RD Philipp Wolff (BK): Ja, wenn er sagt „aus dem Frühjahr“, dann ist das wahrscheinlich ein Jahr vorher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die werden einfach gelöscht im Bundesnachrichtendienst? Da löscht man Mails?

RD Philipp Wolff (BK): Natürlich kann man auch Mails löschen. Damit sind wir wieder beim selben Problem wie vorhin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass nun ausgerechnet - -

RD Philipp Wolff (BK): Das werden Sie auch machen, Herr von Notz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Hunderttausende von Seiten Akten mit lauter E-Mails über den belanglosesten Kram, und ausgerechnet zum Stützen der hanebüchernen Geschichte des Zeugen D. B., diese E-Mails, die sind nicht da.

RD Philipp Wolff (BK): Wissen Sie was? Ich hätte die E-Mails wahrscheinlich liebend gern. Ich glaube, der Zeuge auch. Sie würden ja seine These stützen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wer ist denn dann der Bösewicht, Herr Wolff, wenn Sie es nicht sind?

(Heiterkeit)

RD Philipp Wolff (BK): Es ehrt Sie sehr, dass Sie mich als solchen auch noch nicht identifiziert haben, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Sie als solchen eben nicht - -

RD Philipp Wolff (BK): Genau. Das meine ich ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Aber es gibt verschiedene Gründe, warum das meines Erachtens eben nicht so ist, wie Sie sagen. Zum einen würde der Zeuge sie wahrscheinlich sehr gerne präsentieren. Zum anderen wird sehr vielen Mitarbeitern auch zu Beginn des Untersuchungsausschusses nicht unbedingt die Relevanz der BND-eigenen Erfassung - jetzt sind wir wieder bei der Differenzierung - bewusst gewesen sein. Auch da müsste man prüfen, wenn es überhaupt in dem Zeitraum gelöscht worden ist, ob es ein Verstoß gegen das Löschmoratorium gewesen war. Dann müsste man sich überlegen: Welchen Horizont hatten die damals? - Also, das ist jetzt nicht so eindeutig, wie es dargestellt wird, dass das erkennbar ein katastrophaler vorsätzlicher Verstoß gegen das Löschmoratorium ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber im Raum steht es, Herr Wolff,

und es ist eben kein Zufall, dass ausgerechnet jetzt diese hochinteressanten Mails, die zu der Unterstützung dieser maximal unwahrscheinlichen Geschichte des Zeugen D. B. herangezogen werden könnten, fehlen. Ich will das noch mal sagen, weil ich mir ja denken kann, warum wir diese Akte inzwischen bekommen haben. Das darf man vielleicht der Öffentlichkeit auch mal sagen.

Das sind alles E-Mails, die waren verbunden mit den Selektoren, die wir im Bundeskanzleramt anschauen durften. Das war also Streng Geheim. Das durfte noch nicht mal in die Geheimschutzstelle kommen. Jetzt am Montag haben wir es bekommen. Und ich kann mir den Hintergrund schon denken.

Und ich sagen Ihnen: Solange diese Dinge nicht vollständig sind, ist die Motivlage zur Herausgabe dieser Akten - - Damit mit wird man nirgendwohin kommen. Entweder man legt hier eine komplette Geschichte vor, man legt einen kompletten Aktensachverhalt dar, oder man legt so eine zusammengewürfelte Akte, bei der ausgerechnet die E-Mail aus dem April - - Die ist noch da. Die ist noch da! Aber sozusagen bis zum 12.08. fehlt gänzlich alles. Und es ist völlig ersichtlich, wenn man das liest, dass es da massenhaft Kommunikation drüber gegeben haben muss, über den Vorgang.

Und wenn Sie glauben, man kann mit der Herausgabe dieser paar zusammengewürfelten Mails diesen Sachverhalt plattmachen, da täuschen Sie sich gewaltig. Das kann man nicht. Da werden wir sozusagen Beweisanträge stellen müssen, eventuell den Untersuchungsausschuss erweitern müssen, weil nämlich genau diese hanebüchene Geschichte, die Herr D. B. uns versucht hier zu verklickern, dass die BND-Selektoren-Prüfung und die NSA-Selektoren-Prüfung zwei gänzlich unterschiedliche Sachverhalte sind, kann man hiermit nicht belegen, genauso wenig wie man das mit Ihrer Zeugenaussage hier belegen kann. Das ist alles unwahrscheinlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt ist die Zeit aber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt monologisiere ich schon wie Flisek.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, jetzt ist die Zeit aber abgelaufen, und Herr Flisek hat die Chance, jetzt da einzusteigen. Wir kommen nämlich jetzt zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): In der öffentlichen Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke. - Ich würde gerne wissen, weil wir uns ja auch gegebenenfalls dazu weiter verständigen müssen mit Anträgen: Wann ist denn S. G. ausgeschieden?

Zeuge D. B.: Soweit ich mich noch erinnern kann, Ende Juli 2013 hat er den BND verlassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ende Juni oder Juli?

Zeuge D. B.: Juli.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Überraschend?

Zeuge D. B.: Nein. Das war ein Zeitverwender der Bundeswehr, der zur Bundeswehr zurückgekehrt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): So eine Art Abordnung.

Zeuge D. B.: Zeitverwender werden für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zum BND abgeordnet oder versetzt.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist nicht mehr
Untersuchungsgegenstand!)

Martina Renner (DIE LINKE): S. G. ist ein Zeuge, und dann kann man schon fragen, wo er ist.

(RA Johannes Eisenberg:
Man muss doch jetzt nicht
beamtenrechtlich
examinieren!)

- Ach, Herr Eisenberg. Super. Gut, dass Sie gedient haben. Sie kennen sich da anscheinend aus.

Ich würde gerne wissen: SUSLAG bekommt ja auch Daten - oder?

Zeuge D. B.: Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist auch nicht - -

Zeuge D. B.: Welche Daten soll SUSLAG bekommen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist meine Frage. Wenn Sie mir die beantworten würden, wäre schön.

Zeuge D. B.: Also nach meinem Wissen gehen Daten über SUSLAG an die Organisation in den USA. Der direkte Empfänger SUSLAG - nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann sagen wir: Welche Daten gehen über SUSLAG an einen weiteren Empfänger in den USA?

Zeuge D. B.: Da bin ich der falsche Zeuge. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sagen Sie es mir ungenau.

Zeuge D. B.: Ich muss hier nicht spekulieren. Ich weiß nicht, auf welcher Leitung da welche Daten wohin gehen. Da müssten Sie andere Zeugen benennen. Da weiß ich nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie waren auch schon mal in der Keksdose?

Zeuge D. B.: Wo war ich, bitte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In der Keksdose, Blechdose. Keksdose, Blechdose, in dem fensterlosen Gebäude mit dem hohen Stacheldrahtzaun drum herum, Bad Aibling.

Zeuge D. B.: In Bad Aibling, da war ich schon mal, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Häufig?

Zeuge D. B.: Nein. Einige wenige Male.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie würden abschließend sagen hier, Sie wissen nicht, welche Daten über SUSLAG in die USA gehen, die vom BND stammen?

Zeuge D. B.: Ich weiß nicht, welche Daten direkt an die USA gehen, welche über SUSLAG gehen, welche über welche Leitung gehen. Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich es nicht weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich will auch nicht wissen, über welche Leitungen die gehen. Ich will jetzt erst mal ganz allgemein wissen: Was wissen Sie darüber, welche Daten vom BND in SUSLAG anlanden? Ob die dann noch weiterverschifft werden, interessiert mich jetzt gerade nicht. BND - SUSLAG, welche Daten gehen dorthin?

Zeuge D. B.: Grundsätzlich gehen an die US-Seite Metadaten und Inhaltsdaten, die vorher anhand des Selektionsprofils ausgesteuert werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus welchen Erfassungen?

Zeuge D. B.: Aus Satellitenerfassungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur Mut! Kabel!)

- Kabel?

Zeuge D. B.: Kabel, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Kabel, nein. Nur Satellit.

(Zuruf: Jetzt muss er aber antworten!)

Das würde ich gerne wissen. Auch Kabel - ja, nein?

Zeuge D. B.: Soweit ich weiß, nein.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er weiß es nicht genau! - RA Johannes Eisenberg: Hat er schon gesagt!)

- Ich würde mich gern mal mit dem Herrn Wolff beraten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich glaube auch, das wird gerade notwendig.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge D. B.: Also, Beratung mit Herrn Wolff ergab: nicht untersuchungsgegenständlich, kann aber kurz in nichtöffentlicher Sitzung erwähnt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Weswegen soll das nicht untersuchungsgegenständlich sein? - Also, das geht jetzt nicht auf die Zeit.

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben schon über verschiedene Erfassungsarten diskutiert und haben das auch schon wiederholt sowohl öffentlich als auch nichtöffentlich gemacht. Und um diese Arten geht es, und das kann man noch mal ganz kurz darlegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Daten, die an SUSLAG gehen und Metadaten sind, stammen alle vom Satellit?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Daten, die an SUSLAG gehen und sozusagen Inhaltsdaten



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind nach Selektoreneinsatz, stammen alle vom Satellit?

Zeuge D. B.: Die an die US-Seite gehen, stammen alle aus Satellit.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Selektoren, die dabei eingesetzt werden, sind ausschließlich NSA-Selektoren?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese Daten kommen dorthin aus Pullach?

Zeuge D. B.: Die Wege von/über - - Deshalb habe ich gesagt: *die* US-Seite. - Über welchen Weg und über welchen Zwischenweg das geht, dazu habe ich keine Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gibt es auch einen Weg zurück? Kommt aus SUSLAG auch etwas zum BND?

Zeuge D. B.: Grundsätzlich kommen von der US-Seite natürlich die Selektoren für Bad Aibling. Aber das ist es im Grundsatz an Daten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und außerhalb des Grundsatzes?

Zeuge D. B.: Also im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes kann ich Ihnen hier nichts weiter sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir untersuchen hier die Kooperation mit den Five Eyes. Ich habe bis jetzt angenommen, dass in der Blechdose ein Five Eyes sitzt, und deswegen, glaube ich, können wir darüber reden, wenn dort Daten hin und her flutschen.

Zeuge D. B.: Ja, aber ich weiß ja nicht, welche Daten zu SUSLAG genau gehen und welche nicht, sondern ich weiß nur, was grundsätzlich an die US-Seite geht und grundsätzlich kommt für Bad Aibling. Das habe ich Ihnen gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Ich habe jetzt gefragt: Was kommt von der US-Seite, außer Selektoren?

Zeuge D. B.: Da muss ich noch mal mit dem Herrn Wolff sprechen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wunderbar.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge D. B.: Darf ich nur in eingestufte Sitzung sagen.

RD Philipp Wolff (BK): Kann er was sagen. Habe ich auch Zweifel, ob es untersuchungsgegenständlich ist. Können Sie sich in eingestufte Sitzung ein eigenes Bild machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf was berufen Sie sich dabei?

RD Philipp Wolff (BK): Weil es hier mitnichten um Massendaten geht, sondern um etwas sehr Eingeschränktes.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie sieht es aus mit Rohnachrichten, die an ANDs von Außenstellen gehen?

Zeuge D. B.: Nicht an die Five Eyes, nicht untersuchungsgegenständlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Nicht an die Five Eyes.

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten hier Operationen, bei denen die Daten in einer anderen Außenstelle als Bad Aibling bearbeitet wurden und an Five Eyes gingen. Deswegen wundere ich mich, dass Sie das so generell ausschließen. Also, wissen Sie das, oder vermuten Sie das? Wir haben hier zu einer Außenstelle gesprochen, die auch mit der Kooperation was zu tun hatte.

Zeuge D. B.: Ich glaube, ich weiß, was Sie meinen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja? Das ist schön.

Zeuge D. B.: Dazu müsste man aber auch nur in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil? Jetzt hätte ich gerne wieder den Grund. Das vernachlässigen wir manchmal, nachzufragen, weil wir irgendwann so frustriert sind.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Es ist grundsätzlich dem Ausschuss schon bekannt. Aber ich habe es jetzt so verstanden, es sollte jetzt nicht um die Operation gehen, sondern um den Ausschluss von anderen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

RD Philipp Wolff (BK): Und ich glaube, da hat der Zeuge positiv gesagt, dass es nichts anderes gibt. So habe ich ihn verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den NSA-Selektoren, wie hoch ist denn da der Prozentsatz 2013 gewesen, die nicht mit einer Deutung versehen waren?

Zeuge D. B.: Es war ja so: Die Telefoniselektoren enthielten eine Deutung, und die Internetselektoren enthielten keine Deutung.

Martina Renner (DIE LINKE): Grundsätzlich alle?

Zeuge D. B.: Grundsätzlich alle, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der Anteil der Internetselektoren zu den Telefonselektoren ist ungefähr wie zu beziffern?

Zeuge D. B.: Also, wenn man es auf TKM bezieht, ist es so, glaube ich, pari-pari, 50 : 50.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei einer Gesamtzahl von wie viel Millionen?

Zeuge D. B.: Die genauen Zahlen darf ich nur in nichtöffentlicher Sitzung sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren nicht mal 16 Millionen irgendwo in der Presse? Wie war die Zahl? So erinnere ich mich dunkel.

RD Philipp Wolff (BK): Wir hatten Größenordnungen hier genannt. Aber er kann, wenn er es genau weiß, in nichtöffentlicher Sitzung dazu ausführen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese 8 Millionen oder wie viel auch immer IP-Selektoren, die keine Deutung hatten, gab es irgendeine andere Form von Begleitschreiben oder Ähnliches, die Erläuterungen beinhaltet haben, was das ist?

Zeuge D. B.: Soweit mir bekannt, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das irgendwann mal thematisiert worden vor 2013?

Zeuge D. B.: Mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind diese NSA-Selektoren nur in Bad Aibling eingesetzt worden?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht in einer Auslandsaußenstelle?

Zeuge D. B.: Muss ich auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben eben gesagt - - Ich habe gefragt: Sind diese nur in Bad Aibling eingesetzt worden? Dann sagen Sie: Ja. Dann frage ich: Auch nicht in einer Auslands-erfassungsaußenstelle? Dann sagen Sie: Muss ich auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen. - Das ist jetzt kurios.

Zeuge D. B.: Ich habe Ihre Frage so verstanden, ob die NSA-Selektoren an anderen Außenstellen des BND im Inland eingesetzt werden. Insofern habe ich mit Nein geantwortet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, so habe ich aber nicht gefragt.

Zeuge D. B.: Bezüglich des Auslandseinsatzes, habe ich eben schon gesagt, muss ich auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Begriff Rohmaterialaustausch?

Zeuge D. B.: Ja, ist mir bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie mir erläutern, was das ist?

Zeuge D. B.: Ist nicht untersuchungsgegenständlich, nicht mit den Five Eyes.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht indirekt mit den Five Eyes?

Zeuge D. B.: Ich verstehe jetzt „indirekt“ nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir können uns ganz viel hier vorstellen. Zum Beispiel: Der BND gibt Daten an die Bundeswehr, und bei der Bundeswehr ist es total üblich, dass Nachrichtendienste der Five Eyes sich Daten abholen können.

Zeuge D. B.: Nein, indirekt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann mir noch andere Konstruktionen vorstellen.

Zeuge D. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Trilaterale Kooperationen?

Zeuge D. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Rohmaterialaustausch mit den Five Eyes findet nicht statt?

Zeuge D. B.: Nein, ein Austausch findet nicht statt. Eine Weiterleitung der in Aibling erfassten Daten findet statt.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Uhrlau hat letztes gesagt, Bad Aibling, die JSA, sei unter amerikanischer Führung gewesen. War das ein Versprecher?

Zeuge D. B.: Ob es ein Versprecher war, kann ich nicht sagen. Bad Aibling war immer unter deutscher Führung.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist ja noch mal nachgefragt worden. Er hat darauf bestanden, hat gesagt: Nein, das war unter amerikanischer Führung, die JSA. - Er ist auch noch mal gefragt worden, ob er es vielleicht mit der Blechdose verwechselt. „Nein, die JSA“, hat er gesagt.

Zeuge D. B.: Deutscher Dienststellenleiter, deutscher Sachgebietsleiter, JSA.⁴

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wie kann er dann auf so eine Idee kommen, dass es unter amerikanischer Leitung sei?

Zeuge D. B.: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte wirklich der BND die Mütze auf?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeuge D. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie schon mal davon gehört, dass man davon spricht, dass die Technische Aufklärung ein Eigenleben führt?

Zeuge D. B.: Hörensagen ist ja eigentlich keine Frage an Zeugen. Ja, ich habe davon gehört.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kommt man zu der Einschätzung?

Zeuge D. B.: Ist mir nicht erklärlich.

4) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben das jetzt hier schon von mehreren Zeugen gehört.

Zeuge D. B.: Dann müssen es die erklären, die es hier gesagt haben und die diese Meinung vertreten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das gegenüber Ihnen auch schon mal geäußert worden, es gäbe so etwas oder es gab so etwas wie ein Eigenleben der Technischen Aufklärung und das müsste in Zukunft abgestellt werden?

Zeuge D. B.: In der Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen ist das gegenüber mir nicht erklärt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das, was wir vorfinden an nicht dokumentierten Vorgängen, insgesamt für den BND so oder eher signifikant für die Technische Aufklärung?

Zeuge D. B.: Ich kann nicht für die anderen Abteilungen sprechen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie einen anderen Vorgang, den wir hier behandeln, analog zu den NSA-Selektoren, bei denen ja doch ein aus heutiger Sicht und auch wahrscheinlich nach damaliger Sicht zu betrachtender Vorgang von Relevanz nicht gemeldet wurde?

Zeuge D. B.: Nein, ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat dieser Umstand, dass es dort Dinge gibt, die nicht protokolliert werden und die nicht gemeldet werden, etwas damit zu tun, dass andere zu der Einschätzung kommen, die Technische Aufklärung führe ein Eigenleben?

Zeuge D. B.: Wieso andere zu Einschätzungen kommen, kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es heute andere Regeln hinsichtlich der Protokollierung von dienstlichen Vorgängen?

Zeuge D. B.: Mir sind keine expliziten bekannt, die jetzt aktuell gemacht worden sind - bis auf natürlich, ich sage mal, entsprechende Weisungen des Bundeskanzleramtes, die jetzt dezidiert vorschreiben, welche Sachen zu speichern sind, festzuhalten sind, zu dokumentieren sind, über die weiterhin zu berichten ist. Das ist jetzt angewiesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Seit wann gibt es diese Anweisungen?

Zeuge D. B.: Ich glaube, fortlaufend seit März letzten Jahres.

Martina Renner (DIE LINKE): Gehört dazu auch die Frage, welche Datenmengen ausgeleitet werden?

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Nur ganz kurz. Ich weise nur den Zeugen darauf hin: Es ist nicht untersuchungsgegenständlich. Was seit März letzten Jahres passiert ist, dazu kann man im Rahmen von Beratungssitzungen auf Anforderung vortragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann mache ich es andersherum. Wie wurden denn früher die Datenmengen nach Datenarten sortiert, die ausgeleitet werden, dokumentiert?

Zeuge D. B.: Soweit mir bekannt, war die Rechtsauffassung des Bundesnachrichtendienstes, dass die Satellitenerfassung nach § 1 Absatz 2 Satz 1 des BND-Gesetzes erfolgt und demzufolge der § 9 BND-Gesetz für die Ermittlung⁵ nicht einschlägig ist und insofern keine Protokollierungspflicht bestand.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber es gibt ja auch Metadaten aus Kabel.

5) Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes habe ich hierzu keine Aussage zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir mal wieder wechseln?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich will - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit wäre reif dafür.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wir wissen ja - - Wir kennen ja Kabelansätze. Und ich wüsste auch bisher nicht, was dagegenspricht, dass sie untersuchungsgegenständlich sind. Und deswegen, finde ich, ist es berechtigt zu fragen, wie dort die Metadatenmenge erfasst wurde. - Dann können wir gerne wechseln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht sind keine Metadaten aus Kabelansätzen an die Five Eyes gegangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein. Ich wollte ja nur wissen, inwieweit sie gezählt wurden.

Zeuge D. B.: Ja, aber wenn sie doch da nicht hingegangen sind, dann müssen sie doch auch nicht gezählt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Hm. Ich glaube, da müssen wir noch mal eine Runde machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da mache ich direkt weiter. Was heißt: „Sie müssen nicht gezählt werden“? Wurden sie gezählt?

Zeuge D. B.: Meines Erachtens wurden die Metadaten aus Satellit im Herbst 2013 -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie mir den großen Gefallen tun und - -

Zeuge D. B.: - dann gezählt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Metadaten aus Satellit. Aber es hat ja nun über viele Jahre da Abgriffe gegeben, und es sind über viele Jahre Milliarden von Daten weitergeleitet worden. Und die interessante Frage ist: Wurde das dokumentiert beim Bundesnachrichtendienst? Jetzt sage ich mal: Wir hatten hier - -

Zeuge D. B.: Ich weiß von keiner untersuchungsgegenständlichen milliardenweiten Weiterleitung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber von einer nicht untersuchungsgegenständlichen wissen Sie? Oder was soll diese Antwort?

Zeuge D. B.: Meine Aussagegenehmigung beschränkt sich auf den Untersuchungsgegenstand.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Dann sagen Sie mir mal: Wie viele Metadaten wurden denn seit 2003 an die USA weitergeleitet? Würden Sie da bitte eine Mengenangabe machen, Herr D. B?

Zeuge D. B.: Ich habe ja gesagt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß, was Sie gesagt haben. Sie würden mir jetzt einen großen Gefallen tun, wenn Sie eine Mengenangabe machen, wie viele Metadaten in diesen zehn Jahren an die Five Eyes oder die NSA weitergeleitet wurden. Wie würden Sie das beziffern? Hat das 3 Nullen, 6 Nullen, 9 Nullen, 12 Nullen, 15 Nullen? Sagen Sie mal!

Zeuge D. B.: Muss ich mich mit Herrn Wolff beraten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann mal los!



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge D. B.: Bezüglich „Eikonale“ sind keine personenbezogenen Metadaten an die amerikanische Seite weitergeleitet worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir ja jetzt seit zwei Jahren drüber weg, über diesen Quatsch. Hat das eben Herr Wolff zu Ihnen gesagt? Also, das ist ja nun wirklich - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich sage dem Zeugen definitiv nicht, was er sagen soll, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, okay. Ich höre auch auf damit.

Zeuge D. B.: Herr Abgeordneter von Notz, Sie sagen hier dauernd, ich würde hanebüchend erzählen, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge D. B.: - maximal unwahrscheinlich, darüber seien Sie weg.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut.

Zeuge D. B.: Ich muss hier betonen: Ich sage hier die Wahrheit, nichts als die Wahrheit, und bitte, auch entsprechend mit Respekt behandelt zu werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich respektiere Sie vollkommen, Herr D. B. Aber es ist Ihr vierter Auftritt hier. Und es ist auch Ihre Aufgabe, sozusagen eine schlüssige Geschichte zu erzählen, und Sie tun es nicht. Sie tun es nicht; ich muss es Ihnen leider sagen. Es mag ja vielleicht - - Aber vielleicht fällt Ihnen ja auf, dass es nicht nur mir schwerfällt, die Geschichte zu glauben. Selbst der Kollege Schipanski hat da heute seine Probleme mit. So. Deswegen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber natürlich ist das immer die Bewertung des Abgeordneten, der das Statement abgibt, und keine objektive Sichtweise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jeder sieht das immer durch seine Brille.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Objektivität gibt es nur - - Na gut. Das wollen wir nicht vertiefen. - So. Deswegen die Frage - und die ist ja wohl einfach zu beantworten -: Wurden die Strecken und die Daten, die man an andere ANDs weitergeleitet hat, im Bundesnachrichtendienst dokumentiert?

Zeuge D. B.: Bezüglich des - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte schränken Sie meine Frage nicht wieder ein.

Zeuge D. B.: Ich muss sie ja differenziert beantworten. Bezüglich „Eikonale“, Metadaten, keine personenbezogenen Daten, deshalb auch keine Zählung erforderlich, ist nicht erfolgt. Satellit fällt nicht in die Dokumentationspflicht gemäß BND-Gesetz. Deshalb wurden sie erst - ich sage mal - ab Oktober 2013 - - oder ungefähr in dem Zeitraum wurden sie gezählt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Polzin kennen Sie?

Zeuge D. B.: Ich kenne Frau Polzin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Die hat hier ausgesagt - das haben Sie vielleicht verfolgt -, dass diese Ausleitungen und die Strecken dokumentiert wurden. Das hat die hier gesagt. Und Sie sagen jetzt das Gegenteil.

Zeuge D. B.: Ich habe ja gesagt: Ab Oktober 2013 wurden die Weiterleitungen an die US-Seite gezählt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber die Strecken, die Sie abgegriffen haben, und damit letztlich auch die Zeiträume und damit anhand der Kapazitäten der Strecken auch die Mengen an Daten: Ist das dokumentiert worden bei Ihnen, ja oder nein?

Zeuge D. B.: Ich weiß nicht, was Sie mit „Streckenweiterleitung“ meinen. Die Strecken von A nach B, die Information ist weitergeleitet worden? Oder was soll da weitergeleitet worden sein?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kabel, an die Sie rangegangen sind, die Strecken, die ausgewählt wurden, die Storys, die Sie der G 10-Kommission erzählt haben, Herr D. B.

Zeuge D. B.: Also, ich habe der G 10-Kommission nichts erzählt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie als BND.

Zeuge D. B.: Ich sage mal: In Sachen „Eikonol“ gab es zu der damaligen Zeit ein gemeinsames Sachgebiet in Bad Aibling, und da werden die aufgeschalteten Strecken auch den Mitarbeitern in Bad Aibling bekannt gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden sie dokumentiert? Es ist schön, dass Sie jetzt - -

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht.

Zeuge D. B.: Was weiß ich nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie erinnern das nicht? Oder Sie haben davon nie gehört?

Zeuge D. B.: Ich war nicht in Bad Aibling, auch nicht in vorgesetzt Bad Aibling. Ich war weder mit „Eikonol“ direkt befasst. Also, insofern weiß ich es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Datei würde man das speichern?

Zeuge D. B.: Da ich es nicht weiß, weiß ich auch nicht, in welcher Datei man es speichern würde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber ist auch nicht geredet worden die letzten Wochen und Monate?

Zeuge D. B.: Mit mir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die Aussage von Frau Polzin verfolgt?

Zeuge D. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das hören Sie gerade zum ersten Mal, dass Frau Polzin hier ausgesagt hat, dass diese Sachen dokumentiert worden sind und dass insofern der Dokumentationspflicht in dieser kritischen Phase hätte entsprochen werden können.

Zeuge D. B.: Ich habe in netzpolitik.org die Vernehmung des H. K. gelesen, der auch auf diesen Sachverhalt - -

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Zeuge, ganz kurz Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur sagen, dass Frau Polzin das nicht genau so gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann holen wir jetzt ganz kurz die Akte. Dann lese ich es Ihnen vor. Dann bitte ich, kurz zu unterbrechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte mal die Zeit an und unterbreche nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der 72. Sitzung, im Protokoll auf Seite 155, gegen Ende der Vernehmung frage ich:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will es noch mal anders probieren: Kann es sein, dass die Verantwortlichen - Herr Schindler und Herr Heiß waren ja die Verantwortlichen -, wenn sie Ihrer Meinung gefolgt wären, hätten zugeben müssen, dass man die Jahre davor klar rechtswidrig agiert hat, weil man ebendiesen Dokumentationspflichten nicht nachgekommen ist?

Dann mahnt der Vorsitzende die Zeit an, und dann kommt die Zeugin Christina Polzin, und die sagt:

Der Meinung bin ich nicht, weil ich glaube, dass die Dokumentationspflichten auch erfüllt waren und sind durch die Dokumentationen, die im BND ja vorhanden sind über diese Kooperation und über das, was dort stattfindet, in Bad Aibling.

Also, wo Sie da jetzt den großen Unterschied sehen zu dem, was ich gesagt habe, Herr Wolff, das würde ich gerne mal erläutert bekommen.

Also, auf jeden Fall sagt Frau Polzin: Diese Dokumentationen gibt es, es hat sie gegeben, und sie sind im Bundesnachrichtendienst. - Das war nämlich genau die Frage seinerzeit. Machen wir die abwegige Weltraumtheorie, oder entsprechen wir den Dokumentationspflichten? Und aus irgendwelchen Gründen hat sich Herr Heiß offensichtlich entschieden, lieber die Weltraumtheorie zu machen als preiszugeben, was in diesen Dokumentationen steht. Und deswegen frage ich Sie jetzt noch mal: Werden diese Sachen dokumentiert, oder erzählt uns hier Frau Polzin abwegiges Zeug?

Zeuge D. B.: Also, ich habe dem Vorlesen nicht ganz folgen können, was denn da wirklich protokolliert wurde. Ich sage mal: Die Kooperation und was da abgelaufen ist, ist bestimmt protokolliert worden. Sie hatten ja jetzt aber konkret nach Datenweiterleitungen gefragt. Bezüglich Datenweiterleitungen ist meines Wissens vor dem August 2013 nicht dokumentiert oder protokolliert worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die Dokumentationspflicht nach § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz. Darüber unterhalte ich mich mit Frau Polzin. Weil wenn man dieser Weltraumtheorie nicht folgt, dann müsste man dokumentieren. So, und darum geht es. Und sie sagt hier: Diese Dokumentationen gibt es. - Wir haben diese Akten auch noch nicht, oder wir haben diese Dokumentationen nicht. Vielleicht gibt es sie auch nicht. Ich kann es nicht wissen, weil ich nicht beim Bundesnachrichtendienst arbeite.

Aber ich habe jetzt schon - - Mehrere Monate versuche ich, dieser Frage auf den Grund zu kommen, ob sozusagen diese Beamtin uns hier Quatsch erzählt oder ob uns alle anderen nicht die Wahrheit sagen. Und deswegen jetzt, Herr D. B., an Sie noch mal die Frage: Werden diese Dinge dokumentiert, die Strecken, die Zeitabläufe und damit letztlich auch die Datenmengen, die man weiterleitet?

Zeuge D. B.: Ich wiederhole: Aus meiner Sicht wurden bis August 2013 die Weiterleitungen aus Satellit nicht dokumentiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber aus Kabel.

Zeuge D. B.: Aus Kabel, habe ich gesagt, dass es bei den Metadaten sich um nicht personenbezogene Daten gehandelt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist abwegig. Und wenn es sich nicht um personenbezogene Daten handeln würde, wenn man dieser rechtsirrigen Auffassung mal folgen würde: Was folgt denn dann daraus? Wurde dann dokumentiert? Oder wurde dann nicht dokumentiert? Oder glauben Sie, mir nicht die Wahrheit sagen zu müssen über die Dokumentation, weil es nicht personenbezogen ist nach Ihrer Auffassung?

Zeuge D. B.: Es gibt ja den Schwachstellenbericht, der irgendwann mal 2007 verfasst wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den kennen Sie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Zeuge, ich muss Sie kurz unterbrechen. Aber Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Nur ganz kurz. Das ist natürlich schon sehr wichtig, weil nur bei personenbezogenen Daten eine datenschutzrechtliche Dokumentationspflicht überhaupt entsteht. Wenn sie nicht personenbezogen sind, dann ist schon gleich gar nichts zu dokumentieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch völlig wurscht, Herr Wolff. Bei der Frage, ob diese - - Es geht doch darum, ob diese Dokumentationen da sind, nicht, ob sie darauf rechtlich verpflichtet sind. Sie müssen sie uns auf jeden Fall vorlegen. Und wenn sie da sind, wie Frau Polzin sagt, dann müssen sie sie uns vorlegen, auch wenn da unangenehme Dinge drin sind.

RD Philipp Wolff (BK): Frau Polzin hat gesagt, dass sie davon - - dass sie glaubt, dass es Formen der Dokumentation sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie sagt - -

RD Philipp Wolff (BK): Sie hat den Zeitraum nicht spezifiziert. Die Aussage kann sich genauso auf den Zeitraum nach August 2013 beziehen. Also, das ist mitnichten so, dass es einen zwingenden Widerspruch zwischen der Aussage von Frau Polzin und der Aussage des Zeugen gibt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagt - ich lese es Ihnen noch mal vor, Herr Wolff, weil Sie das jetzt noch mal versuchen, zu relativieren hier, öffentlich -:

Der Meinung bin ich nicht, weil ich glaube, dass die Dokumentationspflichten auch erfüllt waren

...

Erfüllt waren.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Pflichten!)

RD Philipp Wolff (BK): 2015 sagt sie das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, ich meine: Wir haben ja versucht, Frau Polzin hier noch mal zu laden. Das hat sich ja leider ein bisschen hinausgezögert. Aber das scheint mir ein Problem zu sein. Aber auch so, wie der Zeuge das hier eierig beantwortet, fühle ich mich eher bestärkt, dass diese Dinge natürlich beim Bundesnachrichtendienst aufgeschrieben werden und dass sie diese Sachen nicht rausrücken, weil da nämlich drinsteht, welche Strecken sie ausgeleitet haben. Und deswegen und dass ich jetzt zum siebten Mal die Frage haarspalterisch - - Mit Satellit und über Dings kann ich nichts sagen, und Metadaten sind meiner Ansicht nach keine personenbeziehbaren Daten. - Das ist abwegig.

Und selbst wenn es so wäre, wenn es Dokumentationen darüber gibt, brauchen wir diese Akten. So. Das führt nicht weiter. Aber, wie gesagt, Herr D. B., Sie haben sich ja sozusagen - - Sie haben eben Respekt angemahnt. Und ich bringe hier wirklich jedem Zeugen gerne Respekt entgegen, wirklich. Aber dann muss man auch ernsthafte Antworten bekommen und den Eindruck haben, dass jemand wirklich versucht, hier zu erklären, was gewesen ist. Und den Eindruck habe ich bei Ihnen nicht. - Ich gebe ab an den Kollegen Ströbele.

Zeuge D. B.: Entschuldigung. Ich habe mir beste Mühe gegeben, aber ich bin dafür bestimmt der falsche Zeuge, weil ich weder in Bad Aibling war noch an einer vorgesetzten Stelle von Bad Aibling war. Und insofern: Über die genaue Dokumentation müssten Sie ganz andere Zeugen befragen. Ich habe hier versucht, nach bestem Wissen und Gewissen mein Wissen Ihnen anzugedeihen. Wenn das in Zukunft nicht gewünscht ist, werde ich sagen: Nicht zuständig. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist kein Wunschprogramm hier, Herr D. B., sondern wir laden Sie als Zeugen. Und ich möchte Ihnen noch mal sagen: Dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

bitte ich Sie, uns jetzt Namen zu nennen, wen wir besser hören, wobei ich Ihnen sage: Auch wenn Sie damit nicht direkt betraut waren, müssen Sie uns darüber Aussage geben, was Sie wissen. Selbst wenn das nicht in Ihrem alleinigen oder vollkommenen Zuständigkeitsbereich lag, müssen Sie uns sagen, was Sie darüber wissen.

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er doch gemacht!)

Und jetzt würde ich gerne hören, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist aber die Zeit - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wer uns darüber Auskunft geben kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das machen wir noch. Dann ist die Zeit auch abgelaufen mit der Fragerunde.

Zeuge D. B.: Welcher Zeuge da geeignet ist, ist, glaube ich, eher eine Frage an die Bundesregierung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn Sie zum Beispiel wissen, wer in dem Bereich tätig ist, dann können Sie uns die Kürzel ohne Klarnamen gerne nennen.

Zeuge D. B.: Also, die Zeugen, die für Bad Aibling zuständig sind, die kennt der Untersuchungsausschuss alle selbst. Das ist der Dienststellenleiter R. U., der Unterabteilungsleiter W. K. Das sind die, die darüber was sagen können. Aber das wissen Sie eigentlich selber.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Okay? - Dann hätte ich jetzt noch ein paar Fragen auch mal wieder, weil durch die Fragen vom Kollegen von Notz sind doch noch ein paar Unklarheiten bei mir entstanden. Wie tief haben Sie sich denn mit dieser sogenannten Weltraumtheorie zu Ihrer Dienstzeit beschäftigt?

Zeuge D. B.: Ich habe die zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist das vonstattengegangen?

Zeuge D. B.: Diese Rechtsauffassung entwickelte - - wurde mir im Sommer 2013 von den Juristen der Abteilung so mitgeteilt, und demzufolge wurde dann entsprechend agiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie wurde Ihnen das genau mitgeteilt?

Zeuge D. B.: Das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie das vergessen, oder - -

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie wissen nicht, ob Sie das vergessen haben.

Zeuge D. B.: Ich weiß nicht, wann genau ich von welchem Umstand von wem diese Mitteilung bekommen habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, von wem, haben Sie gerade schon gesagt: von den Juristen. Oder hatte ich das falsch verstanden?

Zeuge D. B.: Auf jeden Fall von den Juristen. Ob andere da auch beteiligt waren - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie war denn der Kenntnisstand bis zum Herbst 2013 bezüglich der Weltraumtheorie? Sommer, August. Ich wollte jetzt nicht - - Jeder sieht es ein bisschen anders, wann Herbst ist.

Zeuge D. B.: War ich mit der Problematik nicht beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren da andere Kollegen, von denen Sie wissen, mit dieser Problematik beschäftigt?

Zeuge D. B.: Nein. Weiß ich auch nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kennen Sie irgendjemanden im BND, der mit dieser Weltraumtheorie vor Sommer 2013 beschäftigt war?

Zeuge D. B.: Kann ich Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie kennen keinen? Oder Sie können es mir nicht sagen, ob Sie einen kennen, weil Sie es vergessen haben?

Zeuge D. B.: Ich weiß es nicht, ob es einen gibt. Ich kenne keinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie kennen keinen, gut. Kennen Sie irgendjemanden vor August 2013, außerhalb des BND, im Kanzleramt, irgendwo in Ihrem Bekanntenkreis, irgendwo auf dieser Welt, der das Thema Weltraumtheorie vor August 2013 schon mal erwähnt hat?

Zeuge D. B.: Ich kenne keinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte es sein, dass die Erlasslage im BND bis zum August 2013 eine andere war und dass diese Weltraumtheorie reine Erfindung war im Sommer 2013?

Zeuge D. B.: Ich kenne keine diesbezügliche Erlasslage, zumal keine, die den konträren Gegenstand - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würden Sie die denn kennen, wenn es eine gäbe? Oder könnte es sein, dass die durchgehuscht ist, Ihnen durchgehuscht?

Zeuge D. B.: Mir ist sie auf jeden Fall nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir legen Ihnen jetzt mal den Erlass vor aus dem Jahre 1995, wo ich nicht weiß, ob es einen anderen Erlass gibt, weil ich kenne jetzt nur den. Und der sagt was ganz anderes als die sogenannte Weltraumtheorie, die Ihnen und allen anderen auch erst seit Sommer 2013 erzählt wurde.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

Da wird relativ klar ausgedrückt, dass der § 9 gilt, für Inlands- wie Auslandserfassung, nichts anderes. Und da steht nichts von Weltraumtheorie.

Zeuge D. B.: Also, Vorgang von 1995 ist mir nicht bekannt und auch in meiner Dienstzeit beim Bundesnachrichtendienst nicht bekannt geworden. Ich selber bin auch erst seit dem Jahr 2000 im Bundesnachrichtendienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube Ihnen das. Ich glaube Ihnen auch das, was Sie eben gesagt haben. Mir erscheint Ihre Aussage - - Ich würde sie anders bewerten als der Kollege von Notz. Mir erscheint das völlig nachvollziehbar.

Das, was mir nicht nachvollziehbar erscheint, ist, dass es eine Weltraumtheorie in den Jahren davor gegeben hat. Und von daher wäre meine Überlegung, ob der § 9 Anwendung findet. Würde ich mich an den Erlass, der Ihnen jetzt vorliegt, halten, danach findet er Anwendung. Dann müsste dokumentiert werden nach § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz. Das hat uns die Frau Polzin gesagt. Und wenn Sie jetzt auch erst seit August 2013 von einer Weltraumtheorie erfahren, die die Juristen des Amtes Ihnen da erzählt haben, dann scheint das für mich, prima facie zumindest, eine Erfindung aus dem Sommer 2013 gewesen zu sein. Es spricht viel dafür.

Zeuge D. B.: Dazu kann ich aber nichts weiter sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Aber Sie haben ja schon viel gesagt. Das reicht mir auch. - Danke schön. Gibt es weitere Fragen anderer Fraktionen? - Frau Kollegin Renner ist dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Moment nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann Herr Kollege Ströbele.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auch nur noch eine Frage. Nach dieser Weisung aus dem Kanzleramt am 29. oder 28. Oktober 2013, haben Sie gesagt, haben Sie dann alles in die Wege geleitet, dass dem nachgekommen wird, also dass gelöscht wird bzw. rausgenommen wird, die Selektoren. Wissen Sie, wann dieser Vorgang abgeschlossen war?

Zeuge D. B.: Nein, ein direkter Zeitpunkt ist mir nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will jetzt keine Stunde oder Tage. Ein Monat würde mir auch reichen.

Zeuge D. B.: Soweit ich heute weiß, hat das fortlaufend angedauert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange?

Zeuge D. B.: Kann ich Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, da war eine Weisung, die ging ja dahin, das jetzt sofort zu machen. Waren das jetzt Tage? Oder war es ein Monat? Oder waren es Jahre?

Zeuge D. B.: Also, in meiner Unterabteilung ist das so gewesen, dass binnen weniger Tage, auch zum Teil automatisiert, alle zu deaktivierenden Telekommunikationsmerkmale in diese entsprechende Gruppenliste gekommen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in Ihrer Abteilung war das so.

Zeuge D. B.: In meiner Unterabteilung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sonst wissen Sie nicht.

Zeuge D. B.: Dafür bin ich ja nicht so zuständig und kann ich auch nicht genau sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben das an die weitergeleitet. Oder haben die extra noch - -

Zeuge D. B.: Nein. Das hat ja - habe ich eben ja gesagt - der Herr W. K. gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat das gemacht, an alle möglichen Stellen, Außenstellen und was da sonst so war.

Zeuge D. B.: An die Außenstellen, jawohl.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bad Aibling oder was auch immer.

Zeuge D. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat das da weitergegeben, und da wissen Sie keine Ergebnisse.

Zeuge D. B.: Nein, sind mir nicht exakt bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht, weil Ihnen später welche mitgeteilt worden sind, weil Sie vielleicht - - entweder, weil Ihnen noch mal Selektoren untergekommen sind oder Ähnliches?

Zeuge D. B.: Ist mir nicht Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage jetzt noch mal zu den Fragen, die ich eben gehabt habe. Sie sagten „Juristen des Hauses“. Kann das der Leitungsstab des BND gewesen sein, die Ihnen von der Weltraumtheorie erzählt haben?

Zeuge D. B.: Eher das Rechtsreferat innerhalb der Technischen Aufklärung, TAG.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann es sein, dass Sie Herrn Schindler oder dem BND-Präsidenten von dieser Theorie nichts erzählt haben?

Zeuge D. B.: Also, mein Wissen bezieht sich auf TAG-Wissen, und meines Erachtens haben wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

das auch bei der Antwort an den BfDI so angewandt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In welchem Jahr war die Antwort?

Zeuge D. B.: Das war Sommer 2013.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Und davor - nicht?

Zeuge D. B.: Nein. Mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Danke. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist es eigentlich üblich, dass zu der Frage, ob eine Weisung umgesetzt wird und wann und wo, keine Dokumentationspflicht besteht? Eine Weisung ist ja schon, na ja, nicht gerade so tagtäglich. Und man muss doch dann eigentlich bei einer Weisung - so würde ich das verstehen - irgendwann melden: Erfüllt.

Zeuge D. B.: Also, was üblich ist insgesamt für den Bundesnachrichtendienst, kann ich nichts zu sagen. In diesem Falle: Oft ist es bei Weisungen so, dass verlangt wird, dass Vollzug zu melden ist: Vollzug zu melden ist bis, an, um, an den. In diesem Falle war das nicht der Fall. Was ich ja weiß, ist, dass dieser entsprechende Teilbereich in der personenbezogenen Datenbank eingerichtet wurde und dass dort auch die Selektoren oder TKM in großem Stile hin bewegt worden sind. Und insofern war für mich klar, dass der Weisung Genüge getan wurde und dass das so erfolgt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn das unüblich ist, dass man eben nicht berichtet „Weisung erfüllt“: War es Teil der mündlichen Weisung von Herrn Schindler zu sagen: „Ich möchte, dass die BND-Selektoren mit Bezug zu unseren Partnern rausgenommen werden, aber macht da nicht so viel Wind“?

Zeuge D. B.: Ich glaube, ich habe die Frage nicht richtig verstanden. Es ist auf jeden Fall so: Wenn eine Weisung erteilt wird und ich kann sie nicht

erfüllen, dann besteht automatisch eine Meldepflicht. Da dies aber hier nicht der Fall war, bestand keine Meldepflicht, weil auch nicht direkt abverlangt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das verstehe ich nicht. Also, der Präsident ruft an und sagt: Ich möchte, dass sämtliche Selektoren mit Partnerbezug rausgenommen werden. - Und dann gehört dazu, bis wann. Und dann gehört auch dazu, dass man dann irgendwann sagt: Herr Präsident, Weisung erfüllt. - Also, so stelle ich mir irgendwie so einen Bundesnachrichtendienst vor; Entschuldigung. Wenn man in dem Falle nicht rückmeldet, war es ausdrücklicher Wunsch, dass man nicht zu viel zu diesem Vorgang - ich sage mal - Aktennachhall organisiert?

Zeuge D. B.: Aus meiner Sicht ist es tatsächlich so: Wenn wir die Weisung nicht hätten erfüllen können oder nur verzögert erfüllen, hätten wir melden müssen, hätte uns der Präsident auch im Nachhinein gerügt, wenn wir nicht gemeldet hätten, weil er hat ja eine offensichtliche Weisung erteilt, die wir nicht erfüllt haben. Es gibt auch, wie gesagt, des Häufigeren Weisungen, da ist genau zu melden, auch bis zu einem gewissen Termin zu melden, und da wird das auch genau nachgehalten. Das war in diesem Fall aber nicht so.

Ich glaube, allen war auch die Bedeutung des ganzen Vorgangs klar. Der Präsident erteilt eine Einzelweisung, und insofern ist die sofort und unmittelbar und vollständig zu erfüllen. Und es ist nur zu melden, wenn man es nicht kann bzw. wenn es Verzögerungsgründe gibt. Und ansonsten hätte es auch, wenn es bekannt geworden wäre, Sanktionen nach sich gezogen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu dieser Einzelweisung haben Sie einen Vermerk angefertigt.

Zeuge D. B.: Nein, ich habe keinen Vermerk angefertigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das finde ich auch relativ interessant, weil ich finde: Wenn der Präsident anruft und erteilt eine Einzelweisung, dann würde ich danach als Erstes mal den Stift



Nur zur dienstlichen Verwendung

rausholen und sagen, auch um mich selbst sozusagen abzusichern, ja, weil ich ja jetzt den Referatsleitern daraufhin wiederum Anweisung erteile. Sie haben keinen Vermerk zu diesem Telefonat angefertigt?

Zeuge D. B.: Nein. Ich habe das ja mit den Referatsleitern besprochen. Es wurde ja auch die technische Realisierung so gemacht. Da drüber gibt es auch entsprechende Meldungen, wann welcher Bereich da eingerichtet wurde. Also, insofern: Ich sah keine Notwendigkeit, einen extra Vermerk darüber zu schreiben. Die Weisung wurde auch in keinsten Weise von irgendeinem angezweifelt, so nach dem Motto: Die müssen wir ja nicht erfüllen oder Ähnliches. - Also, es gab überhaupt keine Diskussionen, und insofern musste ich mich auch nach keiner Seite hin absichern.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie haben die Referatsleiter auch angerufen, wie der Präsident Sie angerufen hat?

Zeuge D. B.: Ich habe die angerufen, und wir haben später auch noch in Besprechungen detailliert festgelegt, wie es nun im Einzelnen auch realisiert wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu diesen Besprechungen gibt es Protokolle?

Zeuge D. B.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann man - - Ist das für Sie eine positive Bezeichnung, wenn man über Sie sagt: „Sie hören das Gras wachsen“?

Zeuge D. B.: Dazu kann ich nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch einen Widerspruch, aber dann bin ich auch für heute sozusagen am Ende mit meinen Fragen. Wenn Sie sich so sicher sind, wie Sie eben gerade ausgeführt haben, dass alles richtig gelaufen ist - man musste das nicht protokollieren, es ist ja umgesetzt worden und all das; und Sie wirken ja sehr bestimmt in Ihren Aussagen -: Wieso machen Sie an der einen Stelle des Nichtmeldens

der Prüfung der NSA-Selektoren so eine vollkommen andere Wendung? Man könnte doch mit derselben Selbstsicherheit auch diesen Vorgang durchstehen, wie Sie die Fragen jetzt zu den BND-Selektoren versuchen, durchzustehen.

Da schließe ich noch mal an an das, was Herr von Notz heute Morgen gesagt hat. Wir können wirklich nicht nachvollziehen, wieso genau an dieser Stelle mit Hinweis auf die vermeintliche Drohung durch disziplinarische Schritte, die überhaupt nicht im Raum stehen, an einer zentralen Stelle hier das Aufklärungsinteresse des Untersuchungsausschusses tatsächlich massiv konterkariert wird, weil wir bis heute - und da sage ich, warum es eine zentrale Stelle ist - einfach nicht glauben können, dass so ein wichtiger Vorgang nicht gemeldet wird oder vielleicht einfach nicht im technischen Sinne gemeldet wird, sondern zusammen hat man vielleicht das Ohr aufs Gras gelegt. Und das würden wir gerne eben wissen, wer mit wem damals die Ohren aufs Gras gelegt hat, technisch nicht gemeldet hat, aber zu dem Vorgang tatsächlich eine Informationsweitergabe auch an die Leitungsebene stattgefunden hat.

Und wir werden so lange hier die Zeugen befragen, bis wir das geklärt haben. Wir glauben: Man hat zusammen die Ohren aufs Gras gelegt, und man hat frühzeitig auch im Bundeskanzleramt gewusst, was Sache ist. Das ist der ganze Hintergrund, warum wir da so entschieden weiterfragen und wahrscheinlich jetzt sogar ja auch noch mal in der nichtöffentlichen Sitzung fragen müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Ströbele hat noch Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es wie Ihnen. Wenn andere fragen, denkt man noch mal nach, und deshalb habe ich noch eine Ergänzungsfrage zu der, die ich vorhin gestellt habe. Sie haben gesagt, bei Ihnen sei jedenfalls alles sofort gelöscht worden oder rausgenommen worden. Gibt es beim Bundesnachrichtendienst mehrere Selektoren oder unterschiedliche Selektorenlisten, dass die Außenstellen vielleicht andere haben als Sie?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge D. B.: Ja, es gibt Teilmengen der PBDB. Überall war auch zu dem Zeitpunkt die PBDB noch nicht ausgerollt. Insofern: Ja, die Außenstellen können auch zum Teil selber steuern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es denkbar, dass eine Außenstelle zum Beispiel europäische Regierungsstellen als Selektor drin hat oder Selektoren von denen und dass die bei Ihnen nicht drin sind?

Zeuge D. B.: Denkbar ist alles. Ich habe aber eben schon gesagt: Bei der Meldeerstellung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von der Organisation her.

Zeuge D. B.: Bei der Meldeerstellung gehen die Meldungen der Außenstelle ja wieder über die Zentrale; zumindest im Normalfall gehen sie über. Wenn nicht, im Einzelfall, werden sie gelesen. Also da würde es wieder auffallen. Also insofern liegt aus meiner Sicht systematisch kein Regelungsdefizit vor.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das heißt, nehmen wir mal an: Wenn 2014 noch eine Botschaft oder eine Regierungsstelle, eine europäische, oder eine EU-Regierungsstelle auftaucht, das müsste bei Ihnen in der Zentrale auffallen.

Zeuge D. B.: Auffallen, oder es ist ein Fehler passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge D. B.: Es müsste auffallen, oder es ist ein Fehler passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und kriegen Sie das dann gesagt, wenn das auffällt? Sie haben jetzt diese Weisung, die ist überall rumgegeben worden. So ist das jedenfalls nach der Darstellung von Ihnen bzw. von Herrn Pauland. Und jetzt kommt da doch noch was. Dann müsste man ja dann feststellen: Da ist eine Weisung nicht eingehalten worden, und eine nicht nur von Ihnen, sondern eine, die

von ganz, ganz oben kommt, höher geht's kaum. Da wäre nur noch die Kanzlerin oben drüber.

Zeuge D. B.: Wenn es ein systematischer Verstoß gegen die Weisung wäre, wäre das bestimmt auch an meine Ebene transferiert worden. Wenn aus einem Versehen oder einer Fehleinschätzung da was passiert, wird das bestimmt auf unterer Ebene geklärt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist jetzt - - Was sind die Fälle für die untere Ebene? Also nehmen wir mal an, da sind mehrere solche Meldungen. Ist das dann schon Ihre Ebene? Sagen wir mal, Dutzende oder so was. Ist dann immer Ihre Ebene auch, wo das einfach nicht verwechselt werden kann, sondern völlig klar ist, dass es beispielsweise eine Botschaft oder eine Regierungsstelle ist?

Zeuge D. B.: Es kommt jetzt auf die Einzelfallbetrachtung an. Wenn ein falscher Selektor zu mehreren Nachrichten oder Meldungen führt, dann ist ja ein Versehen da oder ein Fehler, der dann korrigiert werden kann. Ich sage ja: Wenn systematisch ein Unverständnis besteht, dann würde man an obere Ebene melden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gucke jetzt noch mal in die Richtung. - Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können und auch gestellt werden können - ich gucke auch mal in die Runde -, sollten wir einen Beschluss fassen, für die weitere Befragung in nichtöffentliche bzw. eingestufte Sitzung überzugehen. Ich denke, es gibt noch Fragen - richtig? - Dann würde ich folgenden Beschluss vorschlagen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen D. B. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig ist damit beschlossen, dass wir dann in eine nichtöffentliche Sitzung übergehen.

Wir sind damit am Ende des öffentlichen Teils. Jetzt folgt die nichtöffentliche Vernehmung. Ich danke daher der Öffentlichkeit und den Vertretern der Medien, dass Sie so lange ausgeharrt haben. Ich darf mich von Ihnen verabschieden.

Wir unterbrechen jetzt für zehn Minuten, ziehen in den anderen Raum um und sehen uns um 20 Uhr zur nichtöffentlichen Sitzung. Herr D. B., jetzt haben wir alle eine kurze Pause, aber dann geht es noch mal nichtöffentlich weiter.

Danke schön. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 19.52 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1

Mitarbeiter16 PA25

Von: [REDACTED] PA25 im Auftrag von PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP
Postfachaccount PA25
Gesendet: Dienstag, 9. Februar 2016 07:07
An: [REDACTED] PA25
Betreff: WG: =?iso-8859-1?Q?AW:_1.UA=5F18WP:
_vorl=E4ufiges_Stenographisches_Protokoll_?= der 84. Sitzung vom 28.
Januar 2016

[REDACTED]

Sekretariat PA 25
- 1. Untersuchungsausschuss -

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030-227-39217
Fax: 030-227-30084

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: 011-3 [REDACTED] [mailto:[REDACTED]@auswaertiges-amt.de]
Gesendet: Montag, 8. Februar 2016 19:59
An: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
Cc: Georgii Harald PA25; Aydintan David PA25; 011-33 [REDACTED]; .BRAS L Brengelmann,
Dirk
Betreff: =?iso-8859-1?Q?AW:_1.UA=5F18WP: _vorl=E4ufiges_Stenographisches_Protokoll_?=
der 84. Sitzung vom 28. Januar 2016

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

Botschafter Brengelmann hat das Protokoll durchgesehen und hat mich gebeten Ihnen einen
Änderungswunsch mitzuteilen:

Auf Seite 11, 1. Spalte unten muss es statt AEC – ASG heißen, für Assistant Secretary-General
(der NATO).

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

ANLAGE 2

Gliese Kathrin PA25

Von: [REDACTED]@bnd.bund.de
Gesendet: Montag, 8. Februar 2016 11:14
An: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
Betreff: 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages (18. WP):Änderungswünsche des Zeugen
Anlagen: pic36111.jpg

(Geben Sie bitte bei direkten Antworten an diese Mailadresse, einen Namen eines Ansprechpartners bzw. eine Abt.-bezeichnung an, da ansonsten ihre Mail ggf. nicht weiterverteilt werden kann. Vielen Dank für ihr Verständnis.)

>> Bitte ausschließlich die Funktionsadresse [REDACTED] verwenden. <<

Betr.: 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages (18. WP)
hier: Änderungswünsche des Zeugen D.B. zum Protokoll der 84. Sitzung des 1. UA/18.WP

Hallo Frau [REDACTED]

beigefügt übersende ich die Änderungswünsche des Zeugen D.B. zu seinem Protokoll der 84. Sitzung.

- S. 55, linke Spalte, Mitte des letzten Absatzes von Christian Flisek:

Streiche: Wir sind total nett und total lieb ... Setze: Sie sind total nett und total lieb ...

Seite 90, rechte Spalte, 2 Absatz D.B.:

Streiche das zweite Komma zwischen Sachgebietsleiter und JSA.

Seite 91, rechte Spalte, in der Mitte D.B.:

setze: ... demzufolge der § 9 BND-Gesetz für die Übermittlung nicht einschlägig ist ...

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag
[REDACTED]

Bundesnachrichtendienst
Leitungsstab/PLSU
Tel.: 030/54717-
E-Mail: [REDACTED]@bnd.bund.de

(Embedded image moved to file: pic36111.jpg)